



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
7. April 2022

Protokoll Nr. 20

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 27. Januar 2022, 08.15–17.50 Uhr
Regierungsgebäude Kanton Luzern,
Kantonsratssaal

Vorsitz:

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann

Präsenz:

Anwesend sind 45–48 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:

Regula Müller bis 09.00 Uhr und ab 10.15 Uhr

Andreas Moser bis 09.35 Uhr

Daniel Lütolf ab 16.10 Uhr

Der Stadtrat ist vollzählig erschienen.

Protokoll:

Nadine Mathis (Vormittag)

Karin Spinnler Schmid (Nachmittag)

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	2
2. Genehmigung des Protokolls 16 vom 28. Oktober 2021	3
3. Bericht und Antrag 41/2021 vom 1. Dezember 2021: Vision Tourismus Luzern 2030 <ul style="list-style-type: none">▪ Sonderkredit▪ Abschreibung Motion 159	3
4. Postulat 116, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 9. Juli 2021: Rainbow-Veloweg für Luzern	29
5. Interpellation 138, Jona Studhalter und Christa Wenger namens der G/JG-Fraktion vom 21. Oktober 2021: Lärm, Umwelt- und Luftverschmutzung, Unfallgefahr – Flugschau nötig Stadtbevölkerung	33
6. Postulat 119, Regula Müller und Benjamin Gross namens der SP-Fraktion vom 5. August 2021: Kostenlose Hygieneartikel an öffentlichen Schulen der Stadt Luzern	34

7.	Postulat 117, Maria Pilotto namens der SP-Fraktion vom 9. Juli 2021: Schwangerschaftsurlaub für werdende Mütter	37	
8.	Postulat 135, Barbara Irniger, Martin Abele und Christa Wenger namens der G/JG-Fraktion vom 4. Oktober 2021: Gültigkeit IV-Begleiterkarte für Sportanlagen der Hallenbad Luzern AG	42	
–	Dringliches Postulat, Regula Müller namens der SP-Fraktion sowie Andreas Fel- der und Mirjam Fries namens der Mitte-Fraktion vom 28. Dezember 2021: Erweiterte Aussenflächen für die Gastrobetriebe weiterhin zum halben Preis vermieten	43	
9.	Bericht und Antrag 22/2021 vom 30. Juni 2021: Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern	45	
10.	Motion 434, Claudio Soldati namens der SP/JUSO-Fraktion vom 20. Juli 2020: Für eine soziale und gerechte Klimawende		Die Traktan- den 10 und 11 wurden aus zeitli- chen Grün- den nicht behandelt
11.	Dringliche Motion 148, Mario Stübi, Benjamin Gross und Nico van der Heiden na- mens der SP-Fraktion sowie Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 29. November 2021: Klima- und Mieterschutz gemeinsam: Genfer Lösung für Luzern		

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann begrüsst die Anwesenden zur 20. Sitzung des Grosse Stadtrates. Heute hat der Grosse Stadtrat mit der Klima- und Energiestrategie einen grossen Tag vor sich. Leider ist die Pandemie immer noch allgegenwärtig und daher wurde wiederum ein Schutzkonzept erstellt. Alle tragen während der ganzen Sitzung eine Maske, die Kommissionssprecher müssen auf ihren Plätzen bleiben und für die Pausen ist nichts organisiert. Die Sprechende bittet, auch während den Pausen Abstand zu halten, denn die Ansteckungszahlen sind zurzeit sehr hoch.

Die Sitzung wird wieder live übertragen. Die Redner werden gebeten beim Sprechen aufzustehen, das Mikrofon einzustellen und nach dem Votum wieder auszuschalten.

Allen Ratsmitgliedern wurde das von der Stadtkanzlei erarbeitete Legislaturprogramm zugestellt. Weitere Exemplare liegen auf – wer das Programm noch weiter verteilen möchte, kann sich bedienen.

Brigitte Gisler nimmt Abstimmungscouverts für die eidgenössische, kantonale und städtische Abstimmung entgegen. Die Ratsmitglieder müssen nicht ins Stadthaus laufen und sie dort einwerfen oder sie sogar frankieren. Das ist ein Direktservice.

Die Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Stefan Sägesser legte das Amt des Fraktionschefs der GLP nieder. Ab sofort übernimmt Christina Lütolf-Aecherli diesen Posten und ist somit von Amtes wegen Mitglied der Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates. Herzliche Gratulation.

Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen

Dringliches Postulat 154, Regula Müller namens der SP-Fraktion sowie Andreas Felder und Mirjam Fries namens der Mitte-Fraktion vom 28. Dezember 2021: **Erweiterte Aussenflächen für die Gastrobetriebe weiterhin zum halben Preis vermieten.**

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Dringlichkeit des Postulats 154 ist somit beschlossen. Das Postulat wird nach der Mittagspause behandelt.

2 Genehmigung des Protokolls 16 vom 28. Oktober 2021

Das Protokoll 16 vom 28. Oktober 2021 wird genehmigt und verdankt.

3 Bericht und Antrag 41/2021 vom 1. Dezember 2021: Vision Tourismus Luzern 2030

- **Sonderkredit**
- **Abschreibung Motion 159**

EINTRETEN

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK beriet den Bericht und Antrag «Vision Tourismus Luzern 2030» an der Sitzung vom 6. Januar 2022 ausführlich. Auf der Grundlage der vom Parlament überwiesenen Motion 159 legte nun die Stadtregierung eine Vision und eine entsprechende Planungsgrundlage vor. Die GPK würdigte das breit abgestützte Partizipationsverfahren und den Strategieentwicklungsprozess bei der Erarbeitung der Vision. Besonders erwähnt wurde der Einbezug der Bevölkerung aus der repräsentativen Befragung und die starke Einbindung der betroffenen Branchenvertreterinnen und Branchenvertreter. Die Mehrheit der Kommission hat den Bericht und Antrag zustimmend zur Kenntnis genommen. Eine Minderheit vertrat aber die Ansicht, dass die erarbeitete Vision und der daraus abgeleitete Massnahmenkatalog in der Zielformulierung den Bedürfnissen der Bevölkerung zu wenig gerecht werden. Die GPK überwies Protokollbemerkungen,

die eine Steigerung des Gästeanteils und Gästemix mittels Förderung von mehrtägigem Kongress-tourismus forderte und Marketingaktivitäten in den inländischen und europäischen Märkten stärken soll. So ist es auch eine Forderung der GPK, dass die Indikatoren zur Messung der Tourismusaktivität in der Stadt Luzern künftig auch die qualitativen Wirkungsbereiche abbilden, seien das wirtschaftliche, soziale oder eben auch ökologische Werte.

Die GPK lehnte den Sonderkredit von 1,6 Mio. Franken für die Schaffung einer Projektleitungsstelle Tourismus und zur Planung der vorgesehenen Massnahmen ab. Für die Mehrheit der Kommission ist der Bedarf für die Schaffung einer neuen Stelle im Bericht und Antrag ungenügend ausgewiesen. So fand auch die Befristung dieser beantragten Stelle in der Kommission keine Mehrheit. Die Kommission empfiehlt die Motion 159 abzuschreiben.

Andreas Felder: Die Mitte-Fraktion dankt dem Stadtrat, der Verwaltung und allen Beteiligten, die bei diesem Planungsbericht mitwirkten. Dank dem breit abgestützten Prozess ist es gelungen, sämtliche Anliegen der Bevölkerung, der betroffenen Branchen und anderer Beteiligten abzuholen. Die Mitte-Fraktion tritt daher gerne auf diesen Bericht und Antrag ein. Selbstverständlich bedeutet das nicht, dass alle erhobenen Bedürfnisse auch als angestrebtes Ziel in der Vision Eingang finden können oder sich die Interessen nicht widersprechen können.

Zum Inhalt des Berichts und Antrags: Aus Sicht der Mitte-Fraktion ist der Tourismus in der Stadt Luzern ein wichtiges wirtschaftliches Standbein mit einer hohen Wertschöpfung und zahlreichen direkten und indirekten Beschäftigten. Tourismus prägte die Stadt Luzern geschichtlich und historisch. Gleichzeitig – das muss auch festgestellt werden – ist aber für einen gewissen Teil der Bevölkerung der Punkt erreicht, bei dem sie sich beeinträchtigt fühlen. Weiter muss man auch anerkennen, dass das globale Wachstum des Tourismus zu einer Überlastung gewisser Hotspots – dazu gehört glücklicherweise auch Luzern – führt, und auch nicht nachhaltig ist. Der erlebte Corona-Schock traf die Tourismusbranche sehr hart. Das ist bedauerlich. Aber gleichzeitig besteht nun auch die Chance, die zukünftige Entwicklung zu diskutieren. Die Mitte-Fraktion wünscht sich einen Tourismus, der wirtschaftlich nachhaltig ist, bzw. auch für die Bevölkerung erträglich ist. Das Ziel muss sein, dass sowohl die wirtschaftlichen als auch die ökologischen und sozialen Interessen aufeinander abgestimmt werden können. Die vorgelegte Vision deckt sich grossmehrheitlich mit den Vorstellungen der Mitte-Fraktion. Es werden positive Ziele formuliert und nicht mit Höchstzahlen, Verboten oder Drehkreuzen am Eingang der Altstadt operiert. Speziell hervorheben möchte die Mitte-Fraktion, dass der Dialog und die Sensibilisierung zwischen der Tourismusbranche und der Bevölkerung weiter gepflegt und ausgebaut werden soll.

Die Mitte-Fraktion nimmt diesen Bericht und Antrag, so wie er vorliegt, zustimmend zur Kenntnis. Ob das am Ende der Diskussion immer noch so ist, wird sich zeigen. Den Protokollbemerkungen der GPK wird die Fraktion zustimmen. Nicht nachvollziehbar ist aber die Projektstelle, die geschaffen werden soll. Es leuchtet zwar ein, dass es für die weiteren Schritte Ressourcen braucht, aber die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass man diese Ressourcen am Anfang für die Ausarbeitung dieses Umsetzungsplans begrenzen soll. Insbesondere ist aus diesem Bericht und Antrag auch nicht klar zu entnehmen, wie die Abgrenzungen der Stadt Luzern zu anderen Anbietern, die in diesem Bereich tätig sind (z. B. Luzern Tourismus AG (LTAG)) genau sein sollen. Daher wird die Mitte-Fraktion eine Protokollbemerkung stellen, damit diese Stelle zwar geschaffen werden kann, aber dass diese befristet wird. Weitere Details folgen im Rahmen der Detailbesprechung.

Thomas Gfeller: Tourismus ist wichtig, Tourismus bringt Mehrwert und Tourismus kommt auch der lokalen Bevölkerung zugute. Viele KMU, die keinen direkten Bezug zum Tourismus haben, leben davon und sind auf die zahlreichen Gäste aus dem In- und Ausland indirekt angewiesen. Gäste kaufen ein, geben Geld aus und finanzieren so den Lebensstandard der Luzerner Bevölkerung. Primär ist es nicht eine Verwaltung oder die Politik, die die Einkommen sichert, sondern es sind die willkommenen Gäste, die hier in Luzern ihr Geld ausgeben. Die anhaltende Pandemie führt sichtbar vor Augen, wie es ist, wenn das nicht mehr der Fall ist. Der Sprechende weiss nicht, ob es Ironie des Schicksals ist, dass gerade in dieser schwierigen Zeit über diesen Vorstoss diskutiert werden muss oder darf, oder ob dies einfach Zufall ist. Die Motion 159 ist in einer Zeit gestellt worden, damals im Jahr 2017, da wurde noch über die Inseli-Initiative abgestimmt und damals, vor fünf Jahren, war die Stadt in der komfortablen Lage, dass sie sich ernsthaft Gedanken machte, ob sie eventuell zu viele Touristen oder die falschen Touristen beherbergt.

Wenn man heute jemandem die Frage stellen würde, ob Luzern zu viele Touristen oder die falschen Touristen hat, würde man glattweg für verrückt erklärt. Damals war das eben anders. Der vorliegende Bericht und Antrag «Vision Tourismus Luzern 2030» ist für die SVP-Fraktion keine Vision. Wenn man von einer Vision spricht, so geht es um eine langfristige Ausrichtung von 30, 40 oder noch mehr Jahren. Es geht um Ideen oder eben Visionen, welche schwer vorstellbar realisiert werden können. Irgendjemand hatte mal die Vision, dass man fliegen oder drahtlos telefonieren kann. Die im Bericht und Antrag definierte Zeitspanne bis 2030 beträgt noch rund acht Jahre. Viel zu kurz für eine echte Vision! Wenn man die acht Jahre marketingtechnisch einordnet, so kann man bestenfalls von kurz- bis mittelfristigen Zielen sprechen.

In diesem Bericht und Antrag wird lang und breit erklärt, wie der partizipative Prozess stattfand, wie viele Gruppierungen mitmachten und wer zu welchem Ergebnis beitrug.

Die eigentliche Aussage, nämlich die städtische Vision selbst, wird auf einer Seite abgehandelt. Das ist für die SVP-Fraktion in Ordnung, aber für diesen One-Pager hätte man nicht einen teuren Bericht und Antrag erstellen müssen. Und nach dem One-Pager, nach dieser einen Seite, wäre die Aufgabe für den Stadtrat auch bereits schon erledigt gewesen. Der Stadtrat kann seine Vision einer touristischen Stadt durchaus mitteilen, das ist völlig legitim – aber es ist nicht seine Aufgabe, darin den Lead der touristischen Fragestellung zu übernehmen und zu sagen, was gut oder schlecht ist.

Der Tourismus gehört in die Hände derer, die täglich damit konfrontiert sind und sich stündlich, oder gar minütlich Gedanken darüber machen, wie die Stadt noch attraktiver werden kann, damit quantitativ und qualitativ mehr Gäste angelockt werden können. Die Luzern Tourismus AG wurde als Organisation gegründet, um sich genau diesen Fragen zu stellen, damit eine Vereinbarkeit zwischen Wirtschaft und der städtischen Bevölkerung erreicht werden kann.

Immer spricht man von der schönsten Stadt der Welt. Das mag ja sein. Aber ist die Stadt Luzern auch eine tolle Gastgeberin?

Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Politik klare Rahmenbedingungen ausarbeiten muss, damit die Wirtschaft eben wirtschaften kann. Ziele zu setzen, welcher Kunde wie und wo erreicht werden kann, ist Aufgabe des Marktes.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass dieser Bericht und Antrag nicht überzeugt. Die SVP-Fraktion wird eintreten und ablehnende Kenntnisnahme beantragen. Das fürstliche Projektleitergehalt von mehr als Fr. 160'000.– bei einer 100%-Anstellung lehnt die Fraktion ab und die

Projektmittel von jährlich Fr. 30'000.– werden ebenfalls nicht unterstützt. Die neue Stelle wird als Projekt ausgeschrieben. Das ist für die SVP-Fraktion nicht erkennbar, da sich die Anstellung nicht zeitlich begrenzen lässt. Ein Projekt hat irgendeinmal einen Anfang und einen Schluss und dann geht die ganze Materie ins Tagesgeschäft über.

Da die Detailausarbeitung der Massnahmen nicht Bestandteil des Berichts und Antrags ist und infolgedessen die Kosten nicht darin enthalten bzw. erkennbar sind, kann die Fraktion diesen Bericht und Antrag erst recht nicht unterstützen. Mit den Kosten, welche in diesem Bericht und Antrag beantragt werden, ist noch kein einziger Franken in eine konkrete Massnahme investiert worden. Es wird rein in Manpower investiert.

Jeder, der diesem Bericht und Antrag zustimmt, muss dann auch bereit sein, die folgenden Massnahmen und die entsprechenden Berichte und Anträge, welche noch folgen werden, finanziell zu unterstützen. Dazu ist die SVP-Fraktion nicht bereit. Sie ist fest der Überzeugung, dass es neben der LTAG nicht noch zusätzlich eine städtische Projektleitungsstelle Tourismus-Vision benötigt. Diese Aufgabe kann oder muss bei heutigem Stand von der LTAG übernommen werden.

Die SVP-Fraktion tut sich schwer mit den angegebenen Abstimmungsziffern. Wenn die Ziffer I zustimmend zur Kenntnis genommen wird, so muss man zwangshalber in irgendeiner Form Ziffer II, dem Sonderkredit, zustimmen. Wenn man aber den Kredit auch nur halbherzig ablehnt, kann Ziffer I nur ablehnend zur Kenntnis genommen werden. Das würde bedeuten, die Vision Tourismus Luzern 2030 bleibt eine Vision und wird nicht umgesetzt.

Für die Ziffer I beantragt die SVP-Fraktion ablehnende Kenntnisnahme und die Ziffer II wird komplett abgelehnt.

Simon Roth: Hier im Grossen Stadtrat sprach man in den vergangenen Jahren bei verschiedenen Geschäften von der ausstehenden Tourismus-Vision 2030. In der Regel drückten die Sprechenden die Hoffnung aus, mit dieser Vision ein paar Grundsatzfragen klären zu können. Beispielsweise, ob Tourismus heutzutage überhaupt noch förderungswürdig ist. Andere erhofften sich eine Tourismuscharta oder einen touristischen Gesellschaftsvertrag. Die SP-Fraktion war bereits beim Vorstoss, der den jetzt vorliegenden Bericht und Antrag auslöste, skeptisch. Die Befürchtung war, dass damit Entscheide und Massnahmen auf die lange Bank geschoben werden. Gleichzeitig war die Hoffnung bei der SP-Fraktion klein, dass mit dieser Vision tatsächlich Grundsatzentscheide in Bezug auf die Weiterentwicklung im Tourismus gefällt werden können. Der vorliegende Bericht und Antrag bestätigt diese Erwartung. Entsprechend kann die SP-Fraktion nicht viel damit anfangen. Den Prozess, der diesem Bericht und Antrag voranging, möchte die SP-Fraktion aber positiv würdigen. Dieser Prozess wurde gut aufgegleist und umgesetzt. Die genutzten Instrumente erzielten eine relativ grosse Breite und Tiefe.

Zum eigentlichen Kern dieses Berichts und Antrags: Der Vorstoss verlangte eine Vision. Der Bericht und Antrag verspricht eine Vision. Hier drängt sich die Frage auf: Was ist eine Vision?

Thomas Gfeller stellte diese Frage auch bereits. Unter einer Vision kann man beispielsweise eine religiöse oder spirituelle Erscheinung verstehen. Meinte das Parlament das damit, als es den Vorstoss damals überwies? Wenn man berücksichtigt, welche Erwartungen und Hoffnungen von Teilen des Parlaments mit diesem Bericht und Antrag verknüpft waren, könnte man sich das durchaus vorstellen. Andererseits wird der Begriff Vision auch in der modernen Unternehmensführung verwendet. Hier bezeichnet eine Vision einen idealen Zustand in einer weit entfernten Zukunft. Dieser

ideale Zustand ist so formuliert, dass er nicht oder kaum erreicht werden kann. Die stadträtliche Vision löste beim Sprechenden kein Erweckungserlebnis aus. Aber auch mit der betriebswirtschaftlichen Definition einer Vision kann der Sprechende den stadträtlichen Text nicht wirklich einordnen. Nur der erste Satz beschreibt überhaupt den Zustand. Und zwar, dass die Stadt Luzern 2030 die schönste Tourismusstadt der Schweiz sein wird. Das ist die Stadt Luzern bereits heute! Der Stadtrat vergab mit dieser Vision die Chance. Gerade weil sich die Definition um einen Idealzustand in einer weit entfernten Zukunft handelt, wäre ein Mindestmass an Mut seitens des Stadtrates zu erwarten gewesen. Hier bestand die Möglichkeit, eine Diskussion auszulösen. Hier wäre der richtige Ort gewesen, eine grobe Richtung einzuschlagen, ohne alle Details der Car-Parkierung behandeln zu müssen. Diese Chance wurde durch den Willen, die Tourismuslobby auf keinen Fall vor den Kopf zu stossen, vertan.

Neben der fehlenden Vision ist es eine weitere Schwäche, dass nirgends erklärt wird, was eine Touristin, ein Tourist, eigentlich ist. Der Sprechende lädt alle ein, sich vor dem inneren Auge eine typische Touristin, einen typischen Touristen in Luzern vorzustellen. Woher kommt sie oder er? Wie lange ist sie oder er unterwegs? Was ist der Grund für ihren oder seinen Besuch? Wie lange bleibt sie oder er? Findet sie was sie bzw. findet er was er sucht? Es gibt unterschiedliche Definitionen, wann ein Mensch ein Tourist wird. Gängig ist die Definition, dass darunter Menschen zu verstehen sind, die sich ausserhalb ihres üblichen Wohn- oder Arbeitsorts befinden und bei denen eine spätere Rückkehr bereits vor der Abreise feststeht. Wie die typische Touristin, der typische Tourist aussieht, kann der Sprechende nicht sagen. Wenn man aber die verfügbaren Studien betrachtet, dann sind zumindest eine paar Eckwerte klar. Die typische Touristin, der typische Tourist in Luzern kommt nicht aus dem Ausland, sondern aus der Schweiz. Genauer vermutlich aus der Deutschschweiz. Sie übernachten auch nicht hier. Über den Grund, der sie oder ihn nach Luzern brachte, kann man nur spekulieren. Ist es ein Besuch bei Verwandten? Ein Ausflug mit der ganzen Familie ins Verkehrshaus? Oder ist es ein Tinder-Date? Ohne jemandem zu nahe zu treten, glaubt der Sprechende, dass die meisten, wenn sie an typische Touristen denken, nicht das sehen, was eben beschrieben wurde. Und genau darum wäre es wichtig, wenn man hier im Parlament von Touristen spricht, dass alle wissen, wovon gesprochen wird. Auch die viel zitierte Studie über die touristische Wertschöpfung verzichtet auf eine solche Definition. Vermutlich auch nicht ganz zufällig. Das Bild des Tourismus in diesem Bericht und Antrag ist in weiten Teilen nicht der Tourismus, der geschätzt wird. Es ist nicht der Tourismus, der auf Weltoffenheit, Neugier oder Gastfreundschaft beruht, sondern mehr der Tourismus, der schnelle und einfache Möglichkeiten sucht, Geld zu verdienen. Der Tourismus, bei dem der ökologische Aspekt höchstens in Bezug auf das Marketing einen Wert hat. Um es klar zu sagen: Die SP-Fraktion möchte Tourismus in Luzern. Tourismus ist Teil des Lebens in Luzern. Alle sind immer wieder und an unterschiedlichen Orten gerne Touristinnen und Touristen. Der Sprechende ist stolz auf Luzern und freut sich, wenn er Menschen die Stadt zeigen kann. Vermutlich achtet er aus Sicht der Touristikerinnen und Touristiker zu wenig auf den Aspekt der Wertschöpfung. Nach all der Kritik: Was hätte man von diesem Bericht und Antrag erwartet? Zuerst, dass er nach Möglichkeit ein klares und differenziertes Bild des behandelten Themas schafft. Dann eine mutige und progressive Vision. Eine Vision, die beispielsweise sagt, dass der sogenannte touristische Fussabdruck pro Besucherin und Besucher durchschnittlich weniger als 400 kg CO₂ betragen soll. Eine Vision, die vorsieht, dass 80 Prozent der Touristinnen und Tou-

risten mit dem ÖV in die Stadt fahren. Das wäre aus Sicht der SP-Fraktion eine mutige und fortschrittliche Vision. Wenn man dann eine Vision entwickelt hätte, könnte man sich entsprechende Massnahmen überlegen. Beispiele dazu gäbe es genug. Die Stadt gab eine Studie in Auftrag. Im INFRAS-Bericht wird angeschaut, wie es z. B. in Amsterdam, Venedig oder Barcelona läuft. Was wird dort gemacht? Z. B. viel höhere Kurtaxen, die für die Instandhaltung der Stadt verwendet werden, Limitierung der Hotelbetten, Einschränkungen der Erreichbarkeit und Car-Parkverbote mit wenigen Ausnahmen. In diesem Bericht und Antrag finden sich hingegen nur schwammige Worte und das Ziel, den Tourismus quantitativ weiter zu steigern, obwohl die Bevölkerung eine Reduktion wünscht. Das geht für die SP-Fraktion in die falsche Richtung. Sie wird aber diesen Bericht und Antrag nicht zur Überarbeitung zurückweisen, weil sie darin wenig Nutzen sieht. Die Fraktion kann ihn aber auch nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen und beantragt daher bloss Kenntnisnahme. Im Detail wird die SP-Fraktion einige Protokollbemerkungen stellen, um all diesen Worten auch Taten folgen zu lassen. Die beantragte Stelle ist aktuell noch zu schwammig definiert und zu stark auf die Aspekte der Wirtschaftsförderung ausgerichtet. Die SP-Fraktion wünscht sich einen ganzheitlichen Ansatz. Insbesondere weil die Massnahmen auf verschiedene Direktionen verteilt sind und entsprechend koordiniert werden müssen. Trotzdem: Die SP-Fraktion verweigert sich dieser Stelle nicht grundsätzlich. Sie muss aber einerseits gesamtheitlicher aufgestellt sein und andererseits muss geklärt werden, inwieweit sie allenfalls mit Kurtaxen finanziert werden kann. Die SP-Fraktion schlägt daher vor, diese Stelle nochmals im Rahmen der Überarbeitung des Kurtaxen-Reglements zu beantragen. Vielen Dank.

Jules Gut: Die GLP-Fraktion sieht aufgrund der Corona-Krise und mit diesem vorliegenden Bericht und Antrag die Möglichkeit, eine Weichenstellung vorzunehmen und den Tourismus in der Stadt Luzern und allgemein im Kanton in eine nachhaltige Richtung zu lenken. Der Tourismus, wie wir schon gehört und gelesen haben, mit rund einer Milliarde Franken Bruttowertschöpfung im Kanton – notabene vor Corona – ist ein ganz wichtiger Wirtschaftszweig. Das Ziel muss sein, mit dem vorliegenden Bericht und Antrag den Tourismus gemeinsam und branchenübergreifend zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger weiterzuentwickeln. Die vorliegende Vision zeigt gut auf, wohin der Weg führt. Dazu müssen sich die Wirtschaftszweige Kultur, Detailhandel, Gastronomie, aber auch der Verkehr in eine nachhaltige Richtung entwickeln und eine langfristige Perspektive schaffen. Der Tourismus, der hier in Luzern gewünscht wird, soll der Lebensqualität der Bevölkerung dienen, Perspektiven für Unternehmerinnen und Unternehmer öffnen und attraktive Arbeitsplätze und tolle Erlebnisse für Touristinnen und Touristen schaffen. Der heutige Tourismus hat oder hatte in dieser Hinsicht gravierende Mängel. So ist die Verweildauer der Gäste, wie wir es schon hörten, kurz und die Abhängigkeit der ausländischen Touristinnen und Touristen hoch. Gerade in Zeiten von Corona merkt man, dass der Tourismus breiter abgestützt werden muss. Aus Sicht der GLP-Fraktion erkannte man das schon früher und so sind in den vergangenen Jahren auch bereits entsprechende Massnahmen aufgelegt worden. Aus Sicht der GLP-Fraktion wurden die «Hausaufgaben» sehr wohl bereits in der Vergangenheit gemacht. Nun hat es sich aber akzentuiert. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag wurde aus Sicht der Fraktion eine gute Grundlage geschaffen. Um für Schweizer und Europäische Gäste noch attraktiver zu werden, braucht es eine Weichenstellung mit entsprechenden Massnahmen. Im Fokus muss die Wertschöpfung stehen. Neben dem wirtschaftlichen Klumpenrisiko ist auch der ökologische Fussabdruck zentral. Es sind wichtige Anreize

zu schaffen, damit der ökologische Fussabdruck während des Aufenthalts in Luzern auf ein vertretbares Niveau gesenkt werden kann. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt weniger als zwei Nächte. Und von einer längeren Verweildauer können verschiedene Akteure inkl. Gewerbe und Unternehmertum profitieren. Die GLP-Fraktion kann der vorliegenden Vision nach der Kommissionsarbeit sehr positiv zustimmen. Sie anerkennt, dass ein Wandel in der Ausrichtung des Tourismus Innovation auslöst, Zeit braucht und auch Geld bedingt. Deshalb sieht die Fraktion das Jahr 2022 als eigentliches Übergangsjahr. Dieses Jahr soll aktiv genutzt werden, um die im vorliegenden Bericht und Antrag aufgeführten Massnahmen vorzubereiten und mit der konkreten Umsetzung anzufangen. Die GLP-Fraktion ist daher im Grundsatz für die beantragte zusätzliche Stelle und gegen eine Befristung. Selbstverständlich kann man über neue Stellen diskutieren – ob man sie braucht oder nicht. Die GLP-Fraktion findet befristete Stellen in der Verwaltung eine sehr schwierige Geschichte. Man ist weder Fisch noch Vogel. Und am Ende, wie alle wissen, wird eine Verlängerung oder eine Umwandlung in eine dauerhafte Stelle beantragt. Denn etwas ist klar: In der Verwaltung gibt es immer Arbeit. Dann lieber ein Nein. Dann braucht es einfach einen klaren externen Auftrag. Und wenn es ein Ja ist, dann soll man diese Person auch richtig und korrekt anstellen. Auf den vorliegenden Bericht und Antrag «Vision Tourismus Luzern 2030» tritt die GLP-Fraktion ein. Neben dem Mehrwert, der der Tourismus der Bevölkerung, den Unternehmen und der Wirtschaft bringen muss, ist für die GLP-Fraktion insbesondere die Wertschöpfung der zentrale Punkt bei der Neuausrichtung. Sollte dieser Teil der Protokollbemerkung gestrichen werden, ist man sich innerhalb der Fraktion nicht ganz einig, ob diesem Bericht und Antrag zugestimmt wird. Ebenfalls wird die Forderung, dass Kurtaxen zwingend durch die Stadt Luzern eingetrieben werden sollen, abgelehnt.

Christa Wenger: Wie sich sicher alle vorstellen können, ist die Auseinandersetzung mit Tourismus für die G/JG-Fraktion eine Herausforderung. Tourismus ist ein gewichtiger Verursacher von CO₂-Emissionen und gehört deswegen eigentlich abgeschafft. Aber auch die Grünen reisen gerne. Auch sie geniessen die Luftveränderung und den Kulturaustausch. Sie wollen gastfreundlich sein und geniessen auch die Menschen, die hierherkommen. Und die Grünen wissen auch um das wirtschaftliche Potenzial des Tourismus. Luzern ist unter anderem eine Tourismusstadt und das soll sie auch sein dürfen.

Im Jahr 2017 war die Überweisung der Motion 159 der erste Schritt aus einer verfahrenen und unfruchtbaren Diskussion rund um die Auswirkungen des Schwanenplatztourismus. Die Motion war der Auftrag an den Stadtrat, eine objektivere Betrachtung des Tourismus in der Stadt Luzern einzuleiten. Mit der Motion wurde vor vier Jahren ein Prozess angestossen, dessen erste Schritte im nun vorliegenden Bericht und Antrag beschrieben werden.

Vision, da ist die Sprechende mit ihren Vorrednern einig, ist für den vorliegenden Bericht ein grosses Wort. Es ist eher eine Auslegeordnung, eine Zusammenfassung der gesammelten Meinungen und Ideen, eine Erfassung der Situation. Die Stärken und Schwächen und die begrenzten Steuerungsmöglichkeiten der Stadt werden aufgezeigt. Die ersten daraus entwickelten Ideen und Massnahmen erscheinen der G/JG-Fraktion noch eher vage und verlangen sicher nach Weiterentwicklung und Bearbeitung. Auch werden die schwierigen Fragen und Themen noch vermieden. Wie der Bericht zwar schön aufzeigt, sind die meisten Leute mit weiten Teilen des Tourismus einverstanden – konkrete Lösungen für die «heissen Eisen» Cartourismus und Airbnb müssen in Zukunft

aber noch ausgiebig diskutiert werden. Mit der Erarbeitung dieser Vision ist zwar ein erster Schritt getan, aber die Stadt Luzern steht erst am Anfang einer nachhaltigen Tourismusedwicklung. Wenn die G/JG-Fraktion der Schaffung einer neuen Projektleitungsstelle zustimmt, dann weil sie überzeugt ist, dass die Stadt

- ihre Möglichkeiten aktiv ausschöpfen und die Entwicklung des Tourismus in Richtung Nachhaltigkeit lenken soll,
- den Lead übernehmen soll,
- den weiteren Einbezug der Bevölkerung sicherstellen und die Aussagen der Bevölkerung gewichten soll.

Die Bevölkerung soll nicht unter dem Tourismus leiden. Und eine Aufgabe dieser neuen Stelle ist es, bei den «heissen Eisen» koordiniert Gegensteuer zu geben und die Umsetzung entsprechender Massnahmen sicherzustellen. Wenn die G/JG-Fraktion von Massnahmen spricht, meint sie natürlich nicht ein Carparkhaus.

Die G/JG-Fraktion wird vom Bericht zustimmend Kenntnis nehmen und ist mit der Abschreibung der Motion einverstanden. Die G/JG-Fraktion ist überzeugt, dass die Aufgaben der zukünftigen Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers nach einem längeren Zeitrahmen verlangen und möchte dem Sonderkredit wie vorgeschlagen zustimmen. Falls sich keine Mehrheiten für die Schaffung einer unbefristeten Stelle findet, würde sich die G/JG-Fraktion für den Moment wohl mit dem «Spatz in der Hand» zufriedengeben und den Vorstoss für eine Befristung der Stelle unterstützen.

Mike Hauser bemerkt in Bezug auf seine Vorredner, dass die Motion 159 eine Vision 2030 und nicht eine Vision 2080 verlangte.

Zum eigentlichen Geschäft: Der Sprechende dankt für den Bericht und Antrag 41/2021. Der Bericht und Antrag behandelt ein wichtiges Thema, welches in der Stadt Luzern eine sehr grosse Tradition hat und nicht unwesentlich zum Wohlstand und auch zur vorhandenen Infrastruktur beitrug. Der Tourismus in Luzern hat eine lange Geschichte, erfand sich immer wieder neu und versuchte, sich den gegebenen Umständen anzupassen. Der Stadtrat entschied sich, wie in der Motion 159 gefordert, für einen breit abgestützten partizipativen Prozess, um diesen Bericht und Antrag zu erarbeiten. Aus Sicht der FDP-Fraktion lohnte sich dieser Weg. Ziel einer Vision muss schlussendlich sein, dass sie von einem möglichst grossen Zuspruch profitieren kann. Sei das von der breiten Bevölkerung, der Politik, aber auch der betroffenen Branchen. Die Vorzeichen für diesen Prozess waren sicherlich coronabedingt sehr suboptimal. Zum Teil vielleicht gar ein wenig surreal. In einer Zeit, als einzelne vom Tourismus abhängige Betriebe ums Überleben kämpften, diskutierte man über mögliche Lenkungen von Touristen, welche momentan nur sehr spärlich vorhanden sind. Es ist aber im Prozess gelungen, diese Vorzeichen mehrheitlich auszublenden und sich stark nach vorne zu orientieren. Die FDP-Fraktion und auch der Sprechende selbst haben sich in diesem Prozess sehr aktiv eingegeben. Das Resultat, welches vom Stadtrat und der Fachgruppe noch überarbeitet wurde, liegt heute auf dem Tisch. Eine Vision, die es aus Sicht der FDP-Fraktion geschafft hat, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Eine Vision, die richtigerweise vor den dazugehörigen Massnahmen behandelt wird. Eine Vision, die aufzeigt, dass der Tourismus ganz und gar nicht nur Schwanenplatz ist. Der Sprechende hofft, dass das auch in der nachfolgenden Debatte im Bewusstsein bleibt.

Der Tourismus ist ein nicht unwesentlicher Wirtschaftsfaktor im Kanton Luzern. Die Wertschöpfung beläuft sich gemäss dem BAK Basel für das Jahr 2019 auf rund 1'300 Millionen Franken und der Tourismus schafft rund 12'500 Arbeitsplätze. Das entspricht rund 5'000 Arbeitsplätzen mehr, als das Luzerner Kantonsspital beheimatet – notabene der grösste Arbeitgeber der Zentralschweiz. Damit generiert der Tourismus gesamthaft einen Anteil von 4,4 Prozent der kantonalen Wirtschaftsleistung und sichert rund 6,4 Prozent aller kantonalen Arbeitsplätze. Zu diesen Arbeitsplätzen sollte man Sorge tragen.

Die vorliegende Vision zeigt auf, wie der Tourismus aus Sicht des Stadtrates unter Einbezug diverser Experten, der Bevölkerung und sonstig Interessierten in Zukunft aussehen soll. Der Stadtrat ist sich in diesem Prozess auch immer bewusst, dass die Lenkungsmassnahmen der Stadt und der Politik beschränkt sind. Er zeigt aber den Willen auf, wo immer möglich, positiven Einfluss auf das touristische Geschehen in Luzern zu nehmen. Für das beantragt er eine zusätzliche 80%-Stelle für anstehende Aufgaben, das Monitoring und die Koordination mit allen Akteuren.

Dass diese Stelle zum jetzigen Zeitpunkt unbefristet beantragt wird, sieht die FDP-Fraktion kritisch und glaubt, dass eine vorerst befristete Stelle durchaus Sinn machen würde. Zudem ist die Fraktion auch kritisch gegenüber der angedachten Finanzierung über die Kurtaxen bzw. die Beherbergungsabgaben. Mit diesen Abgaben werden heute durch die LTAG neben dem Tourist Infodesk in der Stadt unter anderem auch die gratis ÖV-Tickets an Übernachtungsgäste abgegeben und Teile des Lilo finanziert. Die Details dazu folgen dann aber in einem separaten Bericht und Antrag, welcher die zur Vision gehörenden Massnahmen thematisiert.

Der FDP-Fraktion ist bewusst, dass es nicht einfach war, die verschiedenen Akteure so zu vereinen, dass daraus eine zielgerichtete Vision entsteht. Dem Stadtrat und der Verwaltung ist dies grossmehrheitlich gelungen und dazu gratuliert und bedankt sich der Sprechende im Namen der FDP-Fraktion nochmals.

Abschliessend sollte man sich vor Augen halten, dass es ein Glück ist, in einer Stadt und einer Region zu leben, wo andere Ferien machen. Und zu guter Letzt beschloss dieses Parlament vor Jahren eine Tourismuszone. Das heisst, dass Verantwortung wahrgenommen werden muss, damit die vorgeschriebenen Regeln in dieser Zone eingehalten werden können – sprich die Unterbringung von Gästen. Die Corona-Krise hat klar aufgezeigt, dass dieses Vorhaben bei Weitem nicht mit nur Schweizer und Europäischen Gästen bewerkstelligt werden kann.

Die FDP-Fraktion tritt ein und wird den Bericht und Antrag voraussichtlich zustimmend zur Kenntnis nehmen. Den für die Stelle beantragten Mitteln steht sie kritisch bzw. ablehnend gegenüber und sie unterstützt die Protokollbemerkung der Mitte-Fraktion. Zu weiteren Protokollbemerkungen wird sich der Sprechende erlauben, zu gegebener Zeit Stellung zu nehmen. Mit der Abschreibung der Motion 159 ist die FDP-Fraktion einverstanden.

Silvio Bonzanigo kann sich vielem anschliessen, möchte aber noch auf ein paar Sachen hinweisen. Der Sprechende findet, dass für diese Vision ein grosses «Casino» veranstaltet wurde. Man hatte ein Projekting, eine interne und externe Projektbegleitung, einen Fachbeirat, Hearings mit Fachleuten, mit Agglomerationsgemeinden, Onlinebefragungen und so weiter. Und all das machte man, weil man der Meinung ist, man könne aus all dem heraus ein Instrument entwickeln, welches etwas steuerbar macht. Aber, und das ist überhaupt nicht falsch, wird im Bericht und Antrag genau

das erwähnt, was eigentlich das Zentrale im Tourismus ist. Zitat: «Dabei ist aber auch zu berücksichtigen, dass die direkten Einflussmöglichkeiten und Stellhebel der Stadt relativ beschränkt sind». Man möchte also etwas akkurat steuern, was sich kaum in dieser Genauigkeit steuern lässt. Das ist etwas Grundsätzliches in dieser Frage. Denn es gibt nicht nur Corona. Man kann sich auch politische Entwicklungen vorstellen, die den Tourismus in Luzern sehr schwer beeinträchtigen. Man kann sich z. B. vorstellen, dass der Wechselkurs des Chinesischen Renminbi zum Schweizer Franken plötzlich – auch aus politischen Gründen – auf 1 : 2 oder gar 1 : 3 angesetzt wird und dann sind die Touristen auch ohne Corona wieder weg. Man sah das bereits beim Wechselkurs zum Rubel. Plötzlich hatte man in den Wintersportorten sehr viel weniger russische Touristen. Um das alles zusammenzufassen: Es gibt sehr viele Einflussmöglichkeiten, die sich dem Einfluss des Parlaments entziehen. Auch der Kommissionssprecher erwähnte schon – der Sprechende hat das zwar so noch nie gehört –, dass die Zurückhaltung der Bevölkerung gegenüber dem Tourismus vor Corona deutlich gewesen sei und dieser Bericht und Antrag diesem Aspekt nicht genügend Rechnung trage. Der Sprechende glaubt, hier müsste man bereit sein, über die Zusammensetzung dieses Tourismus zu diskutieren und die Dinge zu benennen. Aus Sicht des Sprechenden gibt es eine asiaphobische Haltung gegenüber den Touristen hier in Luzern – zumindest in einem gewissen Teil der Bevölkerung. Es kann Aufgabe der Stadt oder der Tourismusorganisationen sein, sich diesem Thema anzunehmen. Das kommt etwas verklärt daher. Es heisst, man möchte eine ausgewogenere Zusammensetzung der Touristen, aber eigentlich meint man das. Das ist ganz klar – wird hier aber nicht angesprochen. Das findet der Sprechende schade. Die Ehrlichkeit hätte es geboten, diesen Teil ausführlich oder zumindest in den Ansätzen zu besprechen. Der Sprechende ist von dieser Vision nicht überzeugt. Die Gründe wurden schon genannt. Er wird eintreten und je nachdem, wie die Beratung im Detail läuft, auf blosse oder ablehnende Kenntnisnahme plädieren. Die Projektleitungsstelle lehnt der Sprechende ab – ob befristet oder nicht. Der Sprechende erwähnt noch einmal, dass der Markt einen viel wesentlicheren und deutlicheren Einfluss auf das Geschehen hat und dem sollte man nicht mit mehr Steuerungsmoment in der Verwaltung begegnen.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: Der Tourismus ist für die Stadt Luzern und auch die ganze Region von grosser Bedeutung. Es gilt daher, zum Tourismus Sorge zu tragen und gleichzeitig auf die Bedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Die vorliegende Vision Tourismus Luzern 2030 legt den Grundstein für eine breit abgestützte und nachhaltig erfolgreiche Entwicklung des Tourismus in der Stadt Luzern.

Zur Ausgangslage: Ja, Luzern ist eine attraktive Stadt. Es ist ein Glück, hier zu leben. Als attraktive Stadt ist Luzern eine erfolgreiche Tourismusdestination für Gäste aus der Schweiz, aber auch aus dem Ausland. Die Attraktivität und das globale Wachstum im Tourismus in den Zeiten vor der unerwarteten Pandemie, haben in der Stadt Luzern zu einer stetig wachsenden und im Verhältnis zur Grösse der Stadt auch zu einer erheblichen oder gar unverhältnismässigen Anzahl Gäste geführt. Damit entstand auch das Unbehagen in gewissen Teilen der Bevölkerung – vor allem im Stadtzentrum. Die Auswirkungen des Tourismus oder die Akzeptanz bzw. die schwindende Akzeptanz wurden in der Bevölkerung zum Thema. Daher wurde die Grundsatzdiskussion angeregt und war auch angezeigt. Die Motion 159 stiess diesen Prozess an und es ist unbestritten, dass dieser Prozess nach der heutigen Debatte noch nicht beendet ist. Gefordert wurde eine Vision Tourismus Luzern 2030. Es geht nun um die politische Diskussion. Ist man auf dem richtigen Weg? Ja oder Nein? Es

geht darum, das Massnahmenpaket zu konkretisieren und umzusetzen. Nachdem die Motion eingereicht wurde, kam die Pandemie. Der Tourismus wurde weltweit eingeschränkt. Die Reisemöglichkeiten und der internationale Tourismus kamen praktisch zum Erliegen. Man konnte nicht einmal mehr nach Deutschland fahren. Das Massierungsproblem, welches vor der Pandemie wahrgenommen wurde, verwandelte sich in kürzester Zeit ins Gegenteil. Die Kapellbrücke war noch nie so leer wie während des Lockdowns. Die Situation hat sich seit Prozessbeginn also massgeblich verändert. Gleichzeitig ist es aber auch eine Chance, die Erholung des Tourismus in der Stadt Luzern entsprechend zu begleiten und die früheren Probleme, wenn möglich zu vermeiden. Der Stadtrat ist überzeugt, dass es mehr Steuerung und eine aktivere Rolle der Stadt Luzern braucht, wenn man das erreichen möchte. Für das werden aber auch Ressourcen benötigt.

Für den Stadtrat ist es klar, dass die Entwicklung dieser Tourismusströme im Einklang mit dem Erhalt der Lebensqualität der Luzerner Bevölkerung erfolgen muss. Das Ziel ist es, dass die Erholung des Tourismus in Luzern nach der Pandemie strategiekonform – also im Sinne dieser Auslegeordnung, dieses Planungsberichts und der heutigen Diskussion – erfolgt. Es wurde erwähnt, dass in dieser Vision viel über den Prozess geschrieben wurde. Es war dem Stadtrat ein Anliegen, auch die Forderung der Motion 159 zu erfüllen, welche den Einbezug der Bevölkerung und der verschiedenen Stakeholder in sehr umfassenden Partizipationsgefässen wünschte. Es wurden erstmalig – die Sprechende hofft nicht letztmalig – repräsentative Bevölkerungsbefragungen gemacht. Es wurden Stakeholder-Workshops gemacht. Es fand ein Austausch mit dem Kinder- und Jugend-Parlament statt, bei dem wirklich erfrischend ehrlich Probleme auf den Punkt gebracht wurden. Auch gab es viele andere Dialoggefässe – interne, aber auch mit externen Experten. Der Stadtrat dankt all denen, die sich in diesen Prozess aktiv eingaben, mitdachten, mitdiskutierten und sich austauschten – über die üblichen Grenzen und Gesinnungen hinweg. Durch den breit angelegten Partizipationsprozess konnte auf der Basis der zum Teil vermuteten und zum Teil einfach einseitig geäusserten Ansprüchen aufgebaut werden und gewisse Sachen konnten quantifiziert werden. Dem Stadtrat ist es gleichzeitig bewusst, dass mit dieser vorliegenden Vision nicht die Möglichkeit besteht, alle Bedürfnisse und Erwartungen zu berücksichtigen. Es liegt in der Natur der Sache, dass das nicht möglich ist. Trotzdem ist der Stadtrat überzeugt, dass mit dieser vorliegenden Vision der Grundstein für eine breit abgestützte und nachhaltig erfolgreiche Entwicklung des Tourismus in der Stadt Luzern gelegt wurde. Warum ist das so wichtig? Der Tourismus ist für die Stadt Luzern und die ganze Region von grosser Bedeutung. Er wirkt identitätsstiftend und bereichernd für alle, die hier leben. Die Tourismusvision ist nicht einfach nur ein Wirtschaftsfaktor. Aber all das schafft unglaublich viele Arbeitsplätze. Der Tourismus leistet auch massgeblich einen Beitrag zum attraktiven und vielfältigen Angebot in der Stadt Luzern im Bereich Kultur, Sport und Freizeit. Und damit erhöht der Tourismus die Lebens- und Aufenthaltsqualität der Einwohnerinnen und Einwohner, genauso wie die der Gäste. Darum betont die Sprechende nochmals: Es gilt zur Entwicklung des Tourismus Sorge zu tragen und gleichzeitig auf die Bedürfnisse der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Der Stadtrat ist natürlich dankbar, wenn diese Strategie positiv gewürdigt und zur Kenntnis genommen wird und der Sonderkredit genehmigt wird. Der Stadtrat ist überzeugt, dass diese Entwicklung nur gemeinsam im Dialog angegangen werden kann – dies zum Wohl und zur Freude der Bevölkerung, der Anbietenden und auch der Gäste in der schönsten Tourismusstadt der Schweiz. Zu einzelnen Punkten, welche in der Debatte genannt wurden: Soll die Stelle befristet werden oder nicht? Zu den Kosten von Fr. 160'000.–: Das sind nicht nur Stellenprozente. Das sind Fr. 30'000.–

pro Jahr für Projektkosten, um die Massnahmen überhaupt umzusetzen und das Paket in Angriff zu nehmen und Fr. 130'000.– in der Brutto-Betrachtung mit den Arbeitgeberbeiträgen und den Sozialversicherungsbeiträgen. Die Sprechende findet, dass man das anders einordnen muss, als es heute von einigen erwähnt wurde. Auch mehrmals erwähnt wurde die Carparkierung. Die Ratsmitglieder wissen das – aber für die weiteren Zuhörer möchte die Sprechende das noch erläutern. Zur Carparkierung läuft bei der Umwelt- und Mobilitätsdirektion ein separater Strategieprozess. Ein anderes Thema, bei dem die Sprechende fast schon überrascht ist, dass es nicht gross erwähnt wurde, ist Airbnb – die Verdrängung von Wohnungen. Auch hier ist bekannt, dass ein separates Projekt mit Abklärungen bei der Baudirektion läuft. Das sind dann konkrete Massnahmen, die bei den weiteren Arbeiten der Vision eine Grundlage bilden und diskutiert werden sollen.

Zur Stelle: Wenn gesagt wird, dass der Tourismus für die Stadt Luzern so eine grosse Bedeutung hat, dann muss man dem auch das entsprechende Gewicht geben. Wenn das eine Kernaufgabe in der Stadt Luzern ist, muss doch in der Verwaltung jemand sein, der sich darum kümmert. Das ist bisher nicht der Fall und so wurde es auch etwas zum Verhängnis, dass man sich seit den 80er-Jahren in der Stadt Luzern mit diesem wichtigen volkswirtschaftlichen Bereich – dem Tourismus – nicht aktiv auseinandersetzt. Wenn der Rat der Meinung ist, die Stadt Luzern soll da, wo es möglich ist, mehr steuern, also eine aktivere Rolle übernehmen soll, werden entsprechende Ressourcen benötigt. Weiter stellt sich die Frage zur Umsetzung dieser Massnahmen, wie z. B. der Bericht und Antrag zum Revidieren des Kurtaxenreglements. Jemand muss das machen. Hier kann man nicht einfach einem Externen den Auftrag geben, einen Bericht und Antrag für die Stadt Luzern zu erarbeiten. Am Schluss muss es in der Verwaltung erarbeitet, strukturiert, traktandiert, überarbeitet und korrekturgelesen werden. Das sind benötigte Ressourcen, um dieses Kurtaxenreglement zu revidieren. Das muss jemand machen. Der Stadtrat ist der Meinung, dass das auch langfristig so sein soll. Wenn es so ein wichtiger Teil der Stadt Luzern ist, dann ist das nicht nur befristet für vier oder fünf Jahre so, sondern dann soll das unbefristet sein. Es ist eine Daueraufgabe. Die Ressourcen werden jetzt benötigt, zum Umsetzen dieser erwähnten Massnahmenpakete. Sonst bleibt es einfach ein Planungsbericht. Und damit ist der Auftrag der Motion abgeschlossen. Und diese Massnahmenpakete die nun Fleisch an den Knochen geben würden, die macht niemand, wenn keine Ressourcen dafür gesprochen werden. Die Erarbeitung dieses Projekts forderte in den letzten drei Jahren massgebliche Ressourcen des Beauftragten für Wirtschaft, Peter Weber. Er hätte aber eigentlich andere Aufgaben. Klar gehören Projekte mit dazu, aber nicht solch umfassende und nicht wenn es zur Daueraufgabe wird. Die Bestandespflege mit der Vielfalt der Branchen der Unternehmen in der Stadt Luzern ist eine Kernaufgabe. Da gehört Tourismus mit dazu – Hotellerie etc. Aber es gibt auch noch andere Branchen in der Stadt Luzern, andere Bestandespflegen. Peter Weber ist Anlauf- und Beratungsstelle, vermittelt Kontakte, arbeitet bei Projekten mit – auch z. B. beim Kanton Luzern arbeitet er beim Tourismusleitbild mit, auch bei Projekten mit der Hochschule – überall da braucht es auch Leute, die da mitarbeiten. Und für Tourismusaufgaben bleibt im Moment nicht äusserst viel Zeit.

Die Vision ist langfristig. Auch wenn erwähnt wurde, dass 2030 schon bald ist. Es ist klar, dass sie im Charakter natürlich länger wirken sollte.

Was auch noch ein wichtiger Punkt sein wird, ist die Verlängerung der Leistungsvereinbarung oder die Erneuerung der Leistungsvereinbarung mit der Luzern Tourismus AG. Diese ist bis Ende dieses Jahres befristet. Auch hier muss jemand daran arbeiten. Danach wird sie voraussichtlich eine

Laufdauer von vier Jahren haben. Es wäre wünschenswert, wenn die Person, die hier gesucht wird und sich um den Tourismus kümmern wird, nach Einarbeitung das Know-how hat, sich um die kommende Erneuerung der Leistungsvereinbarung zu kümmern. Dann wären fünf Jahre doch besser als vier Jahre. Diese Bemerkung richtet die Sprechende an die, die eine Befristung verlangen. Aber wie einleitend bereits erwähnt, sieht es der Stadtrat als Daueraufgabe.

Aufgrund der Eintretensvoten nimmt die Sprechende an, dass der Sonderkredit abgelehnt wird, aber das ist noch nicht ausgemehrt. Ein Teil des Rates will offenbar nur eine befristete Stelle schaffen. Dann würde der dazu benötigte Kredit unter die Grenze von Fr. 750'000.– fallen und nicht mehr in der Kompetenz des Grossen Stadtrates liegen, sondern in jener des Stadtrates. Das ist die Interpretation des Stadtrates – ausser der Auftrag des Parlaments würde noch entsprechend geklärt.

Zur Hauptaufgabe einer solchen Projektleitungsstelle: Es geht um die Ausarbeitung und Koordination dieses im Bericht und Antrag anskizzierten Umsetzungsplans und um die Gesamtkoordination dieser Pakete. Weiter geht es um die Mitarbeit in weiteren Projekten, um das verlangte Monitoring und nicht zuletzt um gewisse Massnahmen und Impulse im Rahmen des Recovery-Prozesses für den Tourismus, in dem die Stadt Luzern aktuell immer noch drin ist.

Christian Hochstrasser äussert sich noch kurz als Motionär der Motion 159, die damals einstimmig hier im Rat überwiesen wurde und Auslöser für den vorliegenden Bericht und Antrag war. Ausgangslage war die grosse Kritik am Tourismus, die nicht immer differenziert daherkam. Workshops und Podien zum Thema Tourismus, die in Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern stattfanden, ergaben, dass die Stadt aktiver werden und den Lead übernehmen muss. Schliesslich ist die Stadt Luzern die Vertretung der Bevölkerung und muss allenfalls schauen, dass der Tourismus so ausgestaltet wird, dass er die Bevölkerung nicht negativ betrifft. Die Stadt Luzern muss die Bevölkerung von einem nicht akzeptierten Tourismus schützen. Evtl. muss man auch den Tourismus schützen, damit er sich nicht so entwickelt, dass ihn die Bevölkerung nicht mehr mitträgt. Das war die Basis dieser ganzen Diskussion. Nun hat man hier eine Vision, die nicht ganz befriedigt, das kann der Sprechende nachvollziehen, aber es wurde ein wichtiger Prozess ausgelöst. Klar kann man darüber diskutieren was zu viel gewichtet wurde und was zu wenig. Das kann man lange besprechen, aber der Prozess hat etwas ausgelöst, und zwar, dass man über diese Fragen gesprochen hat. Wenn man aber heute das Gefühl hat, man solle die Vision 2030 ablehnen, diesen Kredit nicht sprechen und diese Stelle nicht bewilligen, dann hat der Sprechende das Gefühl, das Parlament nimmt seine Arbeit nicht richtig wahr. Die Aufgabe der Stadt ist es, nicht einfach den Tourismus zu fördern, sondern diesen in Einklang mit der Bevölkerung zu bringen. Und von dieser Bevölkerung wurde das Parlament gewählt. Für sie muss sich das Parlament einsetzen. Und das geht am besten, wenn die Stadt weiterhin aktiv bleibt und den Lead in diesem Geschäft hat. Auch wenn es richtig ist, Silvio Bonzanigo erwähnte es, es ist nicht alles steuerbar. Aber ein gewisser Teil ist steuerbar und diesem muss Rechnung getragen werden. Es ist wichtig, dies nun nicht einfach abzulehnen und zu meinen, es laufe auf der privatwirtschaftlichen Ebene einfach weiter. Dann besteht das Risiko, dass alles wieder von vorn beginnt und der Tourismus einem wieder gröber um die Ohren fliegt. Dann heisst es wieder: «Wir haben leider keine Ressourcen, keine Zuständigkeit, die Stadt macht leider nichts. Das ist vom Parlament so akzeptiert.» Der Sprechende bittet, der

Stadt eine aktive Rolle zu geben und das geht aus Sicht der Motionäre nur mit dieser Stelle und den im Bericht und Antrag erwähnten Massnahmen.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 41/2021: «Vision Tourismus Luzern 2030: Sonderkredit; Abschreibung Motion 159» eingetreten.

DETAIL

Seite 45 4.3.2 Leitlinien und Orientierungswerte, Themenbereich Volumina der Tourismusströme

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit 6 : 5 : 0 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Der Satz «Orientierungswerte: Angestrebt werden eine Plafonierung der Anzahl Cars und eine Reduktion der Spitzenwerte in der Innenstadt» soll durch «Orientierungswerte: Angestrebt wird eine Steuerung der Anzahl Cars und eine Reduktion der Spitzenwerte in der Innenstadt» ersetzt werden.

Der Stadtrat opponiert im StB 24 der Protokollbemerkung.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung ab.

Seite 45 4.3.2 Leitlinien und Orientierungswerte, Themenbereich Gästemix und Verhalten

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit 8 : 2 : 1 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Der Punkt «Halten Anteil Kongresstourismus» soll durch «Steigerung Anteil des mehrtägigen Kongresstourismus» ersetzt werden.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 24 nicht.

Simon Roth: Die SP-Fraktion lehnt diese Protokollbemerkung ab, weil sie nicht erkennen kann, wie so etwas erreicht werden könnte. Ausser man würde die Subventionen für den Kongresstourismus erhöhen, aber es ist aus Sicht der SP-Fraktion nicht Aufgabe der Stadt, in solchen Fällen Subventionsgeberin zu sein.

Andreas Felder: Die Mitte-Fraktion wird diese Protokollbemerkung der GPK aus folgenden Gründen unterstützen: Es handelt sich um Leitlinien, die angestrebt werden sollten. Für die Mitte-Fraktion ist es klar: Die Stadt hat mit dem KKL, der Messe und mit dem Verkehrshaus hervorragende Infrastrukturen für Kongresse. Es ist darum für die Fraktion nicht nachvollziehbar, warum man bei

den bestehenden Einrichtungen nicht darauf abzielen sollte, diese richtig auszunützen. Insbesondere auch darum, weil in dieser Protokollbemerkung auch erwähnt wird, dass man diese Wertsteigerung nicht durch eintägige, sondern mehrtägige Kongresse erreichen möchte. Und das ist wirklich anstrebenswert.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung annehmen. Dies auch im Bewusstsein, dass man zum heutigen Zeitpunkt nicht wissen kann, wie sich der Kongresstourismus nach Corona entwickeln wird.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Der Punkt «Halten Anteil Kongresstourismus» soll durch «Steigerung Anteil des mehrtägigen Kongresstourismus» ersetzt werden.

Simon Roth stellt im Namen der SP-Fraktion folgende **Protokollbemerkung:**

Gäste sind in Luzern unabhängig von der erzielten Wertschöpfung willkommen.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Diese Protokollbemerkung wurde in der GPK gestellt und mit 5 : 6 : 0 Stimmen abgelehnt.

Andreas Felder: Die Mitte-Fraktion wird diese Protokollbemerkung ablehnen, denn sie versteht unter Wertschöpfung wohl etwas anderes. Eine Wertschöpfung ist für die Mitte-Fraktion nicht nur die Touristin oder der Tourist, der die teure Uhr bei Bucherer kauft, sondern auch die Person, die von Kriens kommt und im Bachmann, im Macchi oder in der Migros einen Ice Tea und ein Gipfeli kauft. In diesem Sinne muss das Ziel sein, dass man Touristinnen und Touristen hier hat, die ganz verschiedene Leistungen der Stadt in Anspruch nehmen. Die Mitte-Fraktion hat lieber jemanden, der ein Gipfeli kauft, anstatt die Car-Touristen, die ins Verkehrshaus gehen und ein vom Car-Chauffeur serviertes Wienerli essen.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung aus den gleichen Gründen wie die Mitte-Fraktion ebenfalls ablehnen. Hinzu kommt, dass es für die FDP-Fraktion eine Selbstverständlichkeit ist, dass grundsätzlich jeder in der Stadt Luzern willkommen ist.

Jules Gut glaubt, dass wenn man diese Protokollbemerkung ohne etwas dazu zu sagen ablehnen würde, rückte man sich in ein falsches Licht. Der Sprechende findet diese Protokollbemerkung auch sehr deplatziert. Selbstverständlich ist wohl jeder hier in Luzern willkommen, egal von wo er kommt und unabhängig von seiner Kaufkraft. Aber hier wird von einem Business-Case gesprochen: Tourismus und die Luzerner Wirtschaft bzw. das Budget funktionieren mit Marktwirtschaft. Darum sollte man sich sehr wohl Gedanken machen, wie man sich ausrichten und wo man Schwerpunkte legen möchte. Und ja, selbstverständlich sind kaufkräftige Touristinnen und Touristen Teil der Überlegungen, aber das bedeutet nicht, dass andere Touristinnen und Touristen nicht willkommen sind. Aber die GLP-Fraktion findet eine solche Bemerkung an dieser Stelle am falschen Platz.

Simon Roth: Hier geht es wohl um eine grundlegend andere Haltung. Für die SP-Fraktion ist die Touristin, der Tourist nicht einfach ein Business-Case, sondern ein Mensch, bei dem es schön ist, dass er da ist. Und wenn man selber irgendwo Touristin oder Tourist ist, möchte man auch nicht einfach ein Business-Case sein.

Der Grosse Stadtrat überweist mit 24 : 22 : 0 Stimmen die Protokollbemerkung

Gäste sind in Luzern unabhängig von der erzielten Wertschöpfung willkommen.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit 6 : 5 : 0 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Der Punkt «Weniger Aktivitäten (z. B. Werbung und Marketingaktivitäten) in Fernmärkten, mehr Aktivitäten in Europa» soll durch «Mehr Aktivitäten (z. B. Werbung und Marketinginitiativen) in den inländischen und europäischen Märkten» ersetzt werden.

Der Stadtrat opponiert im StB 24 der Protokollbemerkung.

Andreas Felder: Die Mitte-Fraktion wird dieser Protokollbemerkung zustimmen. Hintergrund ist folgende Überlegung: Egal was nun hier geschrieben wird – dass sich die Stadt dafür einsetzen soll, dass weniger Aktivitäten in den Fernmärkten stattfinden sollen –, es wird diese Aktivitäten so oder so geben. Wenn die Stadt es mit ihren Mitteln versucht zu unterbinden, dann werden es andere Anbieter machen. Die Meinung der Mitte-Fraktion ist, dass man sich auf das, was man möchte, fokussieren soll – also auf mehr Aktivitäten in Europa. Aber das andere sollte nicht unterlassen werden. Denn besser, man macht aktiv mit und macht die Angebote, die man mag, anstatt das Feld anderen zu überlassen.

Christa Wenger: Aktiv bei etwas mitmachen, was man nicht gut findet, ist definitiv kein Thema. Die G/JG-Fraktion wird daher ablehnen.

Simon Roth: Die SP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung auch ablehnen und später noch eine Protokollbemerkung stellen, die eher in Richtung Verschärfung zielt.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung

Der Punkt «Weniger Aktivitäten (z. B. Werbung und Marketingaktivitäten) in Fernmärkten, mehr Aktivitäten in Europa» soll durch «Mehr Aktivitäten (z. B. Werbung und Marketinginitiativen) in den inländischen und europäischen Märkten» ersetzt werden.

ab.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die GPK hat mit 7 : 3 : 1 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Es soll der Punkt «Schaffung von Rahmenbedingungen zur ganzjährigen Beschäftigung der Angestellten in der Tourismusbranche» hinzugefügt werden.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 24 nicht.

Thomas Gfeller: Mit dieser Protokollbemerkung tut sich die SVP-Fraktion sehr schwer. Wie stellt man sich das vor? Wie soll man diese Leute beschäftigen? Wird ein Beschäftigungsprogramm erstellt? Für die SVP-Fraktion ist das unklar und darum wird diese Protokollbemerkung abgelehnt.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung ablehnen, denn sie ist der Meinung, dass es sich hier um einen Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen Unternehmers handelt. Es ist gang und gäbe, vor allem auch in der Hotellerie, dass es gewisse Betriebe gibt, die im Sommer Leute in Luzern anstellen; im Winter sind die Winterdestinationen sehr froh, dass sie aus den Städten Leute rekrutieren können. Daher ist es aus Sicht der FDP-Fraktion nicht Aufgabe des Staates, solche Programme zu entwickeln.

Andreas Felder: Die Mitte-Fraktion wird dieser Protokollbemerkung zustimmen und dies aus den gleichen Gründen, wie vom Stadtrat aufgezeigt. Klar, die Einflussmöglichkeiten sind sehr beschränkt. Es geht auch nicht darum, den Unternehmen irgendetwas vorzuschreiben, sondern wenn die Stadt irgendwo eine Möglichkeit sieht, soll sie versuchen, positiv Einfluss darauf zu nehmen.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Es soll der Punkt «Schaffung von Rahmenbedingungen zur ganzjährigen Beschäftigung der Angestellten in der Tourismusbranche» hinzugefügt werden.

Lena Hafen stellt im Namen der SP-Fraktion folgende **Protokollbemerkung:**

Die Indikatoren werden so definiert, dass auch messbare Ziele für qualitative Wirkungen abgebildet sind. Die Indikatoren sollen wirtschaftliche, soziale und ökologische Werte beinhalten. Sie orientieren sich an den Standards des Global Sustainable Tourism Council (GSTC).

Es geht der SP-Fraktion mit dieser Protokollbemerkung darum, dass Indikatoren den Tourismus nicht nur quantitativ abbilden – also nicht nur: Wie viele Nächte? Wie viel Wertschöpfung? etc. –, sondern auch die Art und Weise des Tourismus und den Umgang mit dem Tourismus qualitativ erfassen. Die Kriterien sollen innerhalb von vier Bereichen definiert werden: nachhaltiges Management, kulturelle Nachhaltigkeit, sozioökonomische Nachhaltigkeit und ökologische Nachhaltigkeit. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass diese Kriterien geeignet sind, um sich daran zu orientieren.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Wie im Eintreten schon erwähnt, hat die GPK verschiedene Dimensionen diskutiert. Diese Protokollbemerkung wurde so gestellt und wurde mit 5 : 6 : 0 Stimmen abgelehnt.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung ablehnen, denn es ist nicht Sache dieses Berichts und Antrags, im Detail die Massnahmen zu definieren. Die Fraktion hat nichts gegen ein Monitoring, aber jetzt, bevor Details geklärt sind, ist es der zu frühe und falsche Zeitpunkt, um sich definitiv auf einen Index zu einigen.

Andras Felder: Die Mitte-Fraktion wird diese Protokollbemerkung auch ablehnen. Gleich wie bei der Begründung von Mike Hauser ist die Mitte-Fraktion der Meinung, dass es der falsche Zeitpunkt ist, jetzt darüber zu diskutieren und sich festzulegen. Grundsätzlich kann man das gerne prüfen und wenn man zum Schluss kommt, dass das geeignet ist, kann man das dann umsetzen.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung aus den gleichen Gründen auch ablehnen.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: Auch der Stadtrat erachtet die Festlegung von bestimmten Indikatoren und Standards zum jetzigen Zeitpunkt als verfrüht. Es gibt in diesem Bereich verschiedene Standards – weltweite Nachhaltigkeitsstandards – und der Stadtrat möchte sich gerne an einem Indikatorenset orientieren, welches sich in die städtischen Strategien einordnen lässt. Beispielsweise in die Klima- und Energiestrategie. Oder auch Indikatoren, die sich in der Region bewähren, beim Kanton, oder bei der Zusammenarbeit mit weiteren Partnern, bei denen es Synergien gibt. Konkret beteiligt sich die Stadt Luzern an einem Projekt des Instituts für Tourismus und Mobilität der Hochschule Luzern, bei dem man ein Tourismusobservatorium entwirft und erarbeitet. Dort sind neben der Stadt Luzern auch der Kanton Luzern, die Luzern Tourismus AG und LUSTAT, die statistische Dienstleistungen weit ausserhalb der Region anbietet, mit dabei. Dort ist das Ziel, ein Data-Ökosystem zu entwickeln. Das Ziel ist eine systematische Erhebung, Analyse und Verknüpfung der Daten und eine adressatengerechte Aufbereitung. Der Stadtrat möchte lieber mit diesem wie erwähnt gestarteten Tourismusobservatorium weiterarbeiten. Auch gibt es das internationale Benchmarking – GDS Global Destination Sustainability Movement. Dort macht die Luzern Tourismus AG bereits mit. Das ist ein Index von 69 Indikatoren, mit denen man Nachhaltigkeitsleistungen von Reisezielen in bestimmten Schlüsselbereichen bewertet. Diese Indikatoren orientieren sich an den Zielen der Agenda 2030 der UN für nachhaltige Entwicklung. Bei diesem GDS-Index machen bereits zehn Schweizer Städte und Schweiz Tourismus mit. Im Bereich Tourismus ist es wichtig, dass sich Luzern auch mit anderen vergleichen kann. Es ist nicht eine absolute Absage, dass man sich nicht auch zusätzlich an diesen Standards des Global Sustainable Tourism Council orientieren könnte, aber dies nun hier explizit festzulegen, erachtet der Stadtrat als zu früh.

Lena Hafen: Es geht hier nicht um die Festlegung von Standards, die man dann im Ganzen berücksichtigen muss. Es ist ein sehr umfassender Katalog. Aber es geht darum, dass man sich an diesen orientiert. Und man möchte damit auch nicht andere Standards ausschliessen. Die SP-Fraktion findet den Zeitpunkt dafür genau richtig.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Die Indikatoren werden so definiert, dass auch messbare Ziele für qualitative Wirkungen abgebildet sind. Die Indikatoren sollen wirtschaftliche, soziale und ökologische Werte beinhalten. Sie orientieren sich an den Standards des Global Sustainable Tourism Council (GSTC).

Seite 48 Massnahmenpaket 2: Tourismusmanagement

Lena Hafen: Bei den folgenden Protokollbemerkungen geht es darum, dass im Rahmen der angekündigten Überarbeitung des Kurtaxenreglements geprüft wird, dass keine privatrechtlichen Organisationen mehr im Reglement und der Verordnung explizit genannt werden. Weiter geht es darum, wie die Kurtaxen verwendet werden sollen. Die erste **Protokollbemerkung** dazu lautet:

Das Kurtaxenreglement und die Verordnung über die Beherbergungsabgabe werden so überarbeitet, dass private Organisationen nicht explizit genannt werden.

Wie schon bei der Diskussion um den VLG (Verband Luzerner Gemeinden) ist die SP-Fraktion der Meinung, dass eine privatrechtliche Organisation im Reglement und in der Verordnung nicht mehr explizit genannt werden soll. Das betrifft insbesondere Art. 5 Abs. 1, Kurtaxenreglement und Art. 3 der Verordnung über die Beherbergungsabgabe. Diese zwei Artikel regeln, dass diese Abgaben heute direkt an die Luzern Tourismus AG (LTAG) überwiesen werden. Beiträge, welche die Stadt an die Luzern Tourismus AG zahlt, sollen mit der Leistungsvereinbarung geregelt werden und nicht mehr direkt per Reglement oder Verordnung an die LTAG gehen. Das hat den Vorteil, dass die Stadt eine stärkere Rolle einnehmen kann und mehr Handlungsspielraum hat – wie sie das in diesem Bericht und Antrag auch beabsichtigt. Zum Beispiel könnte die Stelle, die in diesem Bericht und Antrag beantragt wird, von der Stadt über die Tourismusabgaben direkt finanziert werden. Und wenn man, wie im Massnahmenpaket 3 vorgesehen, umweltfreundliche Angebote und kulturelle Veranstaltungen fördern möchte, dann kann man sich vorstellen, dass die LTAG nicht alleine das Know-how hat, um diese Beträge optimal einzusetzen. Die Stadt Kriens hat beispielsweise einen Tourismus-Fonds, in den die Abgaben fliessen und danach verteilt werden. Das könnte sich die SP-Fraktion auch für Luzern vorstellen.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Die Protokollbemerkung wurde in der GPK gestellt und mit 5 : 6 : 0 Stimmen abgelehnt.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung ablehnen. Das Kurtaxenreglement sagt ziemlich klar, für was solche Kurtaxen gebraucht werden können. Niemand ausser die LTAG weiss besser, wann es z. B. vor dem Pavillon neue Stühle braucht – solche Sachen werden damit bezahlt. Weiter wird ein grosser Teil für das Tourist Office in Luzern gebraucht. Wenn man diese Gelder jeweils mittels einer Leistungsvereinbarung vereinbaren würde, hätte die LTAG dieses Jahr wahrscheinlich Luftsprünge gemacht, denn das hätte die Stadt extrem viel Geld gekostet. Denn die Kurtaxen waren – weil keine Touristen da waren – extrem gefallen. Kurtaxen sind abhängig von Übernachtungszahlen. Und wenn das mittels Leistungsvereinbarung gemacht werden müsste, dann wäre das für den Steuerzahler eine sehr viel teurere Aktion

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Das Kurtaxenreglement und die Verordnung über die Beherbergungsabgabe werden so überarbeitet, dass private Organisationen nicht explizit genannt werden.

Lena Hafen stellt die zweite **Protokollbemerkung**:

Mit den Erträgen der Kurtaxe werden städtische Angebote gefördert und städtische Infrastruktur unterhalten, die überwiegend im Interesse der Touristinnen und Touristen liegen, aber auch der lokalen Bevölkerung zugutekommen.

Es ist klar, dass das kantonale Tourismusgesetz Vorgaben zur Verwendung der Kurtaxen macht. Die SP-Fraktion wünscht sich aber trotzdem einen Fokus auf Angebote und Infrastruktur, die zwar im Interesse der Gäste liegen, von der aber auch die lokale Bevölkerung profitiert. Die Sprechende denkt hier z. B. an kulturelle Veranstaltungen, WC-Anlagen, Parks, Bänke und Fussgängerzonen. Das wird zum Teil heute schon mit den Kurtaxen gemacht – Mike Hauser erwähnte das schon bei den Stühlen vor dem Pavillon. Die SP-Fraktion möchte mit dieser Protokollbemerkung aber noch einmal die Richtung vorgeben, wie diese Gelder künftig eingesetzt werden sollen, nachdem sie nicht mehr direkt und automatisch an die LTAG gehen. Mit dem Fokus auf Dinge, bei denen auch die lokale Bevölkerung einen spürbaren Mehrwert hat, erhofft sich die SP-Fraktion, dass die Akzeptanz für den Tourismus bei der Stadtbevölkerung steigt. So muss man keine Willkommenskultur von oben verordnen, weil diese automatisch vorhanden wäre.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Nicht ganz in diesem Wortlaut wurde diese Protokollbemerkung in der GPK gestellt. Sie wurde aber mit 6 : 5 : 0 Stimmen abgelehnt.

Andreas Felder: Die Mitte-Fraktion wird diese Protokollbemerkung ablehnen und zwar aus zwei Gründen. Zum einen hat Lena Hafen bereits gesagt, dass es vorgegeben ist, wie die Kurtaxen grundsätzlich zu verwenden sind und zum anderen ist die Mitte-Fraktion hier stark anderer Meinung. Sie hat nicht das Gefühl, dass die Taxen heute so verwendet werden, dass die Stadtbevölkerung nichts davon hat.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung auch ablehnen. Es ist vorgegeben, was mit diesen Geldern passiert. Das wird jeweils auch revidiert und die LTAG ist Rechenschaft schuldig, was sie mit diesen Geldern macht. Und wie schon erwähnt, werden verschiedene Dinge gemacht und es werden auch jährliche Angebote, wie z. B. Lilo, Tourist Office, etc. damit finanziert. Daher ist die FDP-Fraktion der festen Überzeugung, dass es heute schon richtig läuft.

Jules Gut: Auch die GLP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung ablehnen. Die Fraktion ist mit der heutigen Regelung sehr zufrieden – also mit der Partnerschaft zwischen der Wirtschaft, dem Tourismus und der Stadt – und sieht nicht ein, warum man das nur in die Hand der Stadt legen sollte.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: Auch der Stadtrat würde so eine Bemerkung ablehnen. Inhaltlich wurde schon einiges gesagt. Die Sprechende erwähnt nun noch formellere Ergänzungen:

Ausschlaggebend ist das kantonale Tourismusgesetz. Hier steht im § 14 Abs. 2: «Der Ertrag der Kurtaxe ist zur Finanzierung von touristischen Einrichtungen, Veranstaltungen und Dienstleistungen, die überwiegend im Interesse der Gäste liegen zu verwenden.». Das wird also heute schon so gemacht und die Verantwortung dafür liegt beim gewählten Kurtaxenrat. Dieser Kurtaxenrat setzt nach seinem besten Wissen und Gewissen das kantonale Gesetz um. Die Verwendung der Kurtaxengelder ist vom Kanton in diesem kantonalen Gesetz begründet und das städtische Finanzinspektorat überprüft jedes Jahr, ob das korrekt erfolgt. Dass man nun hier so eine zusätzliche Bedingung machen soll – also: «überwiegend im Interesse der Gäste und zwingend auch für die lokale Bevölkerung Nutzen bringend» – ist im Erachten des Stadtrates nicht im Sinne des kantonalen Gesetzgebers. Daher lehnt der Stadtrat eine solche Protokollbemerkung ab. Aber wie schon gesagt: Die meisten dieser Angebote kommen selbstverständlich auch den Lokalen zugute.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Mit den Erträgen der Kurtaxe werden städtische Angebote gefördert und städtische Infrastruktur unterhalten, die überwiegend im Interesse der Touristinnen und Touristen liegen, aber auch der lokalen Bevölkerung zugutekommen.

Simon Roth stellt die schon angekündigte **Protokollbemerkung**:

In Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt Luzern und touristischen Organisationen wird ein Verzicht auf Werbeaktivitäten in fernen Märkten vereinbart.

Es geht darum, das Fernreisen, z. B. über den Atlantik, mehr CO₂ pro Person verursachen, als dieser Person zustehen würde, wenn man das Klimaziel von 1,5 Grad erreichen möchte. Gemäss dem Direktor des internationalen Flugbranchenverbands wird es noch mindestens bis ins Jahr 2050 dauern, bis auf Mittel- und Langstreckenflügen die heutigen Technologien abgelöst werden können. Wenn man nun hier etwas vorausdenkt, an die Diskussion, die heute Nachmittag geführt wird, dann ist es aus Sicht der SP-Fraktion völlig klar, dass man nicht Werbeaktivitäten subventionieren kann, welche der Klimastrategie der Stadt Luzern diametral entgegenstehen. Es geht nicht darum, dass Menschen aus dem Fernmarkt hier nicht willkommen sind, aber aus Sicht der SP-Fraktion wäre es völlig unverständlich, wenn die Stadt Luzern hier finanzielle Beiträge leisten würde, um das aktiv zu fördern.

Andreas Felder: Die Mitte-Fraktion wird diese Protokollbemerkung ablehnen. Wie eine frühere Protokollbemerkung der Fraktion zeigt, zielt sie in eine andere Richtung. Der Sprechende fragt sich, was Simon Roth mit Fernmärkten bei seinem Eintreten genau meinte. Alles ausserhalb der Deutschschweiz? Diese Frage einfach so «by the way». Problematisch findet der Sprechende auch, wie der Stadtrat das umsetzen soll. Soll das in die Leistungsvereinbarung mit der LTAG? Die Stadt ist nur ein Teil der LTAG. Was macht die Stadt, wenn die LTAG sagt, dass sie das so nicht umsetzen kann? Gibt es dann keine Leistungsvereinbarung mehr? Was würde man ohne Leistungsvereinbarung machen? Wer soll dann diese Dienste wahrnehmen? Die Mitte-Fraktion sieht mit einer solchen Protokollbemerkung mehr Fragen als Antworten und das zielt definitiv nicht in die Richtung, die die Mitte-Fraktion für richtig hält.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion wird aus teilweise bereits genannten Gründen ablehnen. Der Sprechende findet es wichtig, sich nochmals vor Augen zu führen, dass die Stadt Luzern 1,5 Prozent der Aktien der Luzern Tourismus AG hält. Die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Luzern und der LTAG ist ein Teil des Marketing-Budgets. Sollte diese Protokollbemerkung – was der Sprechende nicht hofft – überwiesen werden, müsste sich dies nur auf den Betrag, welcher die Stadt Luzern der LTAG auszahlt, beziehen. Und dies wird die anderen 98,5 Prozent der Aktionäre wohl nur beschränkt interessieren.

Simon Roth meint, dass man sicher noch über die korrekte Definition von Fernmärkten diskutieren könnte. Seiner Meinung nach ist das der Fall, wenn ein Ziel nur mit einem Langstreckenflug erreicht werden kann.

Zum Thema Aktien der LTAG: Natürlich ist das so. Aber wenn man schaut, woher die Beträge für den Betrieb kommen, dann sieht das anders aus, als nur 1,5 Prozent. Selbstverständlich ist die LTAG eine private Organisation und kann frei bestimmen, mit wem sie Leistungsvereinbarungen abschliesst und mit wem nicht. Genauso ist aber auch die Stadt frei, Bedingungen aufzustellen, mit wem sie Leistungsvereinbarungen abschliesst und mit wem nicht. Hier sieht die SP-Fraktion überhaupt kein Problem.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: Die Aktien der Stadt Luzern sind irrelevant bei dieser Frage. Hier wird von der Leistungsvereinbarung, also vom Beitragsmanagement, wenn man so will, gesprochen und nicht vom Beteiligungsmanagement. Die Stadt Luzern müsste auch gar keine Aktien bei der LTAG haben, um ihre Aufgabe im Bereich Tourismus zu definieren – das ist nicht zwingend. Weiter ergänzt die Sprechende zur Klärung der Protokollbemerkung, dass es darum geht, dass die Leistungsvereinbarung mit der LTAG so ergänzt wird, dass die Stadt Luzern mit ihrem Geld – den aktuell Fr. 450'000.– – keine Marketingaktivitäten in Fernmärkten unterstützt und finanziert. Das kann man so machen. Das kann die LTAG auch ausweisen. Die Stadt kann einfordern, dass ihr Geld nicht in solche Marketingaktivitäten fliesst. Wenn es aber so zu verstehen wäre, dass die Stadt Luzern mit der Luzern Tourismus AG keine Leistungsvereinbarung mehr abschliessen dürfte, weil die LTAG im Bereich Marketing andere Aufgaben für andere Partner, welche auch in Fernmärkten Werbung machen, erfüllt, dann hätte die Stadt ein grösseres Problem. Und zwar bei der Umsetzung der ganzen Strategie. Die LTAG ist das Kompetenzzentrum. Nicht nur in Luzern, sondern für die ganze Erlebnisregion Vierwaldstättersee. Sie hat Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton Luzern, mit anderen Zentralschweizer Kantonen, aber auch mit anderen Partnern, wie z. B. Bergbahnen. Und wie funktioniert dieses Marketing? Die LTAG beteiligt sich ganz massgeblich an Kampagnen von Schweiz Tourismus, welche das dann international koordiniert. Dann wird für eine Destination Werbung gemacht; nicht für die Stadt Luzern. Die LTAG macht für die Region Zentralschweiz / Vierwaldstättersee Werbung. Dort kann das nicht auseinandergenommen und ausgewiesen werden. Die Sprechende zieht folgendes Fazit: Die Stadt Luzern kann vereinbaren, dass ihre Gelder – also städtische Steuergelder – nicht ins Fernmarktmarketing fließen. Aber wenn das bedeuten würde, dass die Stadt Luzern mit der LTAG keine Leistungsvereinbarung mehr abschliessen dürfte, dann weiss die Sprechende nicht, wie das umgesetzt werden sollte. Dann besteht klar ein Problem bei der Umsetzung der Vision.

Simon Roth: Die SP-Fraktion möchte verhindern, dass die LTAG, wenn sie mit dem Geld der Stadt nicht mehr in Fernmärkte investieren darf, quasi eine Umschichtung vornimmt. Die Stadt müsste mit der LTAG zu einem Schluss kommen, wie man es organisieren könnte, dass die LTAG mit dem von der Stadt subventionierten Teil überhaupt nicht in Fernmärkten aktiv ist. Am einfachsten wäre es vermutlich, man würde eine Aufsplittung machen, damit klar getrennt werden kann, woher das Geld kommt, das in den Fernmarkt investiert wird. Der Sprechende befürchtet, wenn man nur sagt, die LTAG dürfe mit diesen Fr. 450'000.– nicht in den Fernmarkt investieren, würde mit diesem Geld einfach mehr in europäische Werbeaktivitäten investiert und für den Fernmarkt schichtet man von dem Geld um, das anderswo herkommt. Das wäre am Ziel vorbeigeschossen.

Christa Wenger dankt der Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub für die Präzisierung. Der G/JG-Fraktion ist es völlig klar, dass die Möglichkeiten der Stadt, auf die Werbung in Fernmärkte Einfluss zu nehmen, sehr beschränkt sind. Einen kleinen Einfluss hat die Stadt aber. Hier geht es um die Fr. 450'000.– und um das Beitragsmanagement. Die G/JG-Fraktion möchte mit dieser Protokollbemerkung darauf hinweisen, dass die Stadt diesen Einfluss nutzen soll.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: Über die Leistungsvereinbarung mit der LTAG darf der Grosse Stadtrat wieder diskutieren. Dann kann das so auch sichergestellt werden – wie das Christa Wenger nun auch noch geklärt hat. Für alle übrigen Aktivitäten der LTAG ist die Haltung der Stadt mit der heute diskutierten Vision klar. Die wird hier auch ausgedrückt: Weniger Aktivitäten in Fernmärkten und mehr Aktivitäten in Europa und der Schweiz. Das steht in diesem Papier. Das ist die Haltung des Stadtrates. Wenn der Grosse Stadtrat diesen Bericht und Antrag zustimmend zur Kenntnis nimmt, ist das die Haltung der Stadt Luzern und so tritt sie gegenüber der LTAG auf. Aber bestimmen, was mit dem Geld von anderen Partnern, im Zusammenhang mit anderen Leistungsvereinbarungen passiert – auch z. B. mit Geldern des Kantons – das kann die Stadt Luzern nicht. Und der Stadtrat möchte sehr gerne weiter mit der LTAG zusammenarbeiten. Die Leistungsvereinbarung wird dann wieder in diesem Rat behandelt.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

In Leistungsvereinbarungen zwischen der Stadt Luzern und touristischen Organisationen wird ein Verzicht auf Werbeaktivitäten in fernen Märkten vereinbart.

Andreas Felder stellt die im Eintreten angekündigte **Protokollbemerkung**:

Die geschaffene 80%-Stelle Projektleiter/in Tourismus dient der Ausarbeitung des Umsetzungsplans und der Detailmassnahmen und wird inkl. der Projektmittel bis Ende 2025 befristet.

Für die Mitte-Fraktion ist es unbestritten, dass Ressourcen benötigt werden, um diesen Umsetzungsplan und die Detailmassnahmen auszuarbeiten. Die Fraktion ist aber klar der Meinung, dass man jetzt nicht eine unbefristete Stelle bewilligen kann, bevor man genau weiss, für was diese eingesetzt wird. Dementsprechend soll diese befristet werden. Warum bis ins Jahr 2025? Weiter vorne im Bericht und Antrag wird aufgezeigt, dass der Umsetzungsplan eigentlich Ende 2024 bereits abgeschlossen sein soll. Die Fraktion ist hier grosszügig – es kann ja sein, dass es länger dauert –, daher die Befristung bis ins Jahr 2025. Wenn man dann sieht, dass diese Ressourcen weiterhin benötigt werden, kann man neu darüber diskutieren. Wenn diese Protokollbemerkung angenommen werden würde – das hat die Finanzdirektorin bereits gesagt –, würde das bedeuten, dass dieser Kredit auf einen Betrag reduziert wird, der nicht mehr in die Zuständigkeit des Grosses Stadtrates fällt. Dementsprechend würde die Mitte-Fraktion den Kredit dann ablehnen. Aber klar mit dem Auftrag an den Stadtrat, diese Stelle befristet zu schaffen.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Eine Protokollbemerkung in diese Richtung wurde in der GPK gestellt. Die heutige Protokollbemerkung wurde aber in der Formulierung noch geschärft. Die in der GPK gestellte Protokollbemerkung wurde mit 6 : 5 : 0 Stimmen abgelehnt.

Christa Wenger hat in ihrem Eintretensvotum bereits deutlich gemacht, dass es der G/JG-Fraktion sehr viel lieber wäre, wenn diese Stelle nicht befristet wäre. Die Begründung hat die Sprechende bereits ausgeführt und hat dem nichts mehr hinzuzufügen. Ebenfalls den Eintretensvoten aber entnimmt die Sprechende, dass diese Stelle nicht im unbefristeten Rahmen bewilligt wird. Daher wird die G/JG-Fraktion in den sauren Apfel beissen und dieser Befristung zustimmen.

Mike Hauser: Die FDP-Fraktion wird – wie im Eintreten schon gesagt – diese Protokollbemerkung unterstützen.

Simon Roth: Die SP-Fraktion wird diese Protokollbemerkung ablehnen. Wie im Eintreten schon erwähnt, ist die Fraktion dieser Stelle gegenüber skeptisch. Nun aber diese Stelle noch befristen? Der Sprechende geht davon aus, dass es für eine befristete Stelle schwieriger wird, eine motivierte Person zu finden und es ist dann auch etwas ein «Scheingefecht». Allen ist klar, diese Stelle wird später einfach entfristet, sobald es soweit ist. Der Sprechende meint, dass man ehrlich sein sollte und das jetzt schon so kommunizieren soll. Es bringt niemandem etwas, diese Stelle pro forma zu befristen. Daher wird die SP-Fraktion diese Protokollbemerkung ablehnen.

Thomas Gfeller: Wie im Eintreten schon erwähnt: Wenn man Ziffer 1 ablehnt, müsste man auch Ziffer 2 ablehnen – den Sonderkredit. Das ist nun hier der Fall. Nun verschärfte man das noch, in

dem man die Detailmassnahmen ergänzte – von denen man zurzeit gar keine Ahnung hat. Das soll nun auch noch darin budgetiert werden. Die SVP-Fraktion lehnt diese Protokollbemerkung ab.

Der Grosse Stadtrat überweist mit 25 : 20 : 0 Stimmen die Protokollbemerkung

Die geschaffene 80%-Stelle Projektleiter/in Tourismus dient der Ausarbeitung des Umsetzungsplans und der Detailmassnahmen und wird inkl. der Projektmittel bis Ende 2025 befristet.

Seite 65 9 Antrag

I.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann: In den Eintretensvoten hat die SP-Fraktion für blosse Kenntnisnahme plädiert, die SVP-Fraktion für ablehnende Kenntnisnahme.

Simon Roth: Die SP-Fraktion zieht ihren Antrag auf blosse Kenntnisnahme zurück und wird den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen. Die Fraktion ist mit der Vision, wie einleitend beschrieben, nicht glücklich, aber da gewisse Protokollbemerkung angenommen wurden, kann sie den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Mike Hauser dankt Simon Roth, dass er es so transparent gemacht hat, dass die SP-Fraktion ihre Protokollbemerkungen, anders als in der Kommission, durchbrachte. Wie eingangs gesagt, ist die FDP-Fraktion mit der Vorlage, so wie sie aus der Kommission kam, einverstanden. Nach dieser Debatte ist das nicht mehr der Fall. Daher wird die FDP-Fraktion den Bericht «Vision Tourismus Luzern 2030» ablehnend zur Kenntnis nehmen.

Auch **Andreas Felder** dankt Simon Roth. Die Mitglieder der Mitte-Fraktion haben sich soeben noch kurz abgesprochen, ob sie den Bericht blosse oder ablehnend zur Kenntnis nehmen. Die Mitte-Fraktion wird nun den Antrag auf blosse Kenntnisnahme stellen. Denn es wurden nicht nur ihre Anliegen angenommen, sondern auch solche, die sie nicht unterstützen kann – daher blosse Kenntnisnahme.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: In der Kommission gab es eine Diskussion über zustimmende oder blosse Kenntnisnahme. Wie im Eintreten bereits gesagt, hat die Kommission den Bericht «Vision Tourismus Luzern 2030» zustimmend zur Kenntnis genommen.

Thomas Gfeller teilt der Vollständigkeit halber mit, dass die SVP-Fraktion an der ablehnenden Kenntnisnahme festhält.

In der Gegenüberstellung der Anträge auf blosse Kenntnisnahme und auf ablehnende Kenntnisnahme obsiegt der Antrag auf blosse Kenntnisnahme.

In der Gegenüberstellung der Anträge **blasse Kenntnisnahme und zustimmende Kenntnisnahme** nimmt der Grosse Stadtrat die **Vision Tourismus Luzern 2030** zustimmend zur Kenntnis.

II.

GPK-Präsident Gianluca Pardini: Wie bereits im Eintreten und im Bericht der Kommission gesagt, wurde der Sonderkredit abgelehnt und die Protokollbemerkung zur Befristung wurde nicht überwiesen.

Andreas Felder: Die Mitte-Fraktion wird den Sonderkredit ablehnen und verweist auf die entsprechende Protokollbemerkung.

Für die Schaffung einer Projektleitungsstelle Tourismus wird der Sonderkredit von 1,6 Mio. Franken mit 11 : 34 : 0 Stimmen abgelehnt.

III.

Der Grosse Stadtrat schreibt die Motion 159, Korintha Bärtsch, Christian Hochstrasser und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion vom 27. November 2017: «Vision Tourismus Luzern 2030», als erledigt ab.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 41 vom 1. Dezember 2021 betreffend

Vision Tourismus Luzern 2030

- **Sonderkredit**
- **Abschreibung Motion 159,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 und Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Vom Bericht «Vision Tourismus Luzern 2030» wird zustimmend Kenntnis genommen.
- II. Der Sonderkredit von 1,6 Mio. Franken für die Schaffung einer Projektleitungsstelle Tourismus wird abgelehnt.
- III. Die Motion 159, Korintha Bärtsch, Christian Hochstrasser und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion vom 27. November 2017: «Vision Tourismus Luzern 2030», wird als erledigt abgeschrieben.

4 Postulat 116, Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 9. Juli 2021: Rainbow-Veloweg für Luzern

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Marco Müller dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für die Antwort auf dieses Postulat. Der Sprechende meint, dass er offenbar die Messlatte mit diesem Vorstoss etwas hoch angesetzt hat. Das Postulat wird wohl auch heute im Rat keine Mehrheit finden. Das ist schade. Selbstkritisch sagt der Sprechende, dass die Idee mit diesem Rainbow-Veloweg nicht ganz so einfach umsetzbar ist, wie es auf den ersten Blick aussah. Ein Projekt zu realisieren, das einiges kostet, bei dem zusammen mit Nachbargemeinden eine gute Lösung gefunden werden müsste, bei dem Luzern mutig etwas realisieren müsste, was weltweit einzigartig wäre, und ein ach so bunter Stadtrat und eine ach so bunte Verwaltung überzeugt werden müsste – das ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Doch: Wer nichts wagt, der nichts gewinnt! Der Sprechende war zugegebenermassen mutig mit diesem Vorstoss, aber seiner Meinung nach nicht übermütig. Warum etwas, das in der holländischen Stadt Utrecht erfolgreich realisiert wurde und dort gut funktioniert, hier in der Schweiz bzw. in Luzern nicht machbar sein soll, ist schwer nachvollziehbar.

Die VSS_Norm SN 40 214 – der Sprechende hat diesen Begriff bereits in seine Sammlung für das Unwort des Jahres aufgenommen – ist wie es der Name schon sagt, eine Norm und keine zwingend verbindliche Rechtsgrundlage. Der Sprechende findet es mutlos, sich dahinter zu verstecken. Ihm sind verschiedene Situationen bekannt, in denen Gemeinden oder Städte die farbliche Gestaltung von Strassenoberflächen nicht gemäss dieser Norm umsetzten. In 30er-Zonen sind z. B. keine Fussgängerstreifen vorgesehen – weil man überall die Strasse überqueren kann –, dennoch malen gewisse Gemeinden solche auf, weil das eine Orientierung gibt. Und Normen können immer auch überarbeitet werden.

Der Aspekt der Sicherheit ist natürlich wichtig – keine Frage. Der Sprechende ist aber überzeugt, dass sich ein Rainbow-Veloweg auch sicher umsetzen lässt. Die Farben können auch unterbrochen werden und man könnte z.B. in weisser Farbe zwischendurch Signalisationen wie «Kein Vortritt» oder ähnliches markieren. Auch ein Trennstrich ist möglich. Die einzelnen Farben könnten getrennt werden – auch das ist eine Möglichkeit. Man könnte die Farben auch mit einer weniger hohen Deckungskraft aufmalen, damit der Kontrast zu Weiss gegeben ist.

Die Rutschfestigkeit ist wichtig und elementar. Beim Luzerner Theater wurden Erfahrungen gemacht, wie es nicht sein soll. Der Sprechende ist der Meinung, dass man aus solchen Ereignissen lernen kann. Wenn die Stadt Luzern oder die Firma Signal, welche den Grossteil dieser Strassenmarkierungen realisiert, keine Idee hat, wie man solche Flächen rutschfest machen kann, rät der Sprechende, dass sie sich bei der holländischen Firma Van Ren in S-Hertogenbosch melden. Diese Firma hat den Regenbogen-Veloweg in Utrecht realisiert und die Flächen sind absolut rutschfest. Sie haben dort keine Probleme mit der Rutschfestigkeit und es kam nicht zu Zwischenfällen bzw. Unfällen.

Noch etwas zu den Kosten: Fr. 300'000.– für die Initialisierung ist zugegeben eine stolze Summe. Wenn man das jedoch längerfristig betrachtet und davon ausgeht, dass das etwa zehn Jahre hält, dann sind in den Augen des Sprechenden Fr. 30'000.– pro Jahr absolut vertretbar. Vor allem in Anbetracht der Wirkung, welche so ein Rainbow-Veloweg erzielen könnte. Ein Teil des Geldes liesse sich auch mittels Crowdfunding realisieren. Hier im Rat gibt es mehrere Personen, die über Expertisen dazu verfügen, damit die öffentliche Hand nicht zu viel Geld in die Hand nehmen muss. Der Sprechende hätte sich gefreut, wenn der Stadtrat das Postulat wenigstens teilweise entgegengenommen hätte, indem er z. B. einen wesentlich kürzeren Abschnitt irgendwo realisiert hätte. Was den Sprechenden aber freut ist, dass der Stadtrat die Idee des Postulats positiv sieht und durchaus bereit wäre, ein Zeichen für Toleranz, Diversität und Inklusion zu setzen. Darum fragt der Sprechende den Stadtrat, ob er eine Möglichkeit sieht, in einer anderen Form, an einem anderen Ort, so etwas umzusetzen. Mut und Farbe zu bekennen – indem er an einem anderen Ort einen Platz, evtl. einen Schulhausplatz gestaltet, welcher grossflächig mit den Regenbogenfarben markiert ist und so ein Zeichen gesetzt wird. Auch auf einem Schulhausplatz können kleine Kinder darauf Velo fahren. Der Sprechende würde sich sehr darüber freuen.

Raphaella Meyenberg: Ein Veloweg in den Regenbogenfarben – das ist bunt, innovativ, kreativ, integrativ und cool. Die SP-Fraktion begrüsst die Idee von mehr Farbe und Offenheit in der Stadt Luzern. Je bunter und vielfältiger desto toleranter die Gemeinschaft. Leider lässt sich der farbige Veloweg aber nicht so einfach umsetzen wie erhofft. Das hat Marco Müller soeben auch erkannt. Es muss auf Signale und Markierungen Rücksicht genommen werden und der Belag muss so angepasst werden, dass die Sicherheit der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer gewährleistet ist. Das ist umständlich und kostet leider sehr viel Geld. Für die ablehnende Haltung des Stadtrates hat die SP-Fraktion darum ein gewisses Verständnis. Ein Grossteil der Fraktion wird das Postulat deshalb ablehnen. Der kleinere Teil der SP-Fraktion stimmt dem Postulat zu und fordert den Stadtrat damit zu mehr Bereitschaft, Flexibilität und Mut auf. Die Sprechende gehört zu diesem kleinen Teil und freut sich über möglichst viele farbenfrohe Strassen oder andere Bauten, wie Marco Müller soeben antönte. Denn ja, es gibt Möglichkeiten! Das hat der Postulant bereits ausgeführt. Die Sprechende möchte jetzt aber nicht auch noch einmal darauf eingehen.

Daniel Lütolf ist das pragmatische Vorgehen der holländischen Gemeinden als halber Holländer vollkommen bewusst. Ihm persönlich ist das meistens auch sehr sympathisch. Offenbar haben aber die Holländer nicht ganz so strikte Gesetze wie die Schweiz. Auch die GLP-Fraktion findet die Idee des Postulanten durchaus reizvoll. Es kann schliesslich nichts falsch daran sein, die Welt farbiger zu gestalten und im gleichen Atemzug für Toleranz und Vielfalt einzustehen. Die Antwort

der Verwaltung auf das Postulat kann nachvollzogen werden – zumindest aus rechtlicher Sicht. Aus diesem Grund wird auch die GLP-Fraktion das Postulat ablehnen.

Was den Sprechenden mehr stört ist, dass der grosse Teil der Antwort der Verwaltung sich mit den gesetzlichen Rahmenbedingungen beschäftigt. Unter einer Argumentation, wieso dieser Veloweg so nicht umgesetzt werden kann. Leider wird kein Wort über mögliche Alternativen verloren. Gibt es denn diese nicht? Z. B. könnten Schulklassen im Rahmen eines Unterrichts einen Rainbow-Veloweg mit Kreide malen. Jede teilnehmende Schulklasse könnte einen definierten Bereich bemalen. Hochgerechnet käme man mit den Kosten für die Farben für alle Schulklassen etwa auf Fr. 5'000.–, und gleichzeitig würden die Schülerinnen und Schüler für das Thema sensibilisiert. Dies als kleinen Denkanstoss. Aber wahrscheinlich darf man das auch nicht machen – denn Luzern ist ja nicht Holland.

Roger Sonderegger: Dieser Vorstoss führte in der Mitte-Fraktionssitzung zu einer kleinen «Bündnerfleisch-Episode». Wenn man genug lang in der Politik mit dabei ist, hat man irgendwann so einen «Bündnerfleisch-Moment». Es war so: Marco Müller setzte sich für ein Thema ein, welches der Fraktion, aber auch dem Stadtrat wichtig ist, nämlich für Diversität, Inklusion und Toleranz und er nahm das schönste Symbol dafür – den Regenbogen. In dieser Love-, Peace- und Happiness-Atmosphäre lasen die Mitte-Mitglieder in der Sitzung den folgenden Text: «Bei der geforderten Einfärbung handelt es sich nicht um eine Markierung, sondern um eine sogenannte farbliche Gestaltung von Strassenoberflächen (FGSO). Die FGSO sind in der VSS_Norm SN 40 214 geregelt und diese erlaubt bei öffentlichen Verkehrsflächen nur Einfärbungen in maximal zwei verschiedenen Farbführungen.» Ätschi-bätsch – geht nicht. Also die Begründung ist, dass es die Norm nicht hergibt und darum machen wir es nicht. Zur Ehrenrettung der Personen, die diese Antwort verfassten, und auch des Stadtrates muss man sagen, es folgten doch noch mehr Argumente in der Antwort, nämlich, dass es tatsächlich verkehrstechnisch nicht ideal ist, wenn es zu farbig und zu markiert ist. Diese Erfahrung wurde beim Theaterplatz bereits gemacht. Wenn man eine solche Oberfläche machen wollte, wie man sie von den Fussgängerstreifen oder den Velowegen kennt, dann wäre es wohl etwas zu dick aufgetragen – im buchstäblichen Sinne. In diesem Sinne versteht die Mitte-Fraktion auch die Argumente des Stadtrates. Auch wenn es der Sprechende etwas ins Lächerliche gezogen hat, ist er der Meinung, dass der Stadtrat durchaus wertschätzend sagte, dass die Idee nicht falsch ist. Es ist aber nicht die Aufgabe der Regierung, mögliche Alternativen aufzuzeigen. Die Mitte-Fraktion ist sich sicher, dass Marco Müller eine neue gute Idee bringen wird – Daniel Lütolf hat ihm ja schon einen Vorschlag gemacht. Farbe auf einem Veloweg ist auch aus Sicht der Mitte-Fraktion nicht der richtige Ort, um für dieses Thema als erstes zu sensibilisieren.

Patrick Zibung: Zugegeben: Dieser Vorstoss ist sympathisch. Da er nicht besonders viel ändern würde, ausser dass man damit ein positives Zeichen setzen würde, könnte man ihm auch durchaus zustimmen. Wer ist schon gegen Toleranz und Diversität? Und es sieht auf den Fotos aus Utrecht auch ziemlich hübsch aus. Ein paar Farbtupfer zwischen all dem Beton schadet bestimmt nicht. Wenn man das Ganze aber etwas nüchterner betrachtet, stellt man fest, dass es – wie schon mehrfach gesagt – gegen übergeordnetes Recht verstösst. Auf Strassen und Velowegen ist klar definiert, welche Farben verwendet werden dürfen. Regenbogenfarben zählen hier leider nicht

dazu. Auch stellt sich die SVP-Fraktion die Frage, was passiert, wenn dieser Vorstoss angenommen wird – auch wenn das im Moment nicht danach aussieht. Alle erinnern sich sicher an den Theaterplatz, wo aufgrund der Bemalung unzählige Velofahrer stürzten. Das war sicher nicht die Absicht des Postulanten. Dieses Ereignis zeigt auch, warum übergeordnete Vorgaben ihre Berechtigung haben. Auch ist die Argumentation des Postulanten nicht ganz nachvollziehbar. Z. B. was dieser Vorstoss genau mit der Veloförderung zu tun haben soll. Das ist für die SVP-Fraktion fraglich. Die SVP-Fraktion glaubt nicht, dass wegen etwas Farbe am Boden mehr Leute mit dem Velo fahren. Veloförderung erreicht man mit sinnvollen Projekten, die einen realen Mehrwert bieten. Wie z. B. das kürzlich im Rat besprochene Projekt am Bundesplatz. Auch dass es den Tourismus ankurbeln soll, ist für die SVP-Fraktion nicht nachvollziehbar. In der Fraktion hatte noch niemand von diesem Veloweg in Utrecht gehört. Also von der Stadt selber schon, aber vom Veloweg nicht. Zudem ist es etwas speziell, wenn die Grünen mehr Tourismus wünschen, zumal sie doch gerade eben in der Sitzung noch der Meinung waren, den Tourismus ganz abzuschaffen. Die Postulanten schreiben, es wäre ein Zeichen von Toleranz, Diversität und Inklusion. Toleranz wird aber nicht mit Zeichen und Symbolen geschaffen. Mangelnde Toleranz hat tiefere Gründe und es muss an anderen Stellen angesetzt werden. Das Postulat ist für die SVP-Fraktion daher nicht umsetzbare Symbolpolitik, die praktisch keine Wirkung hätte und wird darum abgelehnt.

Rieska Dommann: Der Stadtrat zeigt in seiner Antwort sehr gut auf, dass die Idee von Marco Müller aus rechtlicher Sicht nicht umsetzbar ist und zudem würde die Sicherheit der Velofahrenden darunter leiden. Das ist etwas, was für die FDP-Fraktion gar nicht geht. Aus diesem Grund hätte das Postulat zurückgezogen werden können. Denn wenn es nicht umsetzbar ist, kann man es auch gleich vergessen. Dass man nun doch darauf beharrt und dem Stadtrat vorwirft, er wäre mutlos, kann die FDP-Fraktion nicht nachvollziehen. Sie wird das Postulat ablehnen.

Silvio Bonzanigo: Man könnte über diesen Vorstoss ernsthaft sprechen, wenn es tatsächlich so wäre, dass am Ende des Regenbogens ein Topf voll Geld warten würde. Diesen könnte man dann brauchen, um diese Farbe aufzutragen. Aber nun ernsthaft: Die Argumentation, der Stadtrat argumentiere rein juristisch, teilt der Sprechende nicht. Es ist seine Aufgabe, die vom Strassenverkehrsgesetz formulierten Rahmenbedingungen aufzuzeigen. Und es gibt auch noch eine ökologische Argumentation – und für die Grünen ist diese wohl noch wichtiger. Solche Farben werden über die Jahre hinweg ausgewaschen. Sie sind in der Entsorgung nicht unproblematisch. Man sollte kein Projekt befürworten, welches die eigenen übergeordneten Parteiziele torpediert. Der Sprechende wird diesen Vorstoss ablehnen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula stört an dieser Debatte, dass die Normen ins Lächerliche gezogen werden. Es gibt Normen, über die man vielleicht wirklich lachen kann, aber diese Normen sind die verfeinerte Umsetzung der Strassengesetzgebung. Man könnte das alles auch noch in die Verordnungen oder Gesetze schreiben, aber das geht in dieser Differenziertheit wohl zu weit. Normen sind zu beachten. Sie sind nicht heilig. Manchmal muss man in den urbanen Konstellationen etwas an die Grenzen der Normen gehen. Nicht immer können alle Normen 1 : 1 eingehalten werden – vor allem weil sie auch unter Via sicura schärfer wurden. Das gehört einfach zum ganzen Kanon der Gesetzgebung. Zur Verfassung, der Gesetze und Verordnungen kommen

noch die Normen. Was ist damit gemeint? Damit gemeint ist eine gut lesbare Verkehrsfläche; damit klar ist, wie man fahren und sich orientieren muss. Dafür sind Markierungen. Hier geht es zwar nicht um Markierungen, sondern um sogenannte FGSO und solche sind unter gewissen Umständen möglich – wie z. B. beim Kunstprojekt vor dem Stadttheater. Dort ging man auch an die Grenzen. Man verwendete drei Farben – also auch eine Farbe zu viel. Der Sprechende ist aber nicht einverstanden, wenn man diese Normen ins Lächerliche zieht und sagt: Was Holland kann, können wir auch. Der Sprechende kennt die Rechtslage in Holland nicht – das wurde für diesen Fall auch nicht abgeklärt, denn es gelten die Normen hier in Luzern. Und der Stadtrat orientiert sich stark an diesen Normen. Man kann schon sagen, der Stadtrat verstecke sich hinter diesen Normen, aber dem Stadtrat Mutlosigkeit vorzuwerfen, findet der Sprechende nicht in Ordnung. Der Stadtrat hat bei verschiedenen Projekten Mut bewiesen. Z. B. folgt auch am Nachmittag ein kleiner mutiger Bericht von rund 230 Seiten. Das ist vermutlich noch etwas wesentlicher.

Der Vergleich mit Fussgängerstreifen in der Tempo-30-Zone ist nicht tauglich. Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen sind dort, wo es die Verkehrssicherheit der Fussgänger verbessert, explizit möglich – z. B. in der Nähe von Altersheimen oder Schulen. Das ist keine Ausdehnung von Normen, sondern explizit in der Verordnung möglich. Dieses Beispiel als Beispiel dafür, etwas lockerer mit den Normen umzugehen, taugt nicht.

Weiter wurde kritisiert, dass der Stadtrat nicht selber weitere Ideen brachte, dass er das Postulat nicht teilweise entgegennahm und dass er keine Schulhausplätze bemalen lässt. Es ist eine klare Forderung auf dem Tisch und auf diese antwortete der Stadtrat. Die Antwort ist klar: Das kann so nicht gemacht werden. Gefordert wurde die Realisierung eines Velowegs in Regenbogenfarben von mindestens einem Kilometer. Klare Forderung = klare Antwort. Wenn man die Bemalung von Schulhausplätzen wünscht – das liegt dann nicht mehr in der Direktion des Sprechenden – dann kann man schon darüber diskutieren, aber das war nicht gefragt und daher ist die Antwort des Stadtrates dementsprechend ausgefallen. Mindestens so wichtig wie der Rest der Antwort ist, dass der Stadtrat die Absicht der Postulanten, ein positives und starkes Zeichen für Toleranz, Diversität und Inklusion zu setzen, teilt. Es ist aber nicht das geeignete Mittel, diese Absicht auszudrücken und daher bittet der Stadtrat das Parlament, das Postulat abzulehnen.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 116 ab.

**5 Interpellation 138, Jona Studhalter und Christa Wenger namens der G/JG-Fraktion vom 21. Oktober 2021:
Lärm, Umwelt- und Luftverschmutzung, Unfallgefahr – Flugschau nötig
Stadtbevölkerung**

Jona Studhalter: Im Sinne der Klimastrategie wird keine Diskussion gewünscht – es bleibt bei einer kurzen Erklärung: Die G/JG-Fraktion ist konsterniert, dass der Stadtrat keine Möglichkeit hat, die Stadtbevölkerung vor Lärm und dem Risiko eines Flugzeugabsturzes mit einem Flugschauverbot zu schützen. Die Klimakrise lässt – nicht metaphorisch gemeint – keine Kapriolen in der Luft

mehr zu. Das Verkehrshaus möchte im Transformationsprozess hin zur Klimaneutralität Partner sein. Darum bittet die G/JG-Fraktion das Verkehrshaus im Sinne des Dialogs, das Selbstbild wahrzunehmen und in Zukunft auf Flugshows zu verzichten und alternative Formate zu entwickeln.

**6 Postulat 119, Regula Müller und Benjamin Gross namens der SP-Fraktion vom 5. August 2021:
Kostenlose Hygieneartikel an öffentlichen Schulen der Stadt Luzern**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Lisa Zanolla stellt einen **Ablehnungsantrag**.

In der Forderung des Postulats 119 verlangen die Postulanten, dass Hygieneartikel für die Menstruation an öffentlichen Schulen frei abgegeben werden. Der Kantonsrat Luzern hat im Mai 2021 einen ähnlichen Vorstoss mehrheitlich abgelehnt.

Die Sprechende ist mit einigen Punkten der Postulanten einverstanden. Frauen können es sich nicht aussuchen, Frauen benötigen Menstruationsprodukte. Es können unangenehme Situationen im Alltag, Stress, peinliche Momente und «Notfälle» aufgrund fehlender Hygieneartikel entstehen. Und diese aufgezählten Situationen und Probleme sind natürlich für junge Frauen erst recht unangenehm. Ist es wirklich die Aufgabe der Stadt, diese Dienstleistung zu erbringen? Es kostet ja nicht viel – wird als Argument verwendet. Ja, die Kosten halten sich in Grenzen. Kürzlich hat dieser Rat beschlossen, dass die städtischen Kinder und Jugendlichen den ÖV VBL gratis benützen können. Auch hier sind die Kosten nicht übermässig. Viele hier im Rat, haben dazu Ja gesagt. Geht das nun immer so weiter? Alles, was nicht viel kostet, wird als Dienstleistung in der Stadt bewilligt.

Frauen benötigen Menstruationsprodukte, Männer Rasierutensilien oder Babys Windeln. Wäre bei Annahme dieses Postulats der nächste Schritt gratis Gesichtsrasierer mit Schaum für Männer oder Ersatzwindeln für Eltern? So müsste es gemäss der Gleichstellung wohl sein. Ist es verhältnismässig, eine Person anzustellen, welche mehrmals am Tag die Toiletten bewirtschaftet? Werden diese Hygieneartikel dann vielleicht missbraucht? Es entsteht Ungleichheit, wenn Hygieneartikel kostenlos nur in öffentlichen Schulen und nicht in allen öffentlichen Toiletten und Institutionen angeboten werden. Die Stadt Luzern könnte die Massnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit innerhalb der Volksschule Stadt Luzern (Primar- und Sekundarschulen) umsetzen. In den öffentlichen kantonalen Schulen, wie Kantonsschule, Berufsschule oder HPS, die nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt liegen, könnte die Stadt Luzern die Massnahme nicht umsetzen.

Der SVP-Fraktion geht es hier nicht einmal nur um die Kosten. Wir sprechen hier um einen Anschaffungswert von zirka Fr. 5.– pro Monat, welche eine Frau bzw. ein Mädchen für die Artikel aufzuwenden hat. Hat nicht jede Frau immer eine Ersatzbinde oder einen Tampon dabei? Wenn es aus Kostengründen nicht möglich ist, diese Mittel aufzuwenden, wäre vielleicht gleich eine Menstasse die Lösung aller Probleme. Denn durch diese Menstasse könnte den wiederkehrenden Kosten der Garaus gemacht werden. Eine Menstasse hat eine Lebensdauer von mehreren Jahren und ist dazu noch ökologisch. Dies aber nur «by the way». Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat 119 ab.

Benjamin Gross übernimmt für die abwesende Regula Müller. Als Mitunterzeichner wollte der Sprechende zeigen, dass auch Männer dieses Anliegen unterstützen. Er unterstützt das sehr, steht voll dahinter und ist der Meinung, dass man hier auch als Mann eine Verantwortung mitträgt. Regula Müller startete ihr Votum damit, wie froh sie in der Schulzeit über gratis Hygieneartikel gewesen wäre. Viele Stressmomente wären ihr erspart geblieben. Frauen und Mädchen können sich nicht aussuchen, ob sie menstruieren oder nicht. Gerade in den ersten Jahren kann die Menstruation noch unregelmässig und gewöhnungsbedürftig sein und da wäre es eine Unterstützung, wenn Hygieneprodukte zur Verfügung stehen würden. Es trägt dazu bei, das Tabuthema Menstruation zu brechen. Kein Mädchen sollte sich für etwas schämen, dass so natürlich wie die Menstruation ist. Der Stadtrat sieht das auch so. Das freut die Postulanten sehr. Anders als die Kantonsregierung beweist der Stadtrat damit, dass er ein Gespür für die Anliegen von jungen Frauen und Mädchen hat. Schliesslich unterstützt auch das Kinder- und Jugendparlament diesen Vorstoss. Als gutes und fortschrittliches Beispiel kann die Stadt Luzern vorausgehen und der Sprechende hofft, auch im Namen von Regula Müller, dass der Kanton irgendwann mitzieht. Hygieneartikel gehören zur Grundausstattung eines WCs – wie WC-Papier und Hygienesäckchen. Die SP-Fraktion bedankt sich für die Unterstützung des Postulats.

Marc Lustenberger: Die FDP-Fraktion diskutierte länger und kontrovers über dieses Postulat 119: «Kostenlose Hygieneartikel an öffentlichen Schulen der Stadt Luzern». Es gab verschiedene Meinungen zu diesem Thema. Eine Minderheit ist der Ansicht, dass ein solches Angebot in den Schulhäusern geschaffen werden könnte. Junge Frauen sind bei Notfällen froh, wenn es auf den Toiletten gratis Tampons und Binden gibt, gerade auch, weil die «Tage» in diesem Alter noch unregelmässig sind. Die Kosten sind insgesamt relativ niedrig. Eine Mehrheit der Fraktion hingegen ist der Meinung, dass es zumutbar ist, sich selber zu organisieren und solche Artikel dabeizuhaben. Oder halt im Notfall eine Kollegin zu fragen. Ausserhalb der Schule muss man als junge Frau solche Produkte ja auch dabeihaben. Gratis Hygieneartikel sind auch keine Aufgabe der Stadt. Ganz allgemein störte man sich daran, dass in der Stadt immer mehr gratis angeboten werden muss. Somit ist die FDP-Fraktion gegen die Überweisung dieses Postulats.

Christina Lütolf-Aecherli macht es etwas traurig, wenn sie die Argumentation der Fraktionen hört, die in ihren Augen absolut realitätsfremd ist. Sie fragt die Ratsmitglieder: Wie möchtet ihr wissen, wie sich ein Mädchen mit 10, 11 oder 12 Jahren fühlt, wenn es in der Schule sitzt und plötzlich merkt, dass ihre Mens zum ersten Mal einsetzt?

Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Stellungnahme, in der sehr bedacht und differenziert für die Einführung von kostenlosen Hygieneartikeln an öffentlichen Schulen der Stadt Luzern argumentiert wird. Die GLP-Fraktion ist der vollen Überzeugung, dass das ein wichtiger und richtiger Schritt ist, um ein Zeichen in der Gesellschaft zu setzen. Die Sprechende verweist auf ein aktuelles Beispiel beim Maihofschulhaus. Es gibt Lehrpersonen, die sich von sich aus diesem Thema annahmen. So gibt es auf den Mädchentoiletten der 5.- und 6.-Klässlerinnen eine kleine Tasche mit Binden und Tampons, welche von den Mädchen benutzt werden können. Das Angebot wird rege genutzt und kommt bei den Mädchen gut an. Es gäbe auch keine Probleme mit Entwendungen. Die Erfahrungen seien durchaus positiv. Die Aktion gehört zu einem Angebot im Rahmen

der Sexualkunde und Aufklärung und wurde den Mädchen auf sehr liebevolle Weise nähergebracht. Es soll das Thema Menstruation öffentlich machen – damit sich Mädchen trauen, darüber zu reden und es kein Tabu ist. Die Sprechende würdigt diese Aktion der Lehrerinnen und Lehrer. Es zeigt, was für engagierte Lehrpersonen die Stadt Luzern hat, die sich mit Herzblut für ihre Themen einsetzen und weit mehr leisten, als von ihnen gefordert wird. Hoffentlich müssen die Lehrpersonen an der Maihofschule die Hygieneartikel für ihre Schülerinnen bald nicht mehr aus der eigenen Tasche zahlen. Die GLP-Fraktion dankt daher dem Parlament, wenn es das Postulat entgegennimmt.

Mirjam Fries: Höchstwahrscheinlich gibt es keine Frau, die nicht schon unangenehme Situationen erlebte, weil ihre Tage nicht dann kamen, wann sie sollten. Vor allem wenn sie früher kommen, als sie sollten, oder halt generell noch nicht so regelmässig kommen. Dann sind Frauen froh, wenn jemand aushelfen kann. Es ist erfreulicherweise so, dass Restaurants, Hotels oder Eventlokale immer häufiger Binden und Tampons für den Notfall in einer kleinen Auflage zur Verfügung stellen. Das kommt bei den Gästen gut an und das gibt definitiv Pluspunkte bei den Frauen. Notfallkits sind also ein Bedürfnis. Wenn zukünftig an den Schulen Binden und Tampons niederschwellig zur Verfügung stehen, kann das tatsächlich für Schülerinnen entlastend sein. In diesem Sinne steht die Mitte-Fraktion diesem Anliegen positiv gegenüber. Das bedeutet nicht, dass die Fraktion es grundsätzlich nicht als Eigenverantwortung ansieht, Hygieneartikel zu beschaffen. Im Postulat wurden auch Menstruationstassen erwähnt. Es wäre aus Sicht der Mitte-Fraktion total übertrieben, wenn die Stadt auch diese zur Verfügung stellen würde. Das sieht glücklicherweise auch der Stadtrat so. Für die Mitte-Fraktion müssten auch nicht zwingend alle WCs mit Binden und Tampons ausgerüstet sein. Wichtig ist, dass Schülerinnen bei Bedarf einfach Zugriff haben und es eine Selbstverständlichkeit ist. Es soll niemandem peinlich sein, seine Tage zu haben. Die Argumentation mit der Belastung für Familien mit kleinem Einkommen steht für die Mitte-Fraktion in diesem Fall an zweiter Stelle. Auch wenn es eine Tatsache ist. Hygieneartikel sind zu teuer. Das ist unbestritten. Das kann aber nicht der Grund sein, dass die Stadt nun generell gratis Tampons und Binden zur Verfügung stellt. Es muss viel mehr auf Bundesebene etwas passieren, damit die Hygieneartikel tiefer besteuert und somit günstiger werden. Das Hauptargument ist aus Sicht der Mitte-Fraktion, dass Schülerinnen bei Bedarf einen unproblematischen Zugang zu Tampons und Binden haben. Die Mitte-Fraktion stimmt diesem Postulat daher zu.

Selina Frey ist froh, hier noch als Expertin sprechen zu können. Genau in diesem Moment hat auf der Welt jede fünfte Frau ihre Periode. Im Alter von 15 bis 50 Jahren verbringt eine Frau zirka 3'000 Tage mit ihrer Periode. Das sind acht Jahre im Leben einer Frau. Menstruieren ist in der Schweiz nach wie vor ein purer Luxus. Einmal im Monat gönnt sich eine Frau mit Menstruationshintergrund ein paar Tage Luxusgüter. Gemäss Schätzungen gibt eine Frau Fr. 2'200.– in ihrem Leben für Menstruationsprodukte aus. Der Betrag erhöht sich jedoch auf Fr. 4'500.–, wenn alle Kosten, die mit dem Menstruationszyklus verbunden sind – wie z. B. Schmerztabletten oder Schokolade –, berücksichtigt werden. Dass Kaviar, Trüffel und Viagra laut Bund zu den Produkten des täglichen Bedarfs gehören und Menstruationsprodukte noch immer mit einem Mehrwertsteuersatz von 7,7 Prozent besteuert werden, ist beschämend und wird sich hoffentlich bald ändern. Period

Shaming ist nach wie vor in unserer Gesellschaft ein grosses Thema. Wer hat schon einmal seinem Chef gesagt: Ich kann heute nicht zur Arbeit kommen, denn ich habe meine Periode? Wohl nur sehr wenige. Obwohl gemäss Statistik 98 Prozent aller Frauen Menstruationsbeschwerden haben. Es ist einfacher, dem Chef zu sagen, dass man Kopfschmerzen hat. Das auch dann, wenn die Vorgesetzte eine Frau ist. Der Grund, warum die meisten Frauen das machen ist, weil es ihnen selber unangenehm ist, darüber zu sprechen oder weil sie das Gegenüber nicht peinlich berühren möchten. Und das im Jahr 2022. Es ist Zeit, Period Shaming zu beenden und die Sache beim Namen zu nennen. Dass im Postulat von Hygieneartikeln die Rede ist, trägt nicht gerade zur Endtabuisierung der Menstruation bei. Vor etwa 1'000 Jahren sprach man davon, dass die Menstruation etwas Unreines ist. Dass auch heute in den Werbungen blaue Flüssigkeit verwendet wird, um Menstruationsblut darzustellen, trägt auch nicht dazu bei, dass die Gesellschaft offen ist und über die monatlich wiederkehrende, gesunde und ganz natürliche Periode einer Frau sprechen kann. Die G/JG-Fraktion bittet daher den Stadtrat, die vorgesehenen Abgabeboxen nicht mit Hygieneartikeln zu befüllen, sondern mit Menstruationsprodukten, damit die Schülerinnen der Stadt Luzern in Zukunft weniger unangenehme Momente und Stress im Alltag haben. Die G/JG-Fraktion freut sich sehr über das eingereichte Postulat und die positive Antwort des Stadtrates und wird das Postulat überweisen.

Stadtpräsident Beat Züsli: Der Stadtrat schrieb in seiner Antwort, dass er das Anliegen unterstützt. Er ist überzeugt, dass damit in den Schulhäusern entsprechende Notsituationen – wie sie in der Diskussion auch erwähnt wurden – für junge Frauen und Mädchen zukünftig vermieden werden können. So kann auch ein Beitrag zur Endtabuisierung des Themas Menstruation geleistet und ein normalerer Umgang damit gefördert werden.

Es wurde angesprochen, dass es dafür eine zusätzliche Stelle benötigt. Das ist nicht die Meinung. Wie in der Antwort des Stadtrates geschrieben, wird das Reinigungspersonal einfach einen zusätzlichen Auftrag erhalten. Das kostet etwas, aber der Stadtrat ist der Meinung, dass das angemessen ist. Bezüglich dem Missbrauch der Produkte stützt sich der Stadtrat auf die Erfahrungen der Stadt Zürich, die ein Pilotprojekt durchführt, welches kurz vor dem Abschluss steht. Dort stellte man klar fest, dass der Missbrauch bis jetzt kein Thema ist. In diesem Sinne dankt der Sprechende für die Überweisung des Postulats.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 119.

7 Postulat 117, Maria Pilotto namens der SP-Fraktion vom 9. Juli 2021: Schwangerschaftsurlaub für werdende Mütter

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Marco Baumann stellt im Namen der FDP-Fraktion einen **Ablehnungsantrag**. Nachdem sich bereits der Bundesrat und der Luzerner Regierungsrat mit dem Schwangerschaftsurlaub befasste, darf nun auch der Grosse Stadtrat darüber diskutieren. Der Bundesrat lehnt vorgeburtliche Ferien

ab. Seine Prüfung ergab, dass schwangerschaftsbedingte Erwerbsunterbrüche heute genug abgesichert sind. Auch vom gesundheitlichen Aspekt her ist garantiert, dass sich Frauen unproblematisch krankschreiben lassen können, wenn sie aufgrund der Schwangerschaft nicht mehr arbeiten können. Daher sieht der Bundesrat keinen Handlungsbedarf. Nun sieht die SP-Fraktion und der Stadtrat mit mehr Ferien eine Möglichkeit, die Anstellungsbedingungen für Mitarbeiterinnen der Stadt Luzern weiter zu verbessern. Braucht es das aber wirklich? Aus Sicht der FDP-Fraktion bietet die Stadt bereits genug attraktive Arbeitsbedingungen, gute Löhne und sichere Arbeitsplätze. Sie bietet einen 16-wöchigen Mutterschaftsurlaub und einen pragmatischen Umgang, wenn werdende Mütter bereits vor der Geburt nicht mehr arbeiten können. Es wäre daher unverständlich, wenn sich die Stadt Luzern gegenüber der Privatwirtschaft mit noch mehr Personalleistungen bevorzugen würde, die schlussendlich von der Privatwirtschaft über Steuergelder mitfinanziert werden. Die Unternehmen können sich diese ausgebauten Personalleistungen nicht leisten. Die FDP-Fraktion kann daher diesen drei weiteren Ferienwochen nicht zustimmen. Es ist besser, die aktuell sehr guten Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beizubehalten. Die FDP-Fraktion lehnt dieses Postulat ab.

Maria Pilotto findet es erfrischend, dass nebst technischen Details und Normen heute auch über körperliche, ganz lebensnahe Entwicklungen gesprochen wird. Nun geht es von der Menstruation weiter zum Thema Schwangerschaft. Heute vor einem Jahr wartete die Sprechende auf die Geburt ihres Sohnes Oskar. Das wäre auch in diesen angesprochenen drei Wochen gewesen. Die Sprechende freut sich über die ausführliche Antwort des Stadtrates, der auch bereits zahlreiche weiterführende Überlegungen machte, was so ein Schwangerschaftsurlaub bedeutet.

Marco Baumann hat einige Male von Ferien gesprochen – die Sprechende merkt, dass sie auch von Urlaub spricht – aber es ist mittlerweile eigentlich hinreichend bekannt, dass es sich sowohl beim Mutterschaftsurlaub wie auch bei diesem Schwangerschaftsurlaub nicht um Ferien im eigentlichen Sinne handelt. Die Entgegennahme des Postulats seitens Stadtrat freut die Sprechende sehr. Der Stadtrat ist bereit, für seine Mitarbeiterinnen – die ohnehin bereits zu grosser Zahl vorzeitig, also vor dem Geburtstermin, die Arbeitstätigkeit beenden und sich auf die Geburt vorbereiten –, wie auch für die überbleibenden Teams Planungssicherheit zu schaffen. Kürzlich las die Sprechende einen Bericht einer Hebamme, die unzählige Jahre auf diesem Beruf tätig war. Sie wurde gefragt, wann sie den Frauen die Beendigung der Arbeitstätigkeit empfehle. Sie sagte dann in Woche 37 – was mit diesen drei Wochen übereinstimmt. Die Hebamme von Maria Pilotto hätte es sogar besser gefunden, wenn sie einen Monat vorher mit der Arbeit aufgehört hätte. Also wenn man auf die Stimmen dieser Fachfrauen hört, bewegt man sich hier noch in anderen Dimensionen. Was bedeutet es, sich auf eine Geburt vorzubereiten? Was bedeutet es evtl. auch, sich auf eine Geburt vorzubereiten, wenn schon andere Kinder da sind? Wenn man auch strenge Arbeit zu verrichten hat? Und so weiter. Der Vergleich der Antwort des Stadtrates zum Kanton zeigt an vielen Punkten auf, dass sich die Stadt mit attraktiven Arbeitsbedingungen gegenüber gefragten Fachkräften gut positionieren kann. Dies auch bereits heute, z. B. bei Krankheit zwei Wochen vor dem Geburtstermin, dass diese nicht von den 16 Wochen Mutterschaftsurlaub abgezogen werden. Mit diesem zusätzlichen Schwangerschaftsurlaub macht der Stadtrat nun einen weiteren Schritt in Richtung familien- und frauenfreundliche Arbeitsbedingungen. Es freut die SP-Fraktion sehr, dass

der Stadtrat erkennt, dass Bedingungen wie diese zu attraktiven Rahmenbedingungen dazugehören. Als es um die Berechnungen ging – was das kosten würde –, wurde erwähnt, dass das bedeutet, Stellvertretungen nach vorne zu ziehen. Die Sprechende ist froh um diese Überlegung, denn sie beobachtete bereits, dass immer weniger Stellvertretungen eingesetzt werden. Dass dies der Stadtrat in seiner Antwort auf das Postulat bereits berücksichtigt, freut die Sprechende sehr. Denn nur so kann ein möglichst reibungsloser Arbeitsablauf in der städtischen Verwaltung aufrechterhalten werden. Die Sprechende hofft, dass eine allfällige Überweisung dieses Postulats und die Umsetzung des Schwangerschaftsurlaus ein Zeichen gegenüber der Bundesregierung und gegenüber dem Kanton darstellt. Marco Baumann meinte zwar, der Regierungsrat habe sich bereits damit beschäftigt. Das ist der Sprechenden nicht bekannt. Sie meint, dass er sich erst noch damit beschäftigen wird und hofft, dass die Stadt Luzern heute ein Zeichen setzen kann, auch für die kantonalen Angestellten, zu denen auch die Lehr- und Fachlehrpersonen, die in der Stadt arbeiten, gehören. Denn wenn nur die Stadt einen solchen Urlaub einführt, profitieren sie nicht davon. Zur Forderung betreffend den stadteigenen Betrieben meint die Sprechende, dass diese Betriebe fortschrittliche Arbeits- und Anstellungsbedingungen zu gewährleisten haben. So hat der Grosse Stadtrat dieses Anliegen gegenüber den eigenen Bedingungen formuliert und der Stadtrat machte mit seiner Antwort klar, dass zu fortschrittlichen Arbeits- und Anstellungsbedingungen ein vorgeburtlicher Schwangerschaftsurlaub dazugehört. In diesem Sinne geht die Sprechende davon aus, dass sich der Stadtrat ohnehin mit den stadteigenen Betrieben darüber unterhalten wird, wie sie das sehen und ob sie auch bereit sind, so etwas zu übernehmen. Die Sprechende dankt für die Unterstützung dieses Postulats.

Lisa Zanolla: Gemäss der geltenden Regelung zum Mutterschaftsurlaub, Art. 26 «Personalverordnung der Stadt Luzern», haben städtische Mitarbeiterinnen einen Anspruch auf einen Mutterschaftsurlaub von insgesamt 16 Wochen. Dieser beginnt spätestens im Zeitpunkt der Niederkunft und frühestens zwei Wochen vor dem ärztlich errechneten Niederkunftstermin. Wird der Urlaub zwei Wochen vor dem errechneten Niederkunftstermin angetreten und die Geburt erfolgt erst nach diesem Termin, wird der Antritt des Urlaubs neu zwei Wochen vor der Niederkunft festgelegt. Weiter verlängert sich der Mutterschaftsurlaub, wenn Krankheits- und Unfalltage im Mutterschaftsurlaub vor der Geburt des Kindes durch ein Arztzeugnis ausgewiesen werden.

Auf Bundesebene sind zurzeit zwei Motionen «Mutterschutz vor der Niederkunft» hängig. Die Antwort liegt noch nicht vor. In einer anderen Stellungnahme auf ein Postulat, über den Vorschlag der Einführung eines vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaus, hat sich der Bundesrat ausführlich geäussert. Er sagt, dass schwangerschaftsbedingte Erwerbsunterbrüche bereits ausreichend abgedeckt seien und kein Handlungsbedarf bestehe. Auf kantonaler Ebene ist zurzeit das Postulat 665 betreffend Schwangerschaftsurlaub für werdende Mütter hängig, welches einen ähnlichen Inhalt wie dieses Postulat hat. Die Antwort des Regierungsrates liegt zurzeit noch nicht vor.

Wie ausgeführt, gewährt die Stadt Luzern Mitarbeiterinnen, die nach städtischem Personalrecht angestellt sind und wegen schwangerschaftsbedingter Beschwerden ihre Tätigkeit niederlegen müssen, uneingeschränkt einen 16-wöchigen, voll bezahlten Mutterschaftsurlaub. Die Stadt Luzern gewährt einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub und kennt auch einen zusätzlichen Anspruch auf einen unbesoldeten Elternurlaub von 14 Wochen. Im Gegensatz zum Kanton Luzern kürzt die Stadt Luzern ihren Mitarbeiterinnen nicht den nachgeburtlichen Urlaub, sofern die Tätigkeit

schwangerschaftsbedingt früher niedergelegt werden muss. Schwangere Mitarbeiterinnen werden und können vom Arzt mehrheitlich für die letzten Wochen vor der Geburt krankgeschrieben werden und erfahren daher auf dem Weg der Lohnfortzahlung bereits faktisch eine vorgeburtliche Urlaubsbesoldung. Es soll also für alle werdenden Mütter, die von der Stadt oder von stadteigenen Betrieben angestellt sind, eine sinngemässe Lösung angestrebt werden, sodass in der Personalverordnung für Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung ein bezahlter vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub von drei Wochen verankert wird. Die SVP-Fraktion kann diesen Forderungen nicht zustimmen. Da die städtischen Angestellten jetzt schon viele Vorteile gegenüber den KMUs und kleineren Unternehmen haben, ist es für die Fraktion nicht nachvollziehbar, dass eine öffentliche Hand so weit gehen will, dass sie die kleinen Betriebe indirekt konkurrenziert. Städtische Angestellte werden bessergestellt. Die Stadtbevölkerung darf dann unter schlechteren Bedingungen mit ihren schwer verdienten Steuergeldern für einige wenige Privilegierte für den Schwangerschaftsurlaub aufkommen. Die Sprechende fragt sich ernsthaft: Will man das? Die SVP-Fraktion lehnt dieses Postulat entschieden ab.

Selina Frey: Familien erbringen unbezahlte und unbezahlbare Leistungen für die Gesellschaft von heute und die Gesellschaft der Zukunft. Der Staat und auch die Gesellschaft sollten diese Leistungen anerkennen und gute Rahmenbedingungen für Familien schaffen. In vielen europäischen Ländern kennt man bereits einen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub. Innerhalb der EU kennt man einzig in der Schweiz und in Zypern keinen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub. In vielen Ländern ist es möglich, einen Teil des Mutterschaftsurlaubs bereits vor der Geburt zu beziehen. In England kann man vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub von bis zu elf Wochen beziehen, in Spanien bis zu zehn, in Luxemburg und Schweden bis zu acht Wochen. Dafür sprechen die positiven gesundheitlichen Aspekte, weniger physischer und psychischer Stress für die Schwangeren sowie auch Planungssicherheit für die Arbeitgeber. Der Forschungsbericht des BSVs aus dem Jahr 2016, welcher auch in der Stellungnahme des Stadtrates erwähnt ist, zeigt auf, dass je nach Kanton, Arbeitgeber oder Branche, bereits heute die schwangere Frau die Möglichkeit hat, einen Teil ihres Mutterschaftsurlaubs vorgeburtlich zu beziehen. Jedoch sind diese vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaube meistens schlechter bezahlt. Familie ist jedoch kein Luxus. Familie ist ein persönliches Gut. Sie ist aber auch ein gesellschaftliches und wirtschaftliches Gut. Aus diesem Grund setzen sich die Grünen für eine Elternzeit auf nationaler Ebene ein. Das Erfolgsmodell kennt man schon in vielen europäischen Ländern und gehört zu einer zeitgemässen Familienpolitik. Eine Elternzeit fördert die Gleichstellung, verringert die Diskriminierung der Frau im Arbeitsmarkt und wirkt sich positiv auf die Produktivität sowie die Zufriedenheit im Unternehmen aus. Die G/JG-Fraktion wird das Postulat überweisen.

Christina Lütolf-Aecherli: Die GLP-Fraktion bedankt sich bei der SP-Fraktion für dieses wichtige Postulat. Weiter bedankt sich die Fraktion beim Stadtrat für seine progressive Haltung. Der Stadtrat anerkennt, dass eine Frau in der kurzen Zeit vor der Geburt Schutz braucht, sich schonen soll und dass sie eben nicht krank ist, sondern dass sie einfach hoch schwanger ist. Die Sprechende findet es wichtig zu konstatieren, dass das ein Unterschied ist. Schwangere sind per se nicht krank. Neben den gesundheitlichen Aspekten erachtet es die Sprechende auch als wichtig, herauszustrei-

chen, dass die Planungssicherheit für die werdende Mutter, das Unternehmen und die Mutter-schaftsvertretung verbessert wird. So wird bereits im Vorfeld Klarheit geschaffen und potenziellen Streitpunkten wird gar kein Raum gegeben. Der Stadtrat unterstreicht weiter den Wettbewerbsvor-teil, den die städtischen Betriebe haben werden. Mit der Festlegung des vorgeburtlichen Mutter-schaftsurlaubs schafft sich die Stadt Luzern einen wichtigen Pluspunkt auf dem Arbeitsmarkt. So-mit setzt der Stadtrat auch ein Zeichen für eine fortschrittliche Familienpolitik der Stadt Luzern – nimmt sogar für Bund und Kanton eine Vorbildfunktion ein. Die Sprechende ist der Meinung, dass sich das Image von Luzern, hin zu einer modernen Stadt, stark verbessert, was sich insgesamt auf den Standort Luzern nur positiv auswirken kann. Von Willkommenskultur ist die Rede. Willkom-menskultur fängt nicht erst bei den Touristen an, sondern beginnt da, wo man die eigenen Liebsten willkommen heisst. In diesem Fall sind das unsere Kinder. Die Stadt zeigt so die Wertschätzung denen gegenüber, die unsere Kinder zur Welt bringen. Es gibt also nur Gewinner in dieser Sache. Darum dankt die GLP-Fraktion für dieses Postulat, sagt Ja zu diesem Postulat und hofft, dass die Stadt Luzern auch diesbezüglich ein Zeichen setzen kann.

Mirjam Fries: 70 Prozent der Frauen sind zwei Wochen vor der Geburt krankgeschrieben. Das ist die Realität. Darum bringt dieser vorgeschlagene dreiwöchige Schwangerschaftsurlaub vor der Ge-burt einerseits eine Entlastung der Schwangeren und andererseits bringt er Planungssicherheit für die Schwangere, aber auch für den Arbeitgeber – im aktuellen Fall für die Arbeitgeberin, die Stadt Luzern. Er bringt aber auch eine Gleichbehandlung, indem er klarmacht, dass alle Frauen drei Wo-chen vor der Niederkunft Urlaub haben. Nicht nur die, die sich krankschreiben lassen. In diesem Sinne unterstützt die Mitte-Fraktion dieses Anliegen mehrheitlich. Andererseits tut sich die Fraktion aber schon auch schwer damit – das sieht die Sprechende gleich wie die FDP- und die SVP-Frak-tion –, dass die Stadt bei diesem Thema wieder einmal etwas vorseilt. Diese Diskussion findet auch beim Bund statt – es wurde gesagt, der Bundesrat äusserte sich bereits negativ dazu – und auch beim Kanton. Die Stadt hat bereits heute überdurchschnittliche Arbeitsbedingungen. Die Sprechende denkt hier an den vierwöchigen Vaterschaftsurlaub, an den Anspruch auf den unbe-soldeten Elternurlaub von 14 Wochen sowie an den Anspruch auf die Reduktion des Arbeitspen-sums nach der Geburt. Im Gegensatz zum Kanton wird auch der nachgeburtliche Urlaub nicht ge-kürzt, wenn man bereits vor der Geburt krankgeschrieben ist. Diese zusätzlichen drei Wochen wä-ren aus Sicht der Mitte-Fraktion nicht notwendig, um eine attraktive Arbeitgeberin zu sein. Trotz-dem: Alles in allem sieht ein Grossteil der Mitte-Fraktion den Vorteil dieser drei Wochen insbeson-dere in Bezug auf die Planungssicherheit und Gleichbehandlung und wird entsprechend zustim-men.

Silvio Bonzanigo kann die Argumentation und die Überlegungen des Sprechenden der FDP-Frak-tion und der Sprecherin der SVP-Fraktion nachvollziehen und wird das Postulat nicht unterstützen. Wie bereits erwähnt, wird auf kantonaler Ebene wie auch auf Bundesebene genau über das ge-sprochen und es steht kurz vor der Entscheidung. Der Sprechende ist dagegen, dass die Stadt eine Vorreiterrolle einnimmt, die nur wieder auf andere Verwaltungen – z. B. in den Gemeinden – und auf KMUs indirekt Druck ausübt. Der Sprechende ist der Meinung, dass ohne weiteres abge-wartet werden kann, bis auf Kantons- bzw. Bundesebene die entsprechenden Entscheide gefallen sind.

Stadtpräsident Beat Züsli: Der Stadtrat möchte mit diesen drei Wochen vorgeburtlichem Schwangerschaftsurlaub drei zentrale Ziele verfolgen:

1. Die Frauen sollen entlastet werden. Viele sind in einer belastenden oder gar sehr belastenden Situation. Selbstverständlich gibt es Frauen, die bis zum Tag vor der Geburt arbeitstätig bleiben können. Die Realität zeigt aber, dass sehr viele aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen in diesen Wochen vorher krankgeschrieben werden müssen.
2. Die Planbarkeit wird verbessert – und zwar für beide Seiten. Für die Arbeitnehmerin, aber auch den Arbeitgeber, die Stadt Luzern, ist das ein Vorteil. Man kann sich auf diese Situationen besser einstellen und das so in die Planung besser aufnehmen. Man wird weniger überrascht von kurzfristigen Ausfällen.
3. Es ist ein Mosaikstein in der Positionierung als attraktiver Arbeitgeber. Es wird in Zukunft für die Stadt Luzern noch wichtiger sein, dass genau solche Signale nach aussen gesendet werden können. Auch die Stadt Luzern spürt den Fachkräftemangel bei der Rekrutierung neuer Personen auf allen Ebenen und in diesem Sinne ist es für die Stadt Luzern sicher ein Vorteil, wenn sie diese neue Positionierung oder diesen zusätzlichen Pluspunkt vorweisen kann.

Selbstverständlich würde der Stadtrat eine nationale Regelung zu diesem Thema begrüssen, aber die gibt es im Moment nicht und daher bittet er den Grossen Stadtrat, dieses Postulat entgegenzunehmen.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 117.

**8 Postulat 135, Barbara Irniger, Martin Abele und Christa Wenger namens der G/JG-Fraktion vom 4. Oktober 2021:
Gültigkeit IV-Begleiterkarte für Sportanlagen der Hallenbad Luzern AG**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Somit ist das Postulat 135 überwiesen.

Mittagspause von 11.35 Uhr – 14.00 Uhr

- **Dringliches Postulat 154, Regula Müller namens der SP-Fraktion sowie Andreas Felder und Mirjam Fries namens der Mitte-Fraktion vom 28. Dezember 2021:
Erweiterte Aussenflächen für die Gastrobetriebe weiterhin zum halben Preis vermieten**

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Regula Müller: Bekanntlich sollte man zuerst ein Lob aussprechen, bevor man etwas kritisiert. Deshalb zuerst das Positive: Es ist toll, dass auch im Jahr 2022 die Gastrobetriebe in der Stadt Luzern einfacher zu Bewilligungen für die Nutzung von Aussenflächen kommen. Es ist aber nicht nachvollziehbar, dass sie im Jahr 2022 wieder den vollen Betrag dafür bezahlen sollen. Natürlich hoffen wir alle, dass die Prognosen wahr werden und wir auf das Ende der Pandemie hinsteuern. Wissen tun wir es aber nicht. Und selbst wenn das eintreffen würde: Die Gastrobetriebe haben unter der Pandemie so stark gelitten, dass wir sie gerne auch darüber hinaus unterstützen dürfen. Die SP-Fraktion dankt für die Überweisung des Postulats.

Thomas Gfeller: Die SVP-Fraktion kann mit der Antwort des Stadtrates gut umgehen und versteht die Hintergründe, warum er die Reduktionsverlängerung nicht weiterhin gewährleisten will. Die erwähnte finanzielle Begründung ist sicherlich ein Aspekt, kann aber nach Ansicht der Fraktion nicht der Hauptgrund sein. In der Vergangenheit hat das Parlament – so stimmen die Anwesenden in diesem Saal dem Sprechenden sicherlich zu – das Geld schon für andere «Sachen» ausgegeben. Wir stecken nach wie vor inmitten der Pandemie und ein Ende, auch wenn der Stadtrat positive Signale sieht, ist realistischerweise noch nicht in Sicht.

Es ist richtig, wenn der Stadtrat sagt, dass in der Gastroszene schon viel Unterstützung geleistet worden ist. Auch teilt die SVP-Fraktion die Meinung, dass die Boulevardfläche nicht nur für die Gastronomie zur Verfügung stehen muss, sondern dass alle Bedürfnisgruppen darüber Anspruch haben dürfen.

Allerdings ist die Fraktion der Meinung, dass wenn man schon die erweiterte Boulevardgastronomiefläche bis 31. Oktober 2022 bewilligt, man auch gleichzeitig auf die 50 Prozent der Nutzungsgebühr hätte verzichten können. Aus Sicht der SVP-Fraktion würde der Stadtrat damit ein wirtschaftsfreundliches Zeichen setzen. So oder so muss bis im Sommer klar sein, wie es mit der Nutzung der Aussenflächen weitergehen soll. Kehren wir zum restriktiven Regime zurück oder finden wir irgendwo einen guten schweizerischen Kompromiss? Entgegen dem Stadtrat, stimmt die SVP-Fraktion dem Postulat zu.

Andreas Felder: Auch die Mitte-Fraktion wird diesem Postulat zustimmen. In ihren Augen ist die Gastrobranche von den Auswirkungen bzw. den Einschränkungen der Corona-Pandemie besonders stark betroffen. Wie der Stadtrat in seiner Antwort aufzeigt, unterstützte die Stadt Luzern – auch als Antwort auf einen Vorstoss der Mitte-Fraktion – im Rahmen eines vereinfachten Verfahrens temporär die Nutzung von zusätzlichen Aussenflächen als Boulevardflächen. Die Fraktion begrüsst es, dass die Stadt dieses Regime von sich aus bis im Oktober 2022 verlängert. Aus Sicht der Fraktion ist das eine sinnvolle Hilfe zur Selbsthilfe. Man kann sich fragen, ob diese Massnahme

ausreicht; aus Sicht der Mitte-Fraktion reicht die Massnahme nicht. Einerseits teilt die Fraktion die Hoffnung des Stadtrates, dass im Frühling eine Normalisierung eintritt, aber wenn man etwas gelernt hat in den letzten Jahren, dann dass sich die Entwicklung der Pandemie nicht mit Sicherheit voraussagen lässt. Deshalb ist es wichtig, die nötigen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Viele Firmen sagten ihr Weihnachtsessen ab, weshalb für die Gastrobranche wieder ein Schaden entstanden ist. Auch wenn es auf den Sommer besser werden sollte, muss man festhalten, dass die Gastroszene eine sehr harte Zeit hinter sich hat. Deshalb ist die Mitte-Fraktion der Meinung, dass die Gebühr bis im Oktober 2022 nochmals halbiert werden kann und sie hofft, dass ab dann keine weiteren Unterstützungsmassnahmen mehr nötig sein werden.

Daniel Lütolf dankt den Postulanten für den Vorstoss. Er kann sich kurz und knackig halten: Aus Sicht der GLP-Fraktion ist die Verlängerung der Vergünstigung um 50 Prozent für die Gastrobetriebe eine klare Sache. Die GLP-Fraktion unterstützt den Vorstoss klar.

Christian Hochstrasser von der G/JG-Fraktion sieht das anders. Im Grundsatz steht die Situation, dass der öffentliche Grund allen zusteht. Wenn exklusiv von einem Restaurant oder von sonst jemandem etwas genutzt wird, muss die Allgemeinheit für das entschädigt werden. Das ist ein Grundsatz. Es ist nicht extrem viel, was die Stadt pro Quadratmeter verlangt. Selbstverständlich sieht die Fraktion die Situation der letzten zwei Jahre. Sie weiss auch, wie schwierig es für gewisse Betriebe gewesen ist. Die Fraktion geht wie der Stadtrat davon aus, dass die Regeln im kommenden Sommer deutlich weniger einschränkend sein werden und zum Glück aus dem Grund auch weniger Platz beansprucht wird, der den öffentlichen Grund für den Rest der Allgemeinheit einschränkt. Für die G/JG-Fraktion ist der Verweis auf den Finanzhaushalt in der Antwort des Stadtrates nicht relevant. Thomas Gfeller erwähnte diesen Punkt bereits. Es ist für die Fraktion absolut unbedeutend, ob in dem Zusammenhang etwas mehr oder etwas weniger Geld in die Stadtkasse kommt. Das kann nicht der Grund sein. Aber der öffentliche Grund, wie gesagt, gehört im Grundsatz allen und deshalb ist die Regel einzuhalten, auch in der speziellen Situation. Die Fraktion schätzt die Belegung des öffentlichen Raums durch die Gastronomie. Das hat häufig auch sehr viele positive Faktoren. Sie setzt sich aber seit je her auch stark für eine konsumationsfreie Nutzung des öffentlichen Raums ein. Im Gegenzug heisst das eben, dass der Teil des öffentlichen Grunds, den man frei vergibt an eine Gastronomie zur exklusiven Nutzung, seinen Preis haben muss.

Damian Hunkeler: Die FDP-Fraktion ist bei diesem Vorstoss geteilter Meinung. Ein Teil war nicht sehr glücklich darüber, weil bei Sondermassnahmen die Verlängerung der Verlängerung von der Verlängerung irgendwann aufhören sollte. Man müsste wieder zurück zur Normalität gelangen. Es wird mit diesem Vorstoss eine Branche, die sicherlich sehr hart getroffen wurde, bevorzugt gegenüber anderen Unternehmen/KMUs/Gewerbetreibenden; und auch aus dieser Branche ist es nur ein kleiner Teil, der davon wirklich profitieren kann. Deshalb sind die Meinungen innerhalb der Fraktion geteilt, ob diese Massnahme wirklich gescheit ist oder nicht. Die FDP-Fraktion wird den Vorstoss nochmals unterstützen, allerdings ein letztes Mal. Eine weitere Verlängerung von der Verlängerung der Sondermassnahmen sieht die Fraktion nicht.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula dankt für das geäußerte Lob für den Stadtrat. Es ist dem Stadtrat nicht schlecht gelungen, schnell zu reagieren und den Beizen, die Boulevardflächen zur Verfügung haben, unkompliziert die Möglichkeit zu bieten, auch unter den Coronabedingungen 2020 und 2021 verhältnismässig gute Geschäfte zu machen. Dass seine Haltung nicht nachvollziehbar sein soll, wie die Sprecherin der SP-Fraktion sagte, versteht Stadtrat Adrian Borgula nicht ganz. Der Stadtrat begründete es gut und sagte, er wolle keine Reduktion auf Vorrat. Die Prognose für dieses Jahr ist schwierig; Prognosen sind immer schwierig zu machen, vor allem, wenn es die Zukunft betrifft. Einen Punkt möchte der Sprechende hervorheben: Bei den Beizen gibt es zwei Kategorien. Es gibt diejenigen, die Boulevard betreiben können und es gibt diejenigen, die das nicht können. Diejenigen, die Boulevardgastronomie machen können, hatten in den letzten zwei Sommer relativ gute Bedingungen. Im Sommer 2021 stand ihnen die doppelte Fläche bei halbiertem Nutzungsgebühr zur Verfügung und im Sommer 2020 die doppelte Fläche, aber die Gäste durften nicht so eng nebeneinandersitzen. Im Moment sind die Bestimmungen so, dass die Rückendistanz im Gastrobereich eineinhalb Meter betragen muss. Der Stadtrat hofft, dass sich das auf den Sommer verbessert. Die Nutzungsgebühren sind insgesamt tief. Der Stadtrat will es nicht unterschiedlich handhaben, weil die wirtschaftliche Corona-Unterstützung der Gastrobetriebe, die vor allem über den Bund und den Kanton läuft, grundsätzlich gleich sein muss. Der Stadtrat freut sich auch über etwas mehr Boulevardgastronomie – es belebt die Stadt. Deshalb hat er sie auch ermöglicht. Für den Stadtrat ist aber der Gebührenaussfall nicht unbedingt.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 154.

9 Bericht und Antrag 22/2021 vom 30. Juni 2021: Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann: Der Bericht und Antrag: «Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern» wird in zwei Etappen beraten. Ein Teil wird heute diskutiert, der zweite an der nächsten Ratssitzung vom 17. Februar 2022. Ziel ist es, den ganzen Bericht und Antrag dann auch abzuschliessen.

Die Beratung erfolgt zusammen mit den Traktanden 10 und 11. Die Stellungnahme zur Motion 434 (Traktandum 10) findet sich im Kapitel 14.2 dieses Berichts und Antrags und ist Bestandteil des Beschlusses. Der Grosse Stadtrat kann in diesem Zusammenhang darüber abstimmen. Die Stellungnahme zur Dringlichen Motion 148 (Traktandum 11) wurde dem Parlament separat zugestellt. Die Abstimmung über Motion 148 erfolgt am Schluss der Beratung.

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihren Sitzungen vom 4. und 18. November 2021 sowie vom 6. Januar 2022 den Bericht und An-

trag 22: «Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern» beraten. Sie hat vom Bericht grossmehrheitlich zustimmend Kenntnis genommen, Änderungen der Reglemente für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik, für eine nachhaltige städtische Mobilität und über die Nutzung des öffentlichen Grundes zugestimmt sowie die vier Sonderkredite über gesamthaft 32,55 Mio. Franken bewilligt.

Der Stadtrat legte mit dem Bericht und Antrag «Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern» eine umfassende Darstellung der Ausgangslage, der Herausforderungen sowie der geplanten Massnahmen vor. Die Baukommission sieht darin eine gute Basis, um die Klima- und Energiestrategie der Zukunft zu diskutieren und festzulegen. Insbesondere die im Bericht vorgelegten 32 Massnahmen zeigen auf, wie der Stadtrat in den nächsten Jahren vorgehen will, um eine massgebende und rasche Senkung der Treibhausgasemissionen zu erzielen.

Der Klimawandel und die damit verbundenen negativen Auswirkungen sind eine Realität, die in der Baukommission von allen Fraktionen als grosse Herausforderung bezeichnet wurde. Rasches und entschiedenes Handeln ist deshalb angezeigt, wobei klar ist, dass alle Staatsebenen herausgefordert sind. Nebst dem Bund und dem Kanton ist aus Sicht der Baukommission auch die Stadt Luzern verantwortlich, ihren Beitrag zu leisten, wobei eine enge Zusammenarbeit mit allen Akteuren, insbesondere auch mit anderen Städten, die ähnlich ambitionierte Ziele verfolgen, von der Baukommission erwartet wird. Wie der Bericht aufzeigt, kann die Stadt insbesondere im Gebäudebereich und in der Mobilität einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie des Energieverbrauchs leisten.

Während in der Baukommission das Ziel, die Treibhausgasemissionen auf null Tonnen zu reduzieren noch unbestritten war, gingen die Ansichten, bis wann dieses Ziel zu erreichen ist, erwartungsgemäss auseinander. Während die vom Grossen Stadtrat im Juni 2019 überwiesene Motion Netto-Null CO₂-Emissionen bis 2030 forderte, schlägt der Stadtrat vor, bis 2040 die Treibhausgasemissionen auf null Tonnen und den Energieverbrauch bis 2050 auf 2'000 Watt Dauerleistung pro Kopf der Bevölkerung zu senken. Ein Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung, der ein rascheres Handeln forderte, wurde deutlich abgelehnt. Der Stadtrat stellte aus Sicht der Mehrheit der Kommission im Bericht gut nachvollziehbar dar, dass eine Reduktion der Treibhausgase auf null Tonnen bis im Jahr 2030, d. h. innert nur acht Jahren, nicht realistisch ist. Selbst das angestrebte Ziel 2040 stellt aus Sicht der Baukommission eine riesige Herausforderung dar. Einzelne Fraktionen beurteilen selbst den Zeitraum bis 2040 als unrealistisch und vertreten die Ansicht, die Stadt solle die Ziele des Kantons und des Bundes, d. h. null Tonnen Treibhausgasemissionen bis 2050, übernehmen.

Die Transformation von den fossilen hin zu erneuerbaren Energieträgern erfordert im Gebäudebereich enorme Investitionen. Die Gebäude müssen durch verbesserte Wärmedämmungen energieeffizienter werden, mit neuen Heizungen muss auf erneuerbare Energien umgestellt werden und Dach- sowie Fassadenflächen sollen für die Stromproduktion genutzt werden. Damit diese Massnahmen rasch angegangen und in der erforderlichen Qualität umgesetzt werden, sieht der Stadtrat einen massiven Ausbau der Förderprogramme vor. Die Baukommission unterstützt dieses Vorgehen, weil die Vergangenheit zeigte, dass der bestehende Gebäudepark nur zögerlich und teilweise ungenügend erneuert wurde.

Die städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen (z. B. Schulhäuser) will der Stadtrat bis 2030 mit 100 Prozent erneuerbaren Energien versorgen und damit eine Vorbildwirkung erzielen.

Der Baukommission geht dieser Schritt deutlich zu wenig weit. Eine grosse Mehrheit verlangt deshalb, dass auch die Liegenschaften im Finanzvermögen im selben Zeitraum umgestellt werden. Eine wesentliche Rolle in der zukünftigen Wärmeversorgung werden thermische Netze, sogenannte Energieverbunde, spielen müssen, welche z. B. mit See-Energie gespeist werden. Um deren Wirtschaftlichkeit zu verbessern, schlägt die Baukommission vor, eine Anschlusspflicht für neue und bestehende Gebäude in deren Einzugsgebiet zu prüfen. Aufgrund der hohen Bedeutung der Nutzung von See-Energie war der Sonderkredit über 6 Mio. Franken für das Projekt «See-Energie Würzenbach» in der Kommission unbestritten.

Sorgen bereitet Teilen der Baukommission der sich abzeichnende Fachkräftemangel im Bereich der Gebäudetechnik. Damit die Energiewende gelingt, braucht es in Zukunft gut ausgebildete Fachkräfte im Bereich der Planung und auch der Ausführung. Auch der Bund hat dieses drängende Problem erkannt und lanciert deshalb zusammen mit der Gebäudebranche sowie Bildungsinstitutionen eine Bildungsoffensive Gebäude. Während heute schweizweit jährlich rund 10'000 Öl- und Gasheizungen durch erneuerbare Heizsysteme ersetzt werden, müssen zukünftig pro Jahr rund 30'000 Heizungen ersetzt werden.

Um zu verhindern, dass es in Zukunft im Zusammenhang mit umfassenden Gebäudesanierungen zu Leerkündigungen kommt, beschloss eine Mehrheit der Baukommission eine Ergänzung des Reglements für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik. Wer Fördergelder von der Stadt erhält, soll auf Leerkündigungen verzichten müssen. Falls diese unumgänglich sind, dürfen die Mietzinse nur gemäss den Vorgaben im Obligationenrecht angepasst werden. In diesem Zusammenhang ist aus Sicht der Baukommission auch wichtig zu verstehen, dass von den Fördergeldern insbesondere auch die Mieterinnen und Mieter profitieren, indem dadurch allfällige Mietzinserhöhungen erheblich gedämpft werden.

Während bei den Herausforderungen und Massnahmen im Gebäudebereich weitgehend Einigkeit herrschte, zeigten sich bei der Mobilität, nicht unerwartet, grössere Differenzen. Forderungen nach deutlich weitergehenden Massnahmen als die vom Stadtrat vorgelegten, standen Forderungen auf einen weitgehenden Verzicht auf jegliche Eingriffe gegenüber. Eine Mehrheit betonte, dass der motorisierte Individualverkehr, im Gegensatz etwa zum Gebäudebereich, in den vergangenen Jahren keinen Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen leistete, und auch Elektrofahrzeuge (insbesondere deren Herstellung) eine Umweltbelastung darstellen. Die andere Seite sah dank der voranschreitenden Elektrifizierung der Fahrzeuge, welche im Betrieb keine Treibhausgase ausstossen, die vom Stadtrat vorgesehenen Massnahmen im Bereich Mobilität als unnötig an. Zu Diskussionen führten in der Folge insbesondere die geplante Reduktion des öffentlichen und des privaten Parkplatzangebots, die Reduktion der Verkehrsbelastung bis 2040 um 15 Prozent gegenüber 2010 und die Vorschrift, dass in der Stadt Luzern immatrikulierte Fahrzeuge bis 2040 elektrisch und/oder erneuerbar angetrieben werden müssen. Verworfen hat die Baukommission letztlich nur die vorgesehene Reduktion des privaten Parkplatzangebots durch die Anwendung der aktuellen Vorschriften auch auf bereits bewilligte Parkplätze. Die Baukommission hatte insbesondere rechtliche Bedenken und will stattdessen durch Anreize erreichen, dass private Parkplätze freiwillig abgebaut werden.

Bei allen Differenzen im Detail betonten die Fraktionen, dass eine gemeinsame, parteiübergreifende Zusammenarbeit bei diesem Thema unverzichtbar ist. Das im Juni 2021 von den Stimmberechtigten abgelehnte CO₂-Gesetz führte deutlich vor Augen, dass in der Bevölkerung Vertrauen in

die geplanten Massnahmen geschaffen werden muss. Ein Scheitern der städtischen Klima- und Energiestrategie bei der Volksabstimmung im Mai 2022 muss aus Sicht der Mehrheit der Kommission unbedingt vermieden werden. Dazu ist die Bereitschaft zur Unterstützung von tragfähigen Kompromissen auf allen Seiten erforderlich.

In der Schlussabstimmung wurde

- I. Der Bericht von der Kommission mit 9 : 1 : 1 Stimmen zustimmend zur Kenntnis genommen.
- II. Den bereinigten Reglementsänderungen sowie den vier Sonderkrediten über gesamthaft 32,55 Mio. Franken mit 8 : 1 : 2 Stimmen zugestimmt.

Insgesamt behandelte die Baukommission an den drei Sitzungstagen 18 Anträge zu Reglementsänderungen und nahm davon 9 an. Zudem wurden in der Kommission 42 Protokollbemerkungen diskutiert, wovon 21 überwiesen wurden.

Zum Schluss möchte es der Sprechende nicht unterlassen, den Mitarbeitenden der Verwaltung, namentlich Gregor Schmid, Peter Schmidli und Ursula Eiholzer, herzlich zu danken für die Unterstützung während der Beratung in der Baukommission. Der Dank geht aber auch an den Stadtrat Adrian Borgula und an die Mitglieder der Baukommission für die faire und konstruktive Zusammenarbeit bei diesem für alle herausfordernden Geschäft.

Ein besonderer Dank geht an unseren Protokollführer Franz Lienhard für die Unterstützung während der Sitzung und die zahlreichen Überstunden, die er einlegen musste, damit wir jeweils rasch möglichst die Protokolle zur Verfügung hatten. [Warmer Applaus von den Anwesenden im Saal]

Nico van der Heiden: Wenn nicht gerade Corona das Thema ist, dann ist es der Klimaschutz, der uns aktuell weltweit bewegt. Es geht schlicht und einfach darum, zu schauen, dass das Leben auf unserem Planeten auch für unsere Kinder und Enkel noch lebenswert sein wird. Wie man immer mehr feststellt, aber leider auch ein bisschen spät feststellte, wird das immer mehr zur Herkulesaufgabe. Jetzt gilt es, das Ruder herumzureissen und möglichst rasch CO₂-neutral zu werden. Der Beitrag der Stadt Luzern zum weltweiten Klimaschutz ist per se marginal, aber trotzdem sehr wichtig. Nur mit ganz vielen marginalen Beiträgen können wir die grosse Aufgabe leisten, auf Netto-Null beim CO₂ zu kommen.

Der vorliegende Bericht und Antrag zeigt auf, wie man die Aufgabe in der Stadt Luzern fortführen will. Der Sprechende sagt bewusst fortführen, weil die Stadt Luzern heute schon vieles macht. Aber, das sieht man in diesem Bericht und Antrag ganz klar, auch sie muss noch massiv zulegen. Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung sehr herzlich für die schnelle Umsetzung ihrer Forderungen aus der Motion für Netto-Null 2030. Es ist schön zu sehen, dass der Stadtrat und die Verwaltung mit Herzblut und Engagement hinter dieser Klimastrategie stehen. Die Fraktion ist mit der grundsätzlichen Stossrichtung dieses Berichts und Antrags sehr einverstanden: Die Stadt soll dort handeln, wo sie kann. Das ist, der Kommissionssprecher erwähnte es, insbesondere im Gebäudebereich und teilweise beim Verkehr der Fall.

Es ist gigantisch, was da auf uns zukommt. Nach Schätzung des Sprechenden müssen wohl in den nächsten Jahren 90 Prozent der Gebäude in der Stadt Luzern bezüglich Hülle oder bezüglich Energieträger oder bezüglich beidem angefasst werden, und wir müssen auch unsere Mobilität komplett umstellen. Ob uns das gelingt, weiss der Sprechende nicht, aber das Ziel der städtischen Politik muss sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit alles gemacht wird, was möglich ist.

Heute muss man ganz ehrlich sagen: So weitermachen wie bisher, geht nicht. Wer meint, er könne weiterhin mit dem Auto oder dann mit dem Elektroauto täglich von Luzern nach Zug pendeln wie heute, wird sehen, dass das nicht geht. Wer meint, er könne weiterhin zweimal pro Jahr in die Ferien fliegen, dem muss man ehrlicherweise sagen, dass das auch nicht mehr möglich sein wird. Die SP-Fraktion wird im Detail sicher ein grosses Auge darauf halten, dass die Klimastrategie sozialverträglich ist. Das ist die lesson learned aus der CO₂-Abstimmung auf nationaler Ebene, die der Kommissionssprecher erwähnte und der SP-Fraktion in schlechter Erinnerung ist. Eine solche Energiewende muss sozialverträglich gestaltet sein. 85 Prozent der städtischen Bevölkerung sind Mieterinnen und Mieter. Die Politik muss Antworten darauf haben, was passiert, wenn wir mit öffentlicher finanzieller Unterstützung so eine massive Gebäude-Sanierungswelle über die Stadt ausrollen. Die SP-Fraktion wird sich klar dafür aussprechen, dass nur diejenigen Hausbesitzerinnen und -besitzer von Subventionen profitieren dürfen, die die Sozialverträglichkeit einhalten. Es wird sicher im Detail viel zu diskutieren geben – auf das freut sich die Fraktion. Die Diskussion um Jahreszahlen findet der Sprechende eher müssig. Es ist heute oder auch nachdem der Bericht und Antrag verabschiedet ist, extrem schwierig zu sagen, ob es uns in den Jahren 2033, 2035 oder 2038 gelingen wird, auf Netto-Null zu kommen. Die Stossrichtung, das ist der SP-Fraktion wichtig, muss lauten: So schnell wie möglich, so viel wie möglich machen. Die SP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, wird ihn voraussichtlich zustimmend zur Kenntnis nehmen und den Anträgen des Stadtrates folgen.

Peter Gmür: Auch die Mitte-Fraktion steht hinter diesem Klimabericht. Es ist unbestritten, dass die Stadt grosses Potenzial hat, das noch lange nicht ausgenutzt ist. Die Mitte-Fraktion hat aber vor allem das Pariser Klimaziel im Hinterkopf, welches für sie Priorität hat. Dass das Klimaziel 2045 oder 2050 eher erreichbar ist, ist für sie klar. Ob das Klimaziel aber überhaupt erreicht werden kann, ist schwierig abzuschätzen. Das Netto-Null Ziel 2030 erachtet die Fraktion als nicht möglich. Warum die Stadt Luzern zehn Jahre vor dem Bund und vor dem Kanton dieses Ziel erreichen muss, ist der Fraktion nicht ganz klar, vor allem, weil ewl sagt, dass für sie das Netto-Null-Ziel 2045 eher möglich ist. Grundsätzlich macht sich die Mitte-Fraktion Gedanken, ob es überhaupt sinnvoll ist, solch tolle Ambitionen zu haben, wie Nico van der Heiden sie soeben darlegte, im Wissen, dass sie vielleicht gar nicht erfüllbar sind. Da wird einmal mehr das Volk, zumindest ein wenig, hinter das Licht geführt. Die CO₂-Reduktion hat für die Fraktion oberste Priorität. Beim Verkehr sieht die Fraktion, dass die Reduktion begrenzt möglich ist. Beim Konsum ist der Impact gleich Null und bei den Heizungen, es wurde auch schon erwähnt, sieht die Fraktion den grössten Effekt. Der Bericht und Antrag ist in dieser Beziehung sehr gut strukturiert. An diese Stelle gratuliert der Sprechende den Verfassern dieses Berichts, auch wenn es für ihn eine grosse Herausforderung war, diesen durchzulesen. Der Fokus liegt auf den Gebäulichkeiten und Heizungen. Dazu kann sich die Fraktion mehr oder weniger einverstanden erklären, auch wenn sie sich bei zwei, drei Punkten fragt, ob sie nötig sind. Aber die Richtung ist vorgegeben. Die Stadt muss eine Vorreiterrolle spielen bei der Umstrukturierung des Fahrzeugparks und bei einigen Heizsystemen. Das erachtet die Mitte-Fraktion als normal. Allgemein hat der Sprechende seine Zweifel, ob das mit dem alternativen Strom gut funktionieren kann; das Ganze ist ihm etwas unsicher. Der Sprechende nimmt an, dass niemand im Saal genau weiss, wie das gehen soll. Der Bericht und Antrag war so «freundlich», das

Thema Stromknappheit mit keinem Wort zu erwähnen. Er liess die Lesenden im Gefühl, das Problem sei immer irgendwie lösbar, was der Sprechende nicht geschickt findet. Die Mitte-Fraktion hat beim Verkehr und insbesondere zum Parkplatz-Thema Fragen. Bei den privaten Parkplätzen konnte irgendwie erreicht werden, dass diese aus dem Bericht herausgenommen wurden. In seinen Augen wäre das eh nicht möglich gewesen. Bei den öffentlichen Parkplätzen vermutet der Sprechende, dass es eine Verlagerung zu den Nachbargemeinden und -bezirken geben wird. Man verschiebt den Stau und sagt von sich selber, man sei nun CO₂-neutral. Wie die CO₂-Bilanz bei den anderen ist, ist einem dann egal. Das findet der Sprechende nicht gut. Für die Mitte-Fraktion gibt es ein paar Knackpunkte, die ihnen Kopfzerbrechen bereiten: Das ist einerseits Artikel 6 (er wird später noch behandelt), andererseits das Genfer-Modell, ein verschärfter Absenkungspfad, den die Fraktion als sehr herausfordernd empfindet, und die Fraktion ist auch gegen ein Verbot von nicht elektrisch angetriebenen Fahrzeugen. Der Fraktion geht es vor allem auch darum, am Schluss ein glaubwürdiges Gesamtpaket zu haben. Das Ganze ist sehr ambitioniert. Deshalb ist es wichtig, einen glaubwürdigen Bericht vorzulegen, den die Leute nachvollziehen können. Sonst kommt es zu einem Absturz wie beim CO₂-Gesetz auf Bundesebene. Die Mitte-Fraktion ist für die im Bericht und Antrag genannten Abschreibungen. Sie wird auf den Bericht und Antrag eintreten und ist gespannt auf die Diskussion.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion tut sich nicht einfach mit dem Bericht und Antrag bzw. mit dem, was dabei herauskommt. Es ist, wie Peter Gmür es sagte, eine Herkulesaufgabe. Deshalb ist der Sprechende froh, alle hier Anwesenden letzten Sommer im Openair-Kino gesehen zu haben, als der Greta-Thunberg-Film lief. Im Anschluss daran kam es zu sehr interessanten Diskussionen, was tatsächlich up to date ist. Greta Thunberg ist sehr jung und kennt jede Tabelle auswendig. Ein Teil dieser Tabellen, die zeigen, wie sich das Klima entwickelt, ist auch im Bericht und Antrag abgebildet. Man sieht, was international läuft, was national läuft, was unsere Zuständigkeiten sind. Es betrifft alle hier Anwesenden im Saal, denn wir sind am Schluss verantwortlich dafür, wie der Bericht und Antrag herauskommt und wie wir dann an die Bevölkerung herangehen; es betrifft den Kanton, der an derselben Debatte ist. Die Diskussionen im Kantonsrat kamen zum Erstaunen des Sprechenden so heraus, dass sie sehr nah zu dem sind, was im Grossen Stadtrat beschlossen wird. Und es betrifft den Bund; national ist man auch an dem Thema. Die drei öffentlichen Hände müssen gut zueinander schauen und gut aufeinander abgestimmte Möglichkeiten anbieten. Aufeinander abgestimmt in dem Sinne, dass nicht alle das Gleiche unterstützen und alles andere aussen vor lassen. Die grösste Herausforderung stellen aber nicht die Massnahmen per se dar, die nachher im Detail – zum Glück an zwei Tagen – diskutiert werden können, sondern dass wir die Bevölkerung der Stadt Luzern mitnehmen können. Das wird die grösste Aufgabe sein. Dass das Fuder nicht überladen ist, für das sind wir alle verantwortlich, die hier anwesend sind. Der Sprechende äussert einen grossen Dank an Rieska Dommann, der die Baukommissionssitzungen zu diesem Bericht und Antrag sehr gut zusammenfasste und bereits in der Diskussion auf gewisse Knackpunkte hinwies. Es gilt, einen Absturz zu vermeiden, es gilt zu vermeiden, am Schluss gar keinen Klima- und Energiebericht zu haben. Deshalb, das möchte der Sprechende nochmals sagen, ist er froh, dass der Grosse Stadtrat an zwei Sitzungen den Bericht und Antrag 22/2021 diskutieren und die Zeit zwischen den beiden Sitzungen nutzen kann, sich allenfalls abzusprechen.

Seine Vorredner sagten es bereits, es ist wichtig, möglichst vereint die Sachlage nach aussen erklären zu können. Diese ist für alle einschneidend. Man hat nicht nur die Gebäudesanierungen, es geht auch um die Antriebssysteme generell, und darum, dass die Stadt nicht alleine den Weg geht, sondern – Peter Gmür erwähnte es vorhin –, dass die Stadt die Gemeinden rundherum miteinbezieht. Die Stadt ist keine Insel. Die Massnahmen werden allen etwas weh tun. Das betrifft Besitzerinnen und Besitzer von Liegenschaften, aber genauso Mieterinnen und Mieter, die darin wohnen; es betrifft alle, die in die Stadt kommen und alle, die sich in der Stadt bewegen und vor allem betrifft es die Stadt selber. Die GLP-Fraktion sieht Diskussionsbedarf, wenn die Stadt vorausgehen und das 2030er-Ziel für Gebäude im Anlagevermögen anstreben will, im Wissen, dass es zeitlich extrem knapp wird. Die Stadt hat Gebäude im Finanzvermögen, die in einer ähnlichen Vorbildfunktion möglichst schnell saniert und auf ökologisch erneuerbare Energien umgestaltet werden sollten. Um wirklich vorangehen zu können, braucht es enorme finanzielle Investitionen und personelle Ressourcen. Das betrifft neben der Verwaltung vor allem auch die Industrie und das Gewerbe. Rieska Dommann erwähnte in seinem Erläuterungsvotum kurz ein paar Zahlen, um zu zeigen, was es bedeutet. Man muss sich vorstellen, wie viel Material es braucht, um die Gebäudehüllen zu sanieren. Nach dem Hagelschaden in Wolhusen vom vergangenen Sommer muss man damit rechnen, dass man zwei Jahre lang keine Dachdecker mehr erhält, weil sie mit den Schäden des Hagelzugs von Wolhusen bis ins Seetal hinüber beschäftigt sind. Die Herausforderungen, die wir in Luzern und in der ganzen Schweiz haben, sind enorm. Es braucht Leistungen, von denen man noch nicht weiss, wer diese überhaupt produzieren kann. Trotzdem ist der Ernst von dieser Klimadiskussion so, dass wir es angehen müssen. Der Sprechende betont, dass es ein Kraftakt ist, den jeder Einzelne und jede Einzelne schon heute selbst angehen kann. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen es gemeinsam gegen aussen vertreten können. Das heisst, gegenüber der Stadt Luzerner Bevölkerung, die das mittragen muss und den Leuten in der Stadtverwaltung. Die GLP-Fraktion wird zur Motion 434 und zur Motion 148 Stellung nehmen und sicher auf den Bericht und Antrag eintreten.

Patrick Zibung: Stadtrat Adrian Borgula sprach heute Vormittag von einem mutigen Bericht, der heute Nachmittag diskutiert wird. Diese Ansicht teilt die SVP-Fraktion. Es ist tatsächlich mutig, so ein Werk mit relativ vielen fragwürdigen Absichten zu veröffentlichen. Die Begründungen zu dieser Aussage liefert die Fraktion nachher noch im Detail. Am Morgen kritisierte Stadtrat Adrian Borgula das Parlament, es mache sich lächerlich über übergeordnetes Gesetz. Das Gleiche macht er aber mit diesem Bericht und Antrag, in dem er sich um übergeordnete Gesetze und Standards foutiert. Für die SVP-Fraktion hat dieser Bericht und Antrag schlicht den falschen Namen. Er müsste eigentlich heissen: «Das Klima retten wir nicht, aber dafür sind wir nachher pleite». Die Stadt Luzern mit ihren 80'000 Einwohnern macht rund 1 Prozent der Schweizer Bevölkerung aus. Die Schweiz verursacht weltweit betrachtet rund 1 Promille des CO₂-Ausstosses. Das ergibt für die Stadt Luzern einen marginalen Anteil von 0,001 Prozent. Tendenziell ist es wohl sogar noch weniger, weil der Städter im Durchschnitt etwas weniger CO₂ emittiert. Für diesen mickrigen Anteil von 0,001 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses will offenbar ein grosser Teil des Parlaments die Finanzen der Stadt ruinieren. Der Stadtrat sagt selbst, dass es eine grosse finanzielle Belastung wird und dass Steuererhöhungen nicht ausgeschlossen werden können. Was die SVP-Fraktion von Steuererhöhungen hält, ist hinlänglich bekannt. Die SVP ist die Partei, die die Steuerbelastung für die

Bürger möglichst klein halten will. Weil all diese Massnahmen aus Sicht der Fraktion keine oder nur eine geringe Wirkung aufs Klima haben – wir sind schlicht zu unbedeutend – ist die Fraktion der Überzeugung, dass diese rund 200 Mio. Franken besser in die Klimaadaptation investiert würden. Das heisst, dass wir uns an die Klimaveränderung anpassen. Denn wenn die Prognosen der Forscherinnen und Forscher stimmen, wird das nötig werden. In weiten Teilen der Welt geschieht nämlich keine Reduktion des CO₂-Ausstosses. Im Gegenteil. Es werden nicht viele marginale Beiträge geleistet, wie es Nico van der Heiden sagte, es sind nur ein paar wenige, die mitmachen. Eine Anpassung an diese Veränderung wird daher unumgänglich, und das kostet erneut einen ordentlichen Betrag. Netto-Null 2040 ist aus Sicht der Fraktion unrealistisch, man soll dem Ziel des Kantons und des Bundes folgen, also Netto-Null 2050 anstreben.

Der Bericht und Antrag ist im Wesentlichen in drei Bereiche aufgeteilt: Energie, Wohnen und Verkehr. Es werden auch Massnahmen skizziert, die die Stadt Luzern als Institution bei sich selber umsetzen will. Und so möchte der Sprechende kurz umreissen, wie sich die SVP-Fraktion zu diesen drei bzw. vier Bereichen stellt:

Energie/Wohnen:

Subventionen und Vorschriften an Private lehnt die SVP-Fraktion ab. Es wird bereits heute von vielen Hauseigentümern auf Solarstrom gesetzt, ohne dass exorbitant hohe Subventionen angeboten werden. Hausbesitzer sollen vor allem ihren eigenen Strombedarf mit ihren Dächern decken können, wenn sie das wollen. Sensibilisierungen unterstützt die Fraktion, Subventionen, Zwang und sogenannte Anreize lehnt sie dagegen ab. Eine Pflicht zur Nutzung von privaten Dächern für die Erzeugung von Solarstrom sieht die Fraktion kritisch. Für den restlichen Strombedarf, den Private nicht erzeugen können und sollen, ist der Staat zuständig. Wenn man jetzt feststellt, dass die Energiestrategie von Doris Leuthard nicht funktioniert, soll der Staat das Problem angehen und es nicht auf die privaten Hauseigentümer abwälzen.

Staatliche Vorgaben in Bezug auf welche Art von Strom man als Privater beziehen darf, lehnt die Fraktion ab. Private sollen selber entscheiden, welchen Strom sie beziehen und der Markt soll so weit wie möglich spielen können.

Dass ab dem Jahr 2030 keine Ölheizungen mehr verbaut werden dürfen, lehnt die SVP-Fraktion ab. Der Wechsel hin zu erneuerbaren Heizungssystemen findet die Fraktion durchaus gut, aber sie will nicht fixe Jahrezahlen hineinschreiben. Protokollbemerkungen, die eine Lockerung dieses Verbots wollen, begrüsst die Fraktion und sie wird ihnen entsprechend zustimmen.

Ein Ausbau des Fernwärmenetzes und die Versorgung von möglichst vielen Haushalten mit nachhaltig erzeugter Wärme und Energie unterstützt die Fraktion.

Subventionen für Impulsberatungen lehnt sie ab, genauso wie weitere Belästigungen von Hauseigentümern mit Briefen, die den Charakter eines Bettelbriefs oder Ähnlichem haben. Hauseigentümer müssen nicht aktiv angegangen werden, Hauseigentümer werden von Verbänden, Architekten etc. genügend sensibilisiert und wissen genau, wann eine Investition sinnvoll ist.

Es ist erstaunlich, dass tendenziell von linker Seite der Bericht und Antrag derart befürwortet wird, der massive Subventionen für Hauseigentümer beinhaltet. Ist es doch eben diese linke Seite, die sonst keine Gelegenheit auslässt, um auf den Hauseigentümern herumzutrameln. Die SVP-Fraktion stört sich daran, dass man von linker Seite ein Problem schafft – nämlich dass die Mieten und das Wohnen teurer werden – und sich die linke Seite dann gleichzeitig als vermeintliche Retterin

aufspielt, indem sie Vorstösse, die heute auch noch diskutiert werden bezüglich Klima- und Mieterschutz, eingibt. Die Linken sind diejenigen, die das Feuer legen und sich nachher als Feuerwehrmänner oder Feuerwehrfrauen aufspielen. Das ist unehrlich.

Das Förderprogramm zur Gebäudehüllensanierung löste innerhalb der Fraktion grosse Diskussionen aus. Sie lehnt das Programm aufgrund der extremen Kosten ab. 119 Mio. Franken soll die Stadt bezahlen und eine Viertelmilliarde Franken sollen Dritte bezahlen. Wer auch immer diese Dritten sind, am Schluss wird es entweder ein Privater mit seinem Geld oder dem Geld, das er als Steuern abgeliefert, bezahlen müssen. Die SVP-Fraktion glaubt, dass die Hauseigentümer eine innere Motivation haben, ihre Gebäude energetisch sinnvoll zu sanieren, wenn sie damit Energiekosten einsparen können. Subventionen sind darum nicht nötig.

Verkehr:

Strengere Bewirtschaftungsvorschriften bei Firmenparkplätzen lehnt die Fraktion ab. Es ist einerseits ein Eingriff ins Eigentum und bringt andererseits überhaupt nichts. Firmen, die ihre Parkplätze gratis ihren Mitarbeitern anbieten wollen, werden das auch weiterhin tun. Dann werden halt die Spesen um den entsprechenden Betrag erhöht, den man vorgeschrieben bekommt und den man verlangen muss. So wird das beispielsweise im Geschäft des Sprechenden gehandhabt.

Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass nicht durchsetzbare Vorgaben nicht eingeführt werden sollen. Verschärfende Protokollbemerkungen wird die Fraktion ablehnen und bekämpfen.

Die Parkplatzreduktion im öffentlichen Raum ist ein heisses Eisen: Bis im Jahr 2040 soll die Hälfte der Parkplätze abgebaut werden. Für die SVP-Fraktion und wohl für einen Grossteil des Gewerbes ist dies ein absolutes No-Go. Die Attraktivität der Stadt Luzern würde nochmals massiv sinken und ein grosser Teil der Bevölkerung, der auf ein Auto aus beruflichen Gründen angewiesen ist, würde aus der Stadt vertrieben. Das widerspricht dem stadträtlichen Mantra nach Vielfältigkeit, Diversität und Offenheit. Das Vorhaben ist nicht nur aus wirtschaftlicher und sozialer Sicht schlecht, sondern es bringt schlicht nichts und gehört damit gar nicht in diesen Bericht und Antrag. Bereits heute wächst der Anteil elektrisch betriebener Fahrzeuge. Die Fraktion ist überzeugt, dass bis im Jahr 2040 der grösste Teil, wenn nicht gar alle Fahrzeuge in dieser Stadt, nachhaltig unterwegs sein werden, ob mit synthetischem Treibstoff betrieben oder als Elektrofahrzeug. Auch das private Parkplatzangebot soll gemäss dem Bericht und Antrag reduziert werden. Der Stadtrat will damit in die Besitzstandsgarantie eingreifen. Er weiss genau, dass er das nicht darf und hofft deshalb offen auf Gesetzesänderungen. Ganz unabhängig davon, ob es erlaubt ist oder nicht, findet es die SVP-Fraktion extrem stossend, dass die Besitzstandsgarantie verletzt werden soll. Das Prinzip der Besitzstandsgarantie ist ein wesentlicher Teil eines liberalen Verhältnisses zwischen Staat und Privaten. Wird durch eine solche Verletzung des Eigentums ein Abbau von privaten Parkplätzen ermöglicht, verstösst der Stadtrat in den Augen des Sprechenden gegen Treu und Glauben. Entschädigungszahlungen wären wohl die Folge. Die SVP-Fraktion bezweifelt, dass eine solche Verletzung des Eigentumsrechts in absehbarer Zeit realistisch ist und lehnt deshalb entsprechende Massnahmen ab. Auch findet es die Fraktion sehr stossend, dass nicht einmal ein halbes Jahr nachdem sie die Abstimmung für einen Parkplatzkompromiss gewinnen konnte, jetzt erneut massive Verschärfungen eingeführt werden sollen. Das ist aus demokratiepolitischer Sicht höchst fragwürdig und trägt nicht zu einem wachsenden Vertrauen der Bevölkerung in die Politik bei. Auch würden mit einem Abbau von privaten Parkplätzen ein weiterer grosser Teil der Bevölkerung, der auf das Auto angewiesen ist, aus der Stadt ausgeschlossen und vertrieben. Auch da gilt für Patrick Zibung das

Argument des Klimaschutzes nicht, denn bis im Jahr 2030 werden ohnehin sehr viele Elektrofahrzeuge im Umlauf sein. Bei Neubauten und grossen Umbauten müssen neu auch die Voraussetzungen für die Installation von Ladestationen geschaffen werden. Die Voraussetzungen für einen umweltfreundlichen Fuhrpark in der Stadt Luzern sind damit gegeben. Das Vorhaben offenbart aus Sicht der SVP-Fraktion vor allem den Autohass und ist eine rein ideologisch motivierte Massnahme, ohne Nutzen fürs Klima. Anträge, die dieses Vorhaben abschwächen wollen, wird die SVP-Fraktion unterstützen.

Hier kommt der nächste Punkt, der null Einfluss aufs Klima hat. Bis im Jahr 2040 soll der Verkehr auf dem Stadtkordon um 15 Prozent reduziert werden. Autos werden bis dann grösstenteils klimaneutral unterwegs sein. Der Stadtkordon misst hauptsächlich den Verkehr auf dem Kantonsstrassennetz. Also auf Strassen, auf die der Stadtrat und die Stadt Luzern gar keinen Einfluss haben. Kürzlich veröffentlichte der Kanton Luzern die Vernehmlassung zum Projekt Zukunft Mobilität Luzern (ZuMoLu). Der Sprechende ist mit ZuMoLu nicht restlos einverstanden, aber der Regierungsrat zeigt darin auf, wie ein Miteinander aller Verkehrsträger funktionieren kann. Patrick Zibung empfiehlt dem Stadtrat, das Dokument zu lesen, falls er es nicht schon gemacht hat, und sich zu fragen, ob die gestellte Forderung von einer Reduktion von 15 Prozent mit dieser Strategie vereinbar ist. Der Sprechende kommt zum Schluss, dass es das nicht ist. Weil die Forderung mit den übergeordneten Vorgaben nicht vereinbar ist und dem Klima nichts bringt, gehört eine solche Vorgabe nicht in diesen Bericht und Antrag. Auch führt die von linker Seite geförderte masslose Zuwanderung zu einem wachsenden Mobilitätsbedürfnis; es werden wohl weiterhin mehr Fahrzeuge zugelassen als abgemeldet. Alleine letztes Jahr, im Krisenjahr, gab es eine Zuwanderung von 60'000 Menschen in die Schweiz. Man kann die bisherigen Strategien nicht als Erfolg bezeichnen. Zwar hat man einige Ziele erreicht, auf einzelnen Strecken konnten die Verkehrszahlen in der Stadt reduziert werden. Als Folge davon stieg aber der Verkehr in den Agglomerationsgemeinden massiv an. Gewisse Gemeinden verzeichnen bis zu acht Prozent mehr Verkehr. Stefan Sägesser sagte es vorhin, die Stadt Luzern ist keine Insel, das gilt auch für den Verkehr. Der Sprechende empfiehlt dem Stadtrat, mit den anderen Gemeinden zu sprechen und sie einerseits nach ihrer Haltung zu diesem Reduktionsziel zu fragen und andererseits dazu, dass die Stadt ihren Verkehr auslagern will. Protokollbemerkungen und Anträge, die eine Verschärfung wollen, lehnt die Fraktion ab. Sie wird eine Streichung dieses Ziels unterstützen bzw. fordern.

Mit der Massnahme M10 zeigt der Stadtrat auf, wie realitätsfremd er unterwegs ist. Er will Verbrennungsfahrzeuge aus der Stadt verbannen. Umweltzonen sind aber in der Schweiz von der Mehrheit der Bevölkerung nicht erwünscht, das haben Umfragen ergeben; der Stadtrat will damit aber seine Kompetenzen überschreiten. Würde der Stadtrat eine solche Massnahme umsetzen, verstiesse er gegen Treu und Glauben und würde damit auch einen Teil des Volksvermögens vernichten. Denn durch eine Beschränkung der Nutzbarkeit eines Fahrzeugs mindert sich dessen Wert. Das ist unfair und nicht vertrauenswürdig. Eine solche Forderung würde insbesondere Leute mit wenig Einkommen betreffen, die sich keinen neuen teuren Tesla leisten können. Auch Mobility-Pricing lehnt die Fraktion ab. Mobility-Pricing führt zu mehr Überwachung durch den Staat, was der Sprechende aus tiefster Überzeugung ablehnt. Die SVP-Fraktion lehnt Mobility-Pricing aber auch ab, weil es durch das eine Volksabstimmung braucht, die aus Sicht der Fraktion nicht zu gewinnen ist. Pilotversuche hat die SVP schon immer abgelehnt, hier in diesem Parlament, aber auch im

Kantonsrat; leider wurden entsprechende Vorstösse überwiesen und man muss solche Pilotversuche nun wohl durchführen. Sehr wahrscheinlich wird man dann zum Schluss kommen, dass diese Pilotversuche ausser Kosten nichts bringen.

Die Forderung, dass ab dem Jahr 2040 keine Verbrennungsfahrzeuge mehr zugelassen werden sollen in der Stadt Luzern, lehnt die Fraktion ab. Diese Forderung ist unmöglich, denn die Zulassung erfolgt nach Vorgaben des Kantons und des Bundes. Die Stadt hat keinen Einfluss darauf. Zudem können auch Verbrennungsfahrzeuge klimaneutral betrieben werden, der Sprechende erwähnte es, mit synthetischem Treibstoff. Es ist also auch da eine unnötige Forderung, die keinen Einfluss auf das Klima hat.

Insbesondere im Bereich Mobilität schiessen der Stadtrat und diverse Anträge und Protokollbemerkungen aus der Kommission über das Ziel hinaus. Es werden Vorgaben bzw. Ziele definiert, die unrealistisch sind und eigentlich gar nichts mit der Sache zu tun haben. Der Vorwand Klimawandel wird als Deckmantel missbraucht, um die eigene Ideologie voranzutreiben. Das stört die Fraktion sehr.

Die Stadt Luzern gibt sich gerne als Vorbild, was die SVP-Fraktion begrüsst, insbesondere, wenn es um das Thema Photovoltaik-Zubau geht. Die Fraktion sieht, dass es in diesem Bereich noch grosses Potenzial gibt. Flachdächer sind oftmals leer und der Solaranteil am Strommix liegt in der Stadt bei zirka 2 Prozent. Für die SVP-Fraktion ist entscheidend, dass man einen möglichst optimalen Mix findet, auch wenn aus ihrer Sicht Solarenergie nie die führende Technologie wird. Es braucht Bandenergie, die nebst der Wasserkraft nur Gas- oder Kernkraftwerke in genügendem Umfang liefern können.

Die Unterscheidung von Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen kann die Fraktion nicht nachvollziehen. Die Stadt soll bei allen Gebäuden als Vorbild gelten. Entsprechende Anträge bzw. Protokollbemerkungen wird die SVP-Fraktion stellen bzw. unterstützen. Die Fraktion lehnt es ab, dass eine fixe Jahreszahl definiert und ins Reglement geschrieben werden soll, so dass bis im Jahr 2030 alle städtischen Liegenschaften fossilfrei sein müssen. Die Fraktion ist der Meinung, dass funktionierende Anlagen bis ans Ende ihrer Lebensdauer betrieben werden sollen. Das ist aus wirtschaftlicher wie auch aus ökologischer Sicht sinnvoll – Stichwort graue Energie. Die Anlagen sollen ordentlich abgeschrieben werden und dann kann man sich Gedanken darüber machen, wie man die Heizung ersetzt. Fixe Jahreszahlen sind aus Sicht der Fraktion kontraproduktiv.

Dass die Stadt mit ihrem Fuhrpark eine Vorreiterrolle einnehmen will, ist zu begrüßen. Allerdings stört sich die Fraktion auch hier an den fixen Jahreszahlen. Fahrzeuge, die das Ende ihrer Lebensdauer noch nicht erreicht haben, sollen darüber hinaus betrieben werden können. Das ist ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll. Die SVP-Fraktion will auch nicht, dass bei Neubeschaffungen nur auf die ökologischen Aspekte geschaut wird. Die Wirtschaftlichkeit soll ebenfalls angemessen berücksichtigt werden, insbesondere in Anbetracht der drohenden Steuererhöhung wegen dieses Berichts und Antrags.

In die Kategorie von unnötig und unmöglich fällt auch die Forderung, dass städtische Aufträge nur noch an Firmen mit nachhaltigem Fuhrpark vergeben werden dürfen. Der Sprechende ist überzeugt, dass dieser Plan gegen übergeordnete Standards verstösst. Es stünde dem Stadtrat gut an, die Lebensdauer der Maschinen eines Bauunternehmens anzuschauen. Diese Maschinen haben oftmals eine längere Lebensdauer und kein Bauunternehmer wird nur wegen städtischer Träume einen separaten Fuhrpark aufbauen.

Unter dem Strich anerkennt die SVP-Fraktion, dass man auf das Ziel Netto-Null hinwirken muss. Das muss allerdings sozial und wirtschaftlich tragbar geschehen und die Verhältnismässigkeit muss gewahrt bleiben. Das ist aus Sicht der Fraktion in diesem Bericht und Antrag nicht der Fall. Der Bericht und Antrag ist aus Sicht des Sprechenden eine «Hü und hott»-Übung, die viel kostet und null oder sehr wenig Einfluss aufs Klima hat. Die SVP-Fraktion überlegte sich auch, einen Rückweisungsantrag zu stellen. Sie glaubt aber nicht, dass es mit dem zu einem besseren Resultat kommen würde. Die SVP-Fraktion wird in der Diskussion zu den Protokollbemerkungen noch detailreich erklären, was sie aus welchen Gründen ablehnt. Die Fraktion wird die meisten Protokollbemerkungen und Anträge ablehnen, unter Umständen einige neue Protokollbemerkungen stellen und möglicherweise bei der einen oder anderen Abstimmung auch einen Namensaufruf verlangen. Die Fraktion wird zudem den Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme stellen und die Sonderkredite und Reglementsänderungen ablehnen. Die SVP-Fraktion tritt damit auf das Geschäft ein.

Lukas Bäurle: Diejenigen, die die 222 Seiten des Berichts vielleicht nicht mehr ganz im Kopf hatten, hätten jetzt schnell Zeit gehabt, diesen nachzulesen. Der Sprechende hatte gehofft, etwas früher an der Reihe zu sein, doch das gibt ihm jetzt Gelegenheit, etwas Faktencheck zu betreiben. Es wurde erwähnt, dass die Stadt Luzern einen Anteil von 0,001 Prozent am weltweiten CO₂-Ausstoss hat. Das stimmt. Aber dann müsste man auch sagen, dass wir für 0,002 Prozent oder 0,003 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Wir haben also mindestens die doppelte Verantwortung. Ein weiterer Punkt, den Lukas Bäurle ansprechen möchte: Die Stadt Luzern geht nicht pleite, sondern im Gegenteil: Die Stadt gibt nachher im Jahr etwa 100 Mio. Franken weniger nach beispielsweise Kasachstan für Öl und Gas. Der Sprechende wird im Eintreten auf folgende Punkte eingehen:

- Ausgangslage, weltweit und in Luzern
- Beurteilung des Massnahmenpakets aus Sicht der Grünen
- Kernanliegen der Grünen
- Einige Gedankenanstösse

Ausgangslage:

Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, sollten wir bis im Jahr 2030 auf null Tonnen CO₂ reduzieren. Man redet vom sogenannten CO₂-Budget: Die ganze Welt darf noch ca. 300 Mrd. Tonnen CO₂ ausstossen. Derzeit stösst sie zirka 40 Mrd. Tonnen CO₂ im Jahr aus. Man rechne: $300/40 = 7-8$. Wir könnten noch 7–8 Jahre so weitermachen. Danach ist es 1,5 °C wärmer und ökologische Kipppunkte werden überschritten. Aufgepasst: Weltweit 1,5 °C wärmer, heisst in Luzern 3 °C wärmer. Die Schweiz ist vom Klimawandel besonders betroffen, bei uns stiegen die Temperaturen doppelt so stark wie im globalen Durchschnitt.

Beurteilung des Massnahmenpakets aus Sicht der Grünen:

Wie sieht es in Luzern mit dem CO₂-Ausstoss aus? Die gut 80'000 Stadtluzernerinnen und -luzerner stossen in Luzern, sogenannt territorial, je 5 Tonnen CO₂ aus, also zusammen total gut 400'000 Tonnen CO₂. Mit den im Bericht und Antrag aufgeführten Massnahmen fehlen uns zum vorgeschlagenen Zwischenziel 2030 von 200'000 Tonnen CO₂ – also der Hälfte – noch fast 80'000 Tonnen. Da sind noch grosse Unsicherheiten in der Berechnung, aber das Bild ist klar: Fast die Hälfte von der Hälfte fehlt uns noch. Wir landen also im Jahr 2030 nicht bei 200'000 Tonnen

CO₂, sondern eher bei 300'000 Tonnen, und schon gar nicht bei null Tonnen CO₂, wie das in verschiedenen Vorstössen gefordert wird. Und notabene, wir haben noch keine Mobilitätsmassnahme gestrichen.

Als Zwischenfazit hält die G/JG-Fraktion fest, dass der Bericht und Antrag ungenügend ist und sie damit nicht zufrieden sein kann. Die Ziellücke ist zu gross. Wenn man den Bericht so belassen würde, würde sie ihre Verantwortung zu wenig wahrnehmen und einen zu kleinen Beitrag leisten. Darum lautet die Devise, schneller umsetzen, wo das möglich ist. Die Zieljahrdebatte und die Absenkpfade sind wichtig, sie sind auch symbolisch wichtig, aber noch wichtiger ist, so schnell wie möglich vorwärts zu machen. Die G/JG-Fraktion will sprichwörtlich aufs Gas drücken.

Kernanliegen der Grünen Fraktion:

Bei den Gebäuden: Der fossile Heizungersatz ist die wichtigste Massnahme überhaupt, und soll so schnell wie möglich umgesetzt werden. Selbstverständlich idealerweise zusammen mit einer energetischen Sanierung. In vielen Fällen kostet das nicht mal mehr Geld, es soll einfach jetzt gemacht werden, und nicht erst in ein paar Jahren. Der Luzerner Kantonsrat entschied letzten Dienstag, ein Verbot von fossilen Feuerungen bei Neubauten und einen Heizungersatz ab dem Jahr 2025 zu prüfen. Hoffen wir, es wird nicht nur geprüft, sondern mit einer Gesetzesrevision auch umgesetzt. Denn diese Heizungen sind leider noch lange nicht vom Tisch: Es wird immer noch etwa jede zweite Öl- und Gasheizung eins zu eins durch eine Öl- und Gasheizung ersetzt. Die G/JG-Fraktion will aber auch in den Jahren 2022, 2023 oder 2024 nicht, dass in Luzern Ölheizungen eins zu eins ersetzt werden. Leute, die beispielsweise aus Unwissen oder durch Falschinformation nicht auf erneuerbare Energien umsteigen, soll man da möglichst schnell erreichen. Die G/JG-Fraktion findet es eine gute Idee, proaktiv auf die Liegenschaftsbesitzer zuzugehen und sie höflich zu bitten, einen Ausstiegsplan aus den fossilen Brennstoffen zu erstellen – Stichwort GEAK Plus.

Heute auf erneuerbare Energien zu setzen, heisst auch, auf einheimische Wertschöpfung zu setzen und nicht zirka 100 Mio. Franken für Gas- und Heizöl – nur für die Stadt Luzern, pro Jahr! – nach Kasachstan oder Nigeria zu schicken. Auch soll man nicht vergessen: Bei einer energetischen Sanierung sind Fassadenunternehmer, Dachdecker, Bauunternehmer, Maler und viele weitere Luzerner Unternehmen beteiligt.

Zum Thema Photovoltaik-Strom zubauen: Es ist auf absehbare Zeit keine Alternative ersichtlich. Die G/JG-Fraktion versuchte, den Bericht und Antrag hinsichtlich eines erleichterten Zubaus von genügend Photovoltaik-Flächen zu verbessern.

Wird dabei das Fuder überladen? Die G/JG-Fraktion denkt das nicht. Im Gegenteil, teilweise wird das Fuder entladen. Sie ist kompromissbereit bei Massnahmen, von denen der Nutzen nicht ganz eindeutig quantifizierbar ist, die sehr schwierig umsetzbar sind und viel Staub aufwirbeln würden. Eine Klammer öffnend, sagt der Sprechende: Bereits das Ziel Netto-Null 2040 ist ein Kompromiss. Man denke an die Motion, den Bevölkerungsantrag und die Petition. Darin wurde das Ziel Netto-Null 2030 gefordert. Klammer zu. Heute starten die Grünen also in die Diskussion mit einem ersten grossen Kompromiss.

Wenn schon nicht alle Liegenschaftsbesitzer, dann soll wenigstens die Stadt mit gutem Vorbild vorgehen. Da waren sich quasi alle Fraktionen einig. Die Stadt soll den privaten Liegenschaftsbesitzern bereits bis im Jahr 2030 zeigen, was möglich ist, oder vielleicht bis ein paar Jahre später.

Mit etwas Wille ist vieles machbar. So lebt schon heute die Hälfte der städtischen Haushalte vor, dass man auch ohne eigenes Auto nicht verhungert oder verdurstet, weil man nicht harassenweise Blöterliwasser einkaufen kann, und nicht vor Langeweile stirbt, weil man nirgends mehr hingehen kann. Man darf nicht vergessen: Eine grosse Mehrheit der Luzernerinnen und Luzerner will vorwärts machen. Zwei Drittel der Luzerner Stimmbevölkerung sagte Ja zum CO₂-Gesetz. Das sind genau gleich viele wie in Basel-Stadt. In Basel-Stadt beispielsweise müssen bis im Jahr 2035 alle fossilen Heizungen ersetzt werden, und zwar alle, und nicht nur bei Neu- oder Umbauten. Das zum Stichwort «Sanierungspflicht».

Notabene: Man spricht hier überhaupt noch nicht über tiefgreifende Transformationen oder Verhaltensänderungen. Wir dürfen unsere Wohnungen immer noch auf 23 °C heizen, wenn wir im Winter im T-Shirt zu Hause sitzen möchten. Es darf auch jeder ein Vollbad nehmen und es verbietet auch niemand die Halogenleuchte oder das Cordon Bleu am Mittag – oder die Hauskatze.

Es ist also wirklich keine Zumutung – der Klimawandel, das ist die Zumutung! Es ist eine Zumutung für unsere Kinder und unsere Enkel.

Ist es eine finanzielle Zumutung? Steigen deshalb plötzlich alle Mieten? Nein, sagt der Sprechende. Die Nebenkosten werden sinken und von den Fördergeldern profitieren am Ende auch die 85 Prozent der Mieterinnen und Mieter.

Es ist kein düsteres Bild, das hier gezeichnet wird, sondern die G/JG-Fraktion redet hier von einer Stadt, die von Motorenlärm weitgehend verschont sein wird. Von einer grünen Stadt, ohne Feinstaub, wo man im Sommer unter Bäumen weilen und im Winter in komfortabel warmen Häusern wohnen kann, weil gut isoliert, und wo man auf gut ausgebauten Velorouten von A nach B gelangt. Zugegeben, der Bericht und Antrag kommt sehr nüchtern daher, mit vielen Zahlen und Reglementtexten. Vergessen wir aber nicht, was in Paris oder Mailand passiert, oder in der Stadt Winterthur, die sich auf den Weg zur 5-Minuten-Stadt macht. Das heisst, alle täglichen Bedürfnisse sind innert fünf Minuten zu Fuss oder per Velo erreichbar. Winterthur übrigens, hat sich 1 Tonne CO₂ als Zwischenziel für 2035 gesetzt.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die bisherigen Diskussionen die Nerven der bürgerlichen Mitpolitiker zeitweise strapaziert haben. Wir sind hier kein Wohlfühlklub, sondern alle stehen für ihre Überzeugungen ein. Aber das Diskussionsklima zumindest war gut, die Diskussion war fruchtbar und die G/JG-Fraktion hofft, dass das so bleibt.

Lukas Bäurle spricht allen Beteiligten einen grossen Dank für die Erarbeitung dieses Meilensteins aus, insbesondere Gregor Schmid und seinem Team. Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und wird dem Beschluss zustimmen. Bei den Anträgen und Protokollbemerkungen wird sie mehrheitlich den Empfehlungen des Stadtrates folgen.

Jona Studhalter von den Jungen Grünen lädt die Anwesenden zu einem Gedankenexperiment ein: Wer in diesem Raum würde in ein Flugzeug steigen, das eine Wahrscheinlichkeit von 60–80 Prozent hat, abzustürzen? Niemand. Das würde niemand machen. Und deshalb – so der Sprechende zu den Anwesenden im Kantonsratssaal – sollten sich alle überlegen, bei welchem Prozentsatz sie bereit wären, in ein Flugzeug zu steigen und das Risiko eines Flugzeugabsturzes in Kauf zu nehmen. Wenn ein Heizungsmonteur kommt und sagt, es besteht eine 80%ige Wahrscheinlichkeit, dass im nächsten Jahr die Ölheizung kaputtgeht und das ganze Haus zu brennen beginnt, würde man sofort die Heizung austauschen. Der Sprechende würde es auf jeden Fall tun.

Mit der vom Heizungsmonteur vorgeschlagenen Alternative Erdgas hätte man noch eine 60%ige Wahrscheinlichkeit, dass das Haus abbrennt. Würde jemand aus diesem Saal eine Erdgasheizung einbauen? Für all diejenigen, die jetzt denken, man könnte damit einen Versicherungsbetrug begehen: Stellt euch vor, eure Kinder/Grosskinder wären am Schlafen, wenn das Haus zu brennen beginnt. Vielleicht hilft das der Zynik auf die Spur. Oder ganz praktikabel: Diejenigen, die heute mit dem Velo zur Parlaments Sitzung gefahren sind, sollen sich vorstellen, dass ihnen heute Nachmittag ihr Velo gestohlen wird und der Sprechende – er sagt von sich, er sei kein sonderlich guter Autofahrer – bietet ihnen an, sie mit dem Auto heimzufahren. Das Risiko einer Frontalkollision auf dem Heimweg liegt bei 60–80 Prozent. Würde sich jemand trauen, in das Auto zu steigen? Oder würde man dankend ablehnen und sagen, man nehme den Bus, das sei kein Problem?

Ein Risiko von 60–80 Prozent für eine existenzielle Bedrohung ist für uns alle zu hoch. Aktuell ist das Risiko, dass wir das Pariser Klimaabkommen (1,5-Grad-Grenze) nicht erreichen, bei 60–80 Prozent. Das ist eine existenzielle Bedrohung für unsere Biosphäre und somit für die Menschheit. Das sagt nicht der Sprechende; das sagt eine Studie von der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt Empa, die zu einem ETH-Bereich gehört. Ein 60–80%iges Risiko für eine existenzielle Bedrohung. Beim vorherigen Gedankenspiel hätte niemand das Flugzeug genommen, alle hätten ihre Heizung ausgetauscht und alle wären zu Fuss oder mit dem Bus nach Hause gegangen. Jetzt müssen wir es nur noch im echten Leben machen. Denn die existenzielle Bedrohung ist kein Gedankenspiel – sie existiert in der echten Welt. Willkommen in der echten Welt. Für alle, die es wundert: Der aktuelle Standard in der Flugindustrie für das Risiko eines Flugzeugabsturzes liegt bei 0,0000001 Prozent. Das ist die siebte Nachkommastelle.

60–80 Prozent für eine existenzielle Bedrohung, wenn wir Netto-Null 2030 verpassen. Aus dem Grund brauchen wir Netto-Null 2030. Und deshalb haben die Jungen Grünen die Motion mit der Forderung Netto-Null 2030 überwiesen. Nach den soeben gehörten Eintretensvoten könnte man aber meinen, dass die einen oder anderen damals nur wegen den anstehenden Wahlen zugestimmt haben.

Und was macht der Stadtrat? Er verweigert sich dem Arbeitsauftrag. Der Stadtrat kann es sich natürlich schon bequem machen und sagen, dass die Motionärinnen und Motionäre der GLP-Fraktion in der Debatte etwas offen für Netto-Null 2040 waren. Der Klimastreik hatte Netto-Null 2030 im überwiesenen Bevölkerungsantrag nur nicht drin, weil das Stadtparlament Netto-Null 2030 schon beschlossen hatte. Sonst wäre die Forderung auch im Bevölkerungsantrag enthalten gewesen und auch überwiesen worden. Netto-Null 2030 mit solch einem Bubenrickli durch die Hintertüre zu kippen, akzeptieren die Jungen Grünen nicht. Der Stadtrat traut sich, die Massnahme W12 zu präsentieren, bei der nur das Verwaltungsvermögen fossilfrei sein soll. Was ist mit den Immobilien im Finanzvermögen? Da kommt der Stadtrat zudem mit dem Vorschlag bezüglich Drucker «doppelseitig als Default-Einstellung». Hat sonst noch jemand einen Klimaschutzvorschlag aus der Mottenkiste der 90er-Jahre? Wie wäre es mit einem stadträtlichen Beschluss, dass im Winter keine Cherrytomaten mehr für Behördenapéros erlaubt sind?

Die Note für den Bericht und Antrag ist ungenügend. Mit einer Arbeitsverweigerung lassen die Jungen Grünen den Stadtrat nicht davonkommen. Es ist Nachsitzen angesagt. Netto-Null 2030 ist nötig und deshalb stellen sie einen Rückweisungsantrag zur Überarbeitung, im Sinne von Netto-Null 2030. Die Klimakrise ist da. Das Hochwasser im Sommer 2021 zeigte es. Es war das zweite Jahrhunderthochwasser in 15 Jahren. Niemand in diesem Saal spricht davon, dass wir weniger

Hochwasser wollen. Die Frage ist nur, ob wir in Zukunft mehr oder noch heftigere Hochwasser wollen.

Ein Jahrhunderthochwasser alle fünf Jahre – die Klimakrise macht es möglich. Wir können heute ganz viele sachliche Argumente bringen, wie beispielsweise, dass wir mit erneuerbarer Energie die lokale Wirtschaft unterstützen, anstatt Geld den Ölscheichen in der Golfregion zu schicken, oder dass die Bekämpfung der Klimakrise günstiger ist als Massnahmen, die wir bei einer Klimakatastrophe ergreifen müssen. Fakt ist, dass in unserem System Profit vor Klima gestellt wird und nicht umgekehrt. 6,4 Tonnen – das entspricht dem territorialen Ausstoss von uns allen in der Stadt Luzern – stossen wir zusätzlich durch Investitionen der Pensionskasse pro Person und Jahr in der Schweiz aus. Ein paar können sich jetzt ordentlich die Hände reiben und sagen: «Jaha, ordentlich investiert in Öl und Kohle, jetzt gönne ich mir in zehn Jahren die Pension und dann wird gegönnt.» Wenn der Sprechende sich im Jahr 2060 pensionieren kann, bringt ihm eine ordentliche Pension nichts, wenn er zwei Jahre später an einer Hitzewelle stirbt. Und das wird für die junge Generation Realität sein. Deshalb muss es jetzt heissen: Klima vor Profit. Die Jungen Grünen wollen keine Ausschüttung von der ewl, wenn der Gewinn mit dreckigem Erdgas, das notabene bei Autokraten eingekauft wird, gemacht wird.

Zu den Massnahmen im Bericht und Antrag: Die Jungen Grünen sehen nicht nur, was nötig ist, sondern auch, was realistisch ist. Der Rückweisungsantrag ist nötig, aber nicht realistisch, so schien es dem Sprechenden auf jeden Fall in der Kommission. Deshalb schauten die Jungen Grünen, was man realistischerweise an dieser Energie- und Klimastrategie verbessern kann. Gemeinsam mit den Grünen formulierten und stellten sie viele Anträge und Protokollbemerkungen. Die Jungen Grünen werden nur noch wenige Anträge, die in der Kommission nicht durchkamen, nochmals stellen, so zum Beispiel den Rückweisungsantrag, den Antrag auf Netto-Null 2030 oder die Reduktion des miefenden MIV um 30 Prozent bis im Jahr 2040, obwohl die Massnahmen in der Mobilität viel weiter gehen müssten.

Zur Hochlobung der E-Autos in dieser Ratsdebatte: Die Energiebilanz dieser modernen Blechkisten ist eine Katastrophe, vielleicht nicht ganz so eine grosse Katastrophe wie bei einem Benzin- oder Diesel-Fahrzeug. Aber wie die seltenen Erden für E-Autos abgebaut werden, juckt niemanden. Das Recycling ist ungeklärt, die Ersten fordern bereits wieder AKWs. Die Haltung, alle Autos eins zu eins durch E-Autos zu ersetzen – und gut ist, ist eine falsche Haltung. Da ist ein Umdenken nötig. Eine Verringerung des Autoverkehrs ist realistisch; Suffizienz ist da das Stichwort. Suffizienz ist nötig, die Frage ist, wie viel realistisch ist.

Der Stadtrat schreibt im Bericht und Antrag, was nötig ist. Er rührt mit grosser Kelle an und geht in die Superlative: Das grösste Projekt, ein Wandel in der Gesellschaft – aber aufgrund kantonaler und nationaler Bestimmungen muss der Stadtrat doch wieder kleine Brötchen backen. Schlussendlich sanieren wir ein paar Häuser, wechseln ein paar Heizungen aus. System change, so wie es ein Klimastreik will, ist vielleicht bei der Default-Einstellung des Druckers angesagt. Ein wirklicher Systemwandel, den es braucht und der nötig ist, ist es nicht.

Weshalb, und das wird viel zu oft vergessen, machen die Jungen Grünen Klimapolitik? Wir machen es nicht wegen des Klimas. Das Klima ist eine Zusammenfassung des Wetters über eine längere Zeit, das selber weder ein handelndes noch ein fühlendes Subjekt ist. Jona Studhalter macht auch keine Klimapolitik für die Natur. Die Natur hat noch viel Zeit, sie kann sich von einer Klimaerhitzung erholen – plus 2 °C, plus 4 °C, plus 8 °C. Früher einmal in der Erdgeschichte hat es Lava geregnet;

Hitzesommer, Hochwasser und Dürre sind aus dieser Sicht Peanuts dagegen. Die Natur selber beurteilt nicht, ob sie sich zum Guten oder zum Schlechten verändert. Das machen wir Menschen in Bezug auf die Frage, wie sich die Veränderung auf unser Leben auswirkt. Die Jungen Grünen – das ist der Grund – machen Klimapolitik wegen den Menschen und den Tieren, die sonst leiden müssen oder sterben. Wegen Menschen, die mit dem steigenden Meeresspiegel ihr Daheim verlassen müssen, die wegen der Dürre hungern oder für die Menschen in Deutschland, die letzten Sommer Angehörige in den Fluten verloren oder wegen den Menschen in Wolhusen, bei denen es seit dem Hagel im Sommer 2021 ins Haus regnet. Die Jungen Grünen machen Klimapolitik, um das ganze Leid zu verhindern. Sie machen es, um die Menschheit vor der eigenen Auslöschung zu bewahren. Diese Gefahr besteht nur wegen Bequemlichkeit und wegen Gier. Die Menschheit hat sich sehr viel Reichtum angehäuft, um sehr viele schöne Momente zu erleben. Der Sprechende ist gerne bereit, 190 Mio. Franken zu sprechen, damit seine Kinder und Grosskinder auch all die Wunder erleben dürfen, die wir erleben. Die Jungen Grünen machen die Klimastrategie für die Jungen und für die zukünftigen Generationen. Jona Studhalter hofft deshalb, dass sie beim Beschluss der Massnahmen das entsprechende Gewicht erhalten und bedankt sich. Ein **Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung** wird gestellt.

Andreas Moser: Der vorliegende Bericht und Antrag ist in jeder Hinsicht anspruchsvoll – sowohl vom Umfang her als auch von der inhaltlichen Dimension. Es ist eine Herausforderung für jedes Ratsmitglied, aber sicher auch für alle, die bei der Erarbeitung mitgewirkt haben. An dieser Stelle dankt auch die FDP-Fraktion allen Beteiligten für die grosse Arbeit.

Der Klimawandel ist Realität. Die negativen Folgen dieses Wandels zeigen sich immer stärker über das ganze Jahr. Der von Menschen verursachte Ausstoss von Treibhausgasen verändert das Klimasystem und führt zu einem weltweiten Temperaturanstieg. Während es im globalen Mittel seit Beginn der Industrialisierung rund 1 °C wärmer wurde, stieg die Temperatur in der Schweiz, wir haben es gehört, im selben Zeitraum fast 2 °C, d.h. sie steigt doppelt so schnell wie im weltweiten Durchschnitt. Nebst den steigenden Durchschnittstemperaturen werden wir uns vermehrt auf heisse Sommer mit Hitzetagen und Tropennächten, auf trockenere Sommer und auf mehr Starkniederschläge einstellen müssen.

Es geht nicht mehr nur um Schadensbegrenzung, sondern um die Bekämpfung der Ursachen des Wandels. Die Verbrennung von fossilen Brenn- und Treibstoffen muss möglichst schnell gestoppt werden. Jede und jeder kann mit dem eigenen Verhalten einen wesentlichen Beitrag zum Schutz unseres Klimas und damit zu einer wichtigen Lebensgrundlage künftiger Generationen leisten. Die Herausforderungen sind in jeder Hinsicht gross.

Die FDP-Fraktion anerkennt den Handlungsbedarf und möchte sich dieser grossen Herausforderung annehmen und handeln. Für die Fraktion ist der sorgsame Umgang mit bestehenden Ressourcen, der Einsatz von erneuerbaren Energien und eine grosse Offenheit gegenüber neuen Technologien seit langer Zeit der Schlüssel zum Erfolg für eine wirksame Klimapolitik. Eine Umfrage zeigt, dass nicht nur die Klimajugend – sie hat sich grosse Verdienste um dieses Thema erworben – und viele Bürgerinnen und Bürger, sondern auch eine sehr deutliche Mehrheit der FDP-Anhänger mehr Einsatz für den Klimaschutz fordern. Diese Haltung ist breit abgestützt – auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene.

Entsprechend hat die FDP-Fraktion ihre Schwerpunkte gesetzt. Sie nimmt die Ängste und die Aufforderung der Bürgerinnen und Bürger ernst und setzt sich für eine nachhaltige und wirksame Klimapolitik ein. Dabei fokussiert sie sich auf die liberalen Leitlinien Verursacherprinzip, Fördermassnahmen sowie Lenkungs- und Anreizsysteme. Verbote und Restriktionen sollen dagegen nur als letztes Mittel ergriffen werden. Die Massnahmen müssen nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch und sozial nachhaltig sein. Mit diesen Leitlinien misst die Fraktion heute auch den vorliegenden Bericht und Antrag.

Im Gegensatz zu anderen Parteien in diesem Rat, kann die FDP-Fraktion den Klima- und Energiebericht vielleicht etwas weniger ideologisch, etwas unbefangener und etwas nüchterner beurteilen. Weder hat sie ihren Wählerinnen und Wählern diesbezüglich Versprechen gemacht, noch will sie mit einer Blockadepolitik darauf reagieren. Die FDP-Fraktion möchte pragmatisch, lösungsorientiert und offen in die Diskussion gehen. Der Gewinner soll das Klima sein.

Jeder, jede muss einen Beitrag leisten. Deshalb findet die FDP-Fraktion die Sensibilisierung aller Bürgerinnen und Bürger sehr wichtig. Sie hat Vertrauen in die Bevölkerung, dass sie ihre Eigenverantwortung wahrnimmt. Die Bevölkerung muss dafür ein gemeinsames Ziel und die notwendigen Informationen haben, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Der Klimaschutz soll den Leuten bewusst gemacht werden, damit sie ihr Handeln darauf ausrichten können.

Allzu forsche und unrealistische Zielsetzungen würden die Bevölkerung spalten und in Grabenkämpfe verstricken. Mit einem herausfordernden, aber angemessenen Tempo muss es uns gelingen, die ganze Bevölkerung mitzunehmen.

Uns ist bewusst, dass sich der Klimawandel dynamisch entwickelt. Wir beraten heute eine Etappe; weitere werden folgen. Wir können und müssen nicht alles heute lösen, aber Grundsätze, Ziele und Leitplanken müssen wir heute formulieren und beschliessen. Schon morgen aber werden wir sie überprüfen müssen und Korrekturen vornehmen. Die sich verändernde Umwelt und die Ergebnisse der Forschung werden uns fordern, ständig wieder neue Entscheidungen zugunsten der Umwelt zu treffen. Dabei wird es herausfordernd sein, die Umwelt zu schonen und trotzdem Arbeitsplätze und Einkommen für unsere Mitbürgerinnen zu erhalten und sozialverträglich zu bleiben. Ohne die wirtschaftliche Kraft werden sich die grossen Ansprüche für einen wirksamen Klimaschutz nicht realisieren lassen.

Dass die Erreichung der Klimaziele etwas kosten wird, ist unbestritten. Die Kosten von planbaren Klimaschutzmassnahmen mit klarem Ziel sind aber deutlich geringer als die Folgekosten des Klimawandels ohne Klimaschutz. Nicht zuletzt bedeuten Klimaschutzmassnahmen vor Ort auch eine Chance für die Luzerner Wirtschaft, die es zu nutzen gilt.

Da der Klimaschutz von jedem und jeder Einsatz verlangt, bringt eine gemeinsame Klimapolitik Klarheit, Transparenz und Vertrauen, weil die Politik vom Gleichen spricht. Der Konsens in der Schweiz ist heute, das Netto-Null-Ziel bis im Jahr 2050 zu erreichen. Dieses Ziel wird auf Bundesebene und in allen Kantonen angestrebt.

Der Stadtrat verfolgt mit seiner Klima- und Energiestrategie aber deutlich ambitioniertere Ziele. Er will das Netto-Null-Ziel bereits 2040 erreichen und den Energieverbrauch bis 2050 auf 2000 Watt Dauerleistung pro Kopf der Bevölkerung senken.

Er schlägt damit gegenüber dem Zielplan von Bund und Kantonen eine Insellösung vor. Das macht es aus Sicht der FDP-Fraktion deutlich anspruchsvoller, die Bevölkerung abzuholen und zu überzeugen. Regeln werden leichter akzeptiert, wenn für Schlüsselthemen einheitliche nationale oder

zumindest kantonale Vorgaben gelten. Die FDP-Fraktion steht Insellösungen kritisch gegenüber und prüft genau, ob es erfolgsversprechend und vermittelbar ist, strengere Massnahmen anzuwenden, um raschere Fortschritte zu erzielen oder ob Insellösungen eher kontraproduktiv sind und das Gesamtziel des Klimaschutzes gefährden, weil zu krasse Ansätze von der Bevölkerung nicht akzeptiert werden, oder weil sie nicht mit Kanton und Bund kompatibel sind.

Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Fraktion die 32 Massnahmen des Stadtrates beurteilt. Sie kann dabei, der Sprechende sagte es bereits in der Kommission, rund 80 Prozent der vorgeschlagenen Massnahmen für Strom, Wärme, Mobilität und Übriges mittragen. Die restlichen 20 Prozent sind ihrer Meinung nach in der vorgeschlagenen Form nicht kompatibel und umsetzbar. Die Arbeit in der Kommission hat gezeigt, dass sie als städtische FDP durchaus bereit sind, auch einschneidende Massnahmen und ambitionierte Ziele für den urbanen Raum zu akzeptieren – aber nicht um jeden Preis. In der politischen Gewichtung gefährden aus Sicht der FDP-Fraktion einige stadträtliche Massnahmen und einige Protokollbemerkungen und Anträge das Gesamtpaket und verunmöglichen der FDP-Fraktion, diese ambitionierten Ziele mitzutragen.

Höhere Akzeptanz geniessen bei der FDP-Fraktion die Massnahmen zum Gebäudepark. Gebäude verursachen rund ein Drittel des aktuellen CO₂-Ausstosses. Mit klugen Massnahmen können wir schnell und in eigener Kompetenz klimapolitische Fortschritte erzielen. Die Stadt Luzern kann und soll hier vorangehen, als Kantonshauptstadt kann sie Vorbildfunktion übernehmen. Die Herausforderungen sind im dichten urbanen Raum akzentuierter. Die Transformation von den fossilen hin zu den erneuerbaren Energieträgern erfordert im Gebäudebereich enorme Investitionen. Die Gebäude müssen durch verbesserte Wärmedämmungen energieeffizienter werden, mit neuen Heizungen muss auf erneuerbare Energien umgestellt und Dach- sowie Fassadenflächen sollen für die Stromproduktion genutzt werden. Die FDP-Fraktion unterstützt den dazu notwendigen Förderprogramm-Ausbau. Ebenso unterstützt die Fraktion, dass der Stadtrat bei städtischen Liegenschaften seine Vorbildfunktion bereits bis im Jahr 2030 einnehmen will. Die Fraktion erwartet, dass auch die Finanzliegenschaften entsprechend gehandhabt werden. Es wäre unverständlich, wenn die Stadt nicht auch hier ihre Vorbildrolle wahrnehmen würde. Die entsprechenden Personalmittel sind neu im Bericht und Antrag einzurechnen; spätestens 2040 muss dies geschehen sein – besser schon bis im Jahr 2035.

Deutlich kritischer – und hier spricht Andreas Moser erstmals von den roten Linien – steht die Fraktion bei der Mobilität. Aus Sicht der FDP-Fraktion besteht ein Ungleichgewicht zwischen den Massnahmen im Bereich Gebäude und den Massnahmen im Bereich Mobilität. Ohne Zweifel ist auch der Verkehr mit einem Drittel des aktuellen CO₂-Ausstosses ein wichtiger Bereich, der eingebunden werden soll. Die Massnahmen des Stadtrates sind der Fraktion dabei aber zu stark auf den MIV ausgerichtet.

Der Stadtrat setzt sehr stark auf Verbote und auf einen unverhältnismässigen Parkplatzabbau, den die FDP-Fraktion nicht unterstützen kann. So wurde erst kürzlich über das Parkplatzreglement der Stadt abgestimmt und ein Parkplatzkompromiss gutgeheissen. Nun soll plötzlich die Hälfte der öffentlichen Parkplätze abgebaut und die Bestandesgarantie der privaten Parkplätze aufgeweicht werden. – «Geht's noch!», sagt dazu die FDP-Fraktion. Hier wird ein demokratischer Entscheid wieder mit Füßen getreten. Auch kann die Fraktion die geplante Reduktion der Verkehrsbelastung um 15 Prozent nicht unterstützen. Diese Massnahme ist unnötig und linke Ideologie. Der Stadtrat

vergisst, dass Luzern auch Kantonshauptstadt ist. Die Verkehrsbelastung ist seit den letzten Jahren rückläufig, was erfreulich ist. Der Verkehr wird aber tendenziell zunehmen. Deshalb ist die aktuelle Plafonierung des Verkehrs auf Stand 2010 aus Sicht der Fraktion realistischer und umsetzbarer. Es braucht keine reglementarischen Vorschriften, welche nur dazu dienen, den Abbau von weiteren Parkplätzen zu legitimieren. Auch wenn die linke Seite eine andere Ansicht hat, gewichtet die FDP-Fraktion die Elektromobilität deutlich positiver. Diese Entwicklung wird im Bericht und Antrag zu wenig berücksichtigt. Die Elektromobilität wird in den nächsten Jahren so oder so stark ansteigen. Dafür braucht es kein Verbot von nicht erneuerbar angetriebenen Fahrzeugen auf Stadtgebiet. Ein solches Verbot ist zu kleinlich gedacht und es ist fraglich, ob die Stadt überhaupt die Kompetenz besitzt, dieses durchzusetzen. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion diese Reglementsänderung klar ab.

In der Detailberatung wird der Sprechende auf alle zur Debatte stehenden Protokollbemerkungen und Anträge eingehen.

Zum Schluss möchte er noch einmal betonen, dass die städtische FDP – genauso wie die nationale und die kantonale FDP – griffige Massnahmen wollen, die uns mit einem wirksamen Klimaschutz dem Ziel Netto-Null näherbringen. Die FDP-Fraktion ist bereit, nötige finanzielle Mittel dafür zu sprechen. Die Massnahmen müssen aber immer nachvollziehbar und verhältnismässig sein. Die FDP-Fraktion will vor allem eine Vorlage, die bei den Stimmberechtigten eine Chance hat. Es nützt nichts, wenn der Grosse Stadtrat das Fuder überlädt und die Stimmbevölkerung am Schluss Nein sagt. Die Verliererin wäre das Klima.

Die FDP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein. Alles Weitere wird die Diskussion zeigen.

Silvio Bonzanigo: Wir haben nun ein paar Fraktionsvoten gehört. Bei zwei Voten, jenen der Jungen Grünen und der SVP, können die Sprecher sich entscheiden, wer der Hammer und wer der Amboss ist. Der Bericht und Antrag gerät nämlich da dazwischen, was in seinen Augen zu Unrecht geschieht. Wie am Morgen erwähnt, sollte man dort, wo man Steuern kann, wo es sich lohnt, Aufwand betreiben. Das ist bei diesem Thema der Fall. Beim Tourismus-Thema war es viel ambivalenter. Dort fand der Sprechende den Aufwand, der betrieben wurde, nicht gerechtfertigt. Silvio Bonzanigo neigt sich keinem der zwei vorhin erwähnten Voten zu. Netto-Null 2030 ist für ihn volkswirtschaftlich unverantwortlich. Im Gegensatz dazu findet er, dass es nicht sehr hilfreich ist, zu sagen, dass der Staatsbankrott ausgerufen werde, wenn man all die Massnahmen umsetzt. Ohne auf einzelne Massnahmen einzugehen, ist gut nachgewiesen, dass alle Investitionen in diesem Bereich sehr beschäftigungswirksam sind. Sie generieren vermutlich eine ganze KMU-Branche neu. Das heisst, es kommen nicht einfach neue Steuerbelastungen auf die Bürger zu, sondern die Steuerbelastungen werden vielleicht auch durch entsprechende Erträge aus den zukunftsgerichteten Branchen gemindert. Der Sprechende hörte, dass man niemanden mit Prämien motivieren darf; man solle nicht irgendwelche Zuschüsse leisten. Dieser Meinung ist er nicht. Es entspricht dem allgemeinen menschlichen Verhalten, dass durch Anreize Motivationen ausgelöst werden können und durch Sanktionen Handlungen, die gesellschaftlich unerwünscht sind, unterlassen werden. In dieser Beziehung muss man flexibel bleiben, man darf das nicht überborden. Denjenigen, die in der Lage sind, selber Verantwortung zu tragen und Geldmittel dafür aufzuwerfen, soll man selbstverständlich nicht alles aus der Hand nehmen. Aber es gibt Motivationsanteile in dem ganzen Thema, die der Sprechende nicht ausser Acht lassen will. Es kommt sonst sehr obrigkeitlich daher,

wenn von Staatsseite her nicht irgendwo auch Anreize geboten werden, die absolut notwendige Klimatransformation zu vollziehen. Silvio Bonzanigo wird eintreten und mutmasslich den Bericht und Antrag zustimmend zur Kenntnis nehmen, vorbehaltlich dem, was der Sprecher der FDP-Fraktion sagte: Wenn über die Protokollbemerkungen das Fuder bis zum Umkippen zu überborden droht, wird er seine Meinung vermutlich revidieren. Er denkt, dass das Thema Verantwortung, das der Sprecher der FDP-Fraktion ansprach, in der heutigen Debatte sehr angezeigt ist.

Nico van der Heiden möchte etwas zum Rückweisungsantrag der Jungen Grünen sagen und dann noch zu zwei, drei Details aus anderen Voten, bei denen er das Gefühl hatte, die SP-Fraktion sei direkt angesprochen.

Inhaltlich und emotional hat Nico van der Heiden grosse Sympathien für den Rückweisungsantrag. Es ist so, wie es gesagt wurde: Mit dem Bericht und Antrag wird weder der Zielpfad vom Stadtrat noch der Zielpfad, den die Baukommission vorschlägt, erreicht werden können. Das zum Thema Kompromiss und zum Thema, was man eigentlich will. Der Bericht und Antrag ist aus linker Sicht in dem Sinn ungenügend, weil man das Klimaziel, das die Linken erreichen wollen, mit den Massnahmen, die heute und an der nächsten Sitzung beschlossen werden, nicht erreicht. Jetzt könnte man tatsächlich sagen: Rückweisung zur Überarbeitung, der Bericht ist ungenügend, es braucht mehr Massnahmen. Das macht die SP-Fraktion nicht, aus dem banalen Grund, dass das dem Klima nicht hilft. Mit der Rückweisung verlieren wir wieder ein Jahr. Das Jahr 2030 kommt schnell und wir brauchen schnell Massnahmen. Deshalb ist die Haltung der SP-Fraktion: Eintreten und Massnahmen beschliessen. Den Zielpfad aber – und das ist ein Auftrag an diejenigen der Jungen Grünen, die in vier Jahren noch im Parlament sind und an diejenigen, die neu dazukommen – wird man im Jahr 2026 nachbessern müssen, es wird neue Massnahmen brauchen. Andreas Moser sagte es sehr gut: Man wird laufend nachjustieren müssen. Das ist wichtig bei der Diskussion um den Zielpfad. Jetzt aber nicht auf den Bericht und Antrag einzutreten, bringt nichts. Verschiedene bürgerliche Sprecher drohten mehr oder weniger direkt mit der Volksabstimmung. Nico van der Heiden hat, wie er sagt, Erfahrung im Verlieren von verkehrspolitischen Volksabstimmungen. In diesem Fall macht er sich nicht so Sorgen. 67 Prozent der städtischen Bevölkerung sagten Ja zum CO₂-Gesetz. Dass man jetzt schon mit dem Volkshammer droht, hat wahrscheinlich strategische Gründe im Hinblick auf die Detaildiskussion. Der Sprechende macht sich keine Sorgen, dass mit dem sehr guten Klimabericht eine deutliche Mehrheit der städtischen Bevölkerung gewonnen werden kann. Formaljuristisch möchte der Sprechende erwähnen, dass die Abstimmung, die die SP-Fraktion verlor, andere Reglemente betraf als diejenigen, die heute diskutiert werden. Es werden andere Themen angeschnitten.

Patrick Zibung erwähnte einen guten, wunden Punkt von der SP-Fraktion. Dass man die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer mit sehr viel Geld subventioniert, ist richtig. Dieser Punkt führte intern zu grossen Diskussionen. Für die SP-Fraktion ist die sozialpolitische Abfederung entscheidend. Damit sie diesem Punkt am Schluss zustimmen kann, müssen Nachbesserungen im Vergleich zu dem, was der Stadtrat vorschlägt, durchkommen. Die Fraktion überlegte sich, was die Alternative sein könnte: Kapitalismus überwinden, alle enteignen und es so angehen. Doch das wäre wahrscheinlich nicht im Sinn der Bürgerlichen. Deshalb beisst die Fraktion in den sauren Apfel. Es werden mit diesem Kredit Leute subventioniert, die tendenziell nicht zur ärmeren Hälfte der städtischen Bevölkerung gehören. Das Parlament wird hohe Subventionen beschliessen, aber nicht exorbitant

hohe – und es werden trotzdem noch immer die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer sein, die zu einem absolut grossen Teil die Gebäudesanierung und den Heizungsersatz bezahlen müssen. Sie erhalten vielleicht ein wenig mehr Geld vom Staat, aber dass die Stadt von sich aus die Heizungen ersetzen ginge und ihnen dann noch einen 50-Franken-Gutschein vom Coop in die Hand drücken würde – so wäre es dann schon nicht. Im Verlauf der Debatte wurde der Stadtrat aufgefordert zu sagen, ob er die Meinung der umliegenden Gemeinden zu diesem Bericht und Antrag abgefragt hatte. Das findet der Sprechende eine äusserst interessante Frage. Vielleicht könnte der Stadtrat in dem Zusammenhang gleich noch sagen, ob die Stadt Kriens beispielsweise seine Haltung abholte, als sie ein Gebiet umzonten (zwei Parkplätze pro Wohnung). Denn die Leute, die dort parkieren, so könnte man befürchten, würden zu einem grossen Teil mit dem Auto in die Stadt fahren. Nico van der Heiden kann dazu nur sagen: Willkommen im Föderalismus. Gemeinden dürfen innerhalb ihrer Kompetenzen beschliessen, was sie wollen. Selbstverständlich wäre es wünschenswert, wenn die umliegenden Gemeinden dem Ziel der Klimastrategie folgen würden. Aber zwingen können wir sie nicht, genauso wenig wie sie die Stadt zwingen können, welche Klimastrategie wir festlegen.

Jules Gut: Als Motionär der Motion Netto-Null 2030 ist es ihm ein Anliegen zu sagen, warum die GLP-Fraktion diese überhaupt eingereicht hatte – es gab dazu gewisse Anspielungen im Eintretensvotum. Es ist richtig und wichtig, dass der Stadtrat beauftragt wurde, eine Prüfung durchzuführen, was möglich ist, wenn wir konsequent das Netto-Null-Ziel 2030 umsetzen wollten. Genau das machte die Stadtverwaltung mit diesem Prozess, mit dem vorliegenden Bericht und Antrag. Da sehen wir, was möglich ist und was eben nicht möglich ist. Der Stadtrat schlägt nun vor, das Netto-Null-Ziel im Jahr 2040 umzusetzen, was, wie im Bericht auf den vielen Seiten zu lesen ist, sehr anspruchsvoll ist. Genau das war die Aufgabe dieser Motion, Netto-Null 2030 zu klären und nachher konkrete Massnahmen aufzuzeigen. Jules Gut unterstützt das Votum von Nico van der Heiden sehr. Die wichtigsten Massnahmen werden ein regelmässiges Controlling und ein Nachjustieren der Massnahmen sein, jährlich oder alle drei, vier Jahre.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Wir stehen vor einem sehr spannenden und sehr komplexen Geschäft. Die Klimakrise, das wissen alle und es wurde auch schon erwähnt, ist global erfahrbar, direkt, indirekt, da und dort. Der Sprechende schaute in den letzten Tagen die Meldungen in der Zeitung an: Unruhe in Burkina Faso, Hitzewelle in Australien, Gletscherspaltung in der Antarktis, Missernte in Südamerika. Wenn man die Zeitung aufmerksam durchliest, bemerkt man fast täglich Folgen der Klimakrise. Es trifft natürlich weltweit vor allem die arme Bevölkerung existenzieller und die, die knapp über dem Meeresspiegel leben; und es trifft ebenso sehr die Biodiversität, die Artenvielfalt, Tiere, Pflanzen, Pilze, die Natur. Die Klimaveränderung wird auch in der Schweiz immer spürbarer. Mehrere Beispiele dazu wurden genannt. Heute Morgen sprachen wir über die Vision Tourismus. Was ist eine Vision? Im Bereich Klimaschutz gibt es schon lange eine Vision, sie würde Nachhaltigkeit heissen und besteht seit der UNO-Konferenz in Rio von 1992. Die Definition dazu lautet, dass wir zukünftigen Generationen und der Natur mindestens die gleichen Lebenschancen und Lebensmöglichkeiten geben sollen wie wir es heute haben. Wir haben kein Recht, Lebenschancen und Lebensmöglichkeiten von zukünftigen Generationen und von den Tieren und Pflanzen einzuschränken. Im Grunde genommen ist die Vision aber nicht mehr einhaltbar.

Dem müssen wir uns bewusst sein. Wir müssen leider sagen, dass sich die internationale Diskussion um das Ziel dreht, wenigstens den Schaden auf 1,5 Grad plus zu begrenzen und dort zu stabilisieren, um die allergrössten Schäden vermeiden zu können.

Die internationale Gemeinschaft ringt um die konkrete Umsetzung. Nachhaltigkeit heisst aber immer nur so viel zu nutzen, wie nachwächst. Deshalb ist auch der Traum vom ewigen Wachstum ausgeträumt. Das ist gut so, weil die Ressourcen endlich sind. In dieser Frage sind aber noch nicht alle erwacht. Es haben noch nicht alle gemerkt, dass zwischen der Klimarealität/der Klimakrise und der Notwendigkeit und Bereitschaft zum Handeln durch Einzelne, Gremien, Organisationen, Staaten noch eine grosse Lücke klafft. Die Schweiz hat einen sehr grossen Wohlstand erreicht, nicht zuletzt auch basierend auf den Nutzungen, die nicht zu knapp zur Klimakrise mit beigetragen haben. Wir in der Schweiz, und hier in Luzern, haben gute Mittel, die notwendige Wende anzupacken und umzusetzen. Wir haben gute Voraussetzungen punkto Innovation, Intelligenz, Klugheit, technischem Wissen, Stabilität und Finanzen. Diese Verantwortung wollen wir für die zukünftigen Generationen und für die Umwelt wahrnehmen. Die Diskussion drehte sich schon ein paar Mal um die Rolle der Stadt als Vorreiterin. Auch in der Kommission hörte man zum Teil Bedenken, dass wir zu früh daran seien, dass wir bei diesem Thema vorausgingen. Ja, sagt Stadtrat Adrian Borgula, wir sind früh dran, wir gehen da voraus und er ist froh, ein wenig vorausgehen zu können. Die Stadt geht, um ein Votum aufzunehmen, ein klein wenig weiter als der Kanton, weil sie die Grundsätze bereits auf konkrete Massnahmen herunterzubrechen versucht. Aber im Grund genommen gehören wir einfach zu den Ersten, die zu spät sind. Das ist die Realität. Wir schaffen auf eine Begrenzung des Schadens hin, damit es global nicht mehr als 1,5 Grad wärmer wird. Der Stadtrat legt einen ambitionierten Bericht und Antrag vor. Er hat das Ziel Netto-Null 2040 erarbeitet. Der Stadtrat hat viel diskutiert und viel erarbeitet. Arbeitsverweigerung erscheint dem Sprechenden deshalb ein scharfer Vorwurf. Auftragsverweigerung wäre schon eher verständlich aus Sicht der Jungen Grünen, weil der Auftrag tatsächlich Netto-Null 2030 hiess. Aber der Stadtrat sagte bereits damals in der Debatte, dass er den Jungen Grünen im Bericht und Antrag aufzeigen wolle, was die Ziele Netto-Null 2030, 2040 und 2050 bedeuten würden. Für die Umwelt wäre das Netto-Null-Ziel 2030 definitiv besser. Der Stadtrat will aber ein erreichbares Ziel mit dem Bericht und Antrag vorlegen, ein umsetzbares und realistisches Ziel und keinen Papiertiger. Der Stadtrat will auch nicht Netto-Null 2030 erreichen, indem die Stadt viele Zertifikate zukaufen müsste. Aber, und das wurde auch festgestellt, mit dem vorliegenden Programm gibt es immer noch erhebliche Deckungslücken zur Erreichung des Ziels. Wir erreichen das Ziel mit diesem ersten Paket nicht, weil die Stadt eingeschränkte Einflussmöglichkeiten hat; sie kann nicht alles selber erreichen. Zudem braucht es sehr viele Infrastrukturarbeiten. Der Aufbau eines Seewasser-Wärmenetzes ist in unserem System nicht so schnell möglich. China beispielsweise könnte das theoretisch schneller machen, einfach unter Missachtung der individuellen Freiheiten. Aber unser System braucht einen gewissen Vorlauf. Nicht zuletzt, das wurde auch bereits angesprochen, brauchen wir auch Leute, die das umsetzen. Es braucht Fachkräfte beim Planen und vor allem auch beim Umsetzen. Es liegt eine ausführliche Analyse vor, es wurden konkrete Massnahmen mit unterschiedlichem Konkretisierungsgrad ausgearbeitet, insgesamt 32 Massnahmen oder Massnahmenpakete. Der Stadtrat arbeitet mit dem ganzen Bündel von Anreizen, Beratungen, Vorgaben, Unterstützungen, Finanzleistungen. Die Stadt will sich auch bei anderen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern einbringen. Der

Dialog ist sehr wichtig, weil es ganz zentral ist, dass all die Massnahmen schweizweit und international aufeinander abgestimmt sind. Die einen können nicht ohne die andern. Gerade heute ist ein Artikel im Tages Anzeiger über eine Initiative zu lesen, den Monika Rühl, Direktorin von Economie-suisse, zusammen mit Thomas Vellacott, CEO des WWF Schweiz, verfasst hat. Das ist eine ziemlich breite inhaltliche Spanne. Die Initiative beschreibt, wie multinationale Konzerne die Klimaziele umsetzen können. Das ist insofern interessant, weil multinationale Konzerne jeweils in ein Land mit den geringsten Auflagen ausweichen könnten, um vielleicht vorübergehend noch etwas günstiger zu produzieren. Aber sie haben auch die Möglichkeit, und das ist auch das Ziel des Projekts, entlang der gesamten Wertschöpfungskette die Klimaziele zu erreichen und zu studieren. Das heisst, es kommt auch Druck aus der Firmenwelt. Der Druck ist noch nicht so stark, aber die Initiative hat schon 2'300 Unternehmungen beraten. Stadtrat Adrian Borgula erwähnt diese Initiative deshalb, weil dieser Punkt ganz wichtig ist: Die Stadt kann es nicht alleine. Der Bund kann es nicht alleine. Der Kanton kann es nicht alleine. Die Wirtschaft kann es nicht alleine und auch die Privaten können es nicht alleine. Aber wenn alle ihre Programme aufsetzen, diese gegenseitig abstimmen und anpassen, entwickeln wir die nötige Kraft, um genau diese Deckungslücke, die wir noch haben, zu schliessen. Der zweite Punkt ist, dass wir natürlich das Massnahmenpaket nachjustieren müssen. Stand heute sind es die Massnahmen, die wir vorschlagen. Wahrscheinlich aber kommt schon morgen, übermorgen, in einem Monat oder vielleicht in einem Jahr irgendwo eine neue Massnahme aufs Tapet. Vielleicht wird der Stadtrat dem Parlament schon früher als in vier Jahren neue, sinnvolle und zweckmässige Massnahmen vorschlagen müssen. Da ist eine Dynamik entstanden, die wir weiter nutzen müssen. Deshalb ist es auch wichtig, einen guten, frischen Start legen zu können. Der Sprechende sagt bewusst «einen frischen Start», weil die Stadt schon seit 20 Jahren Klimapolitik macht; Luzern ist Energiestadt Gold etc. Aber wir müssen Schub entwickeln. Von daher bittet Stadtrat Adrian Borgula, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Der Antrag ist vor dem Hintergrund des Auftrags Netto-Null 2030 verständlich, aber er bringt nichts. Der vorliegende Bericht wurde am 30. Juni 2021 verabschiedet. Sieben Monate brauchte das Parlament nun, um diesen zu verarbeiten. Die Verwaltung machte das, was zum heutigen Zeitpunkt möglich ist. Der Sprechende wüsste nicht, wie man die einzelnen Massnahmen noch schärfen könnte, wenn man jetzt nochmals zurückgehen und einen neuen Bericht und Antrag verfassen müsste. Es ist gescheitert, jetzt einzutreten, die Massnahmen zu beschliessen und den Start des Projekts zu lancieren. Danach kann man nachjustieren und schauen, wie weit man mit dieser oder jener Massnahme kommt. Vielleicht gibt es auch Massnahmen, die nicht taugen. Das weiss man heute noch nicht. Der Bericht und Antrag ist keine Bibel und ist nicht unfehlbar. Es ist ein konkretes Arbeitsprogramm. Viele sagten es bereits: Es ist ganz wichtig, die Bevölkerung mitzunehmen, und zwar im gesamten Klimaschutz, nicht nur in Bezug auf die Abstimmung. In diesem Zusammenhang ruft der Sprechende die Mitglieder des Parlaments auf, gut darauf zu achten, dass die Abstimmung erfolgreich durchgebracht werden kann. Wenn am Schluss eine Vorlage da ist, soll das Parlament diese möglichst geschlossen durchbringen und nicht vielleicht wegen einer Detailfrage im Bereich der Parkplätze das ganze Paket zum Absturz bringen. Verschiedene nationale Forschungsprogramme zeigen, dass wir die Bevölkerung mitnehmen müssen. Wir müssen Mut machen und nicht in Resignation versinken. Wir müssen Partizipation, Kommunikation und Dialog fördern. Deshalb hat der Stadtrat entsprechende Stellen beantragt. Die Behörde kann nicht nur verlangen, dass die Leute das oder jenes machen, sondern sie muss versuchen, gut auf die Leute zuzugehen, sie zu

beraten, zu unterstützen und auch kommunikativ weiter zu schärfen, was es bedeutet, ein Netto-Null-Ziel zu erreichen. Ganz wichtig sind sozialverträgliche Lösungen – ohne dass man alle sozialen Probleme gleichzeitig auch noch lösen könnte. Man muss sich vor Augen halten, dass die Aufgabe 20, 30 Jahre dauern wird, um das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Wir sind schon seit 20 Jahren in einer Klimapolitik, aber natürlich noch nicht so intensiv wie jetzt. Da muss man die Bevölkerung und natürlich auch die Behörde an Bord behalten. Man muss sie überzeugen können. Das gelingt, wenn man auch die Vorteile erlebbar machen kann, wenn man sieht, dass ein guter Klimaschutz auch mehr Lebensqualität bringt, mehr Gesundheit, mehr regionale Wertschöpfung statt Kapitalabfluss ins Ausland. Deshalb staunte der Sprechende über das Votum der SVP-Fraktion. Sie ist sonst nicht an vorderster Front, wenn es darum geht, das Ausland zu unterstützen. Es fließen 400 Mio. Franken pro Jahr in Länder ab, die zum Teil nicht eine hohe Meinung von Menschenrechten haben. Auch Innovation und Verantwortungsgefühl müssen angesprochen bleiben. Umwelt- und Mobilitätsdirektor Borgula dankt der Kommission für die gute und konstruktive Diskussion. Vieles, aber nicht alles, was in der Eintretensdebatte vorgetragen wurde, konnte so bereits diskutiert werden. Stadtrat Adrian Borgula geht nun auf ein paar Voten ein:

Es wurde kritisiert, dass die Stromknappheit im Bericht und Antrag nicht erwähnt ist. Diese wurde indirekt sehr wohl erwähnt. Dort, wo wir es schaffen können – das ist im Bereich Solar –, muss die Stadt Gas geben, und das ist die Hauptmassnahme gegen eine Stromknappheit. Patrick Zibung machte in seinem Votum verschiedene Unterstellungen, wie zum Beispiel, dass der Bericht fragwürdige Absichten enthalte und ideologiegetrieben sei. Die Argumentation, dass die Schweiz nur 1 Promille des CO₂-Ausstosses ausmache, scheint dem Sprechenden verantwortungslos. Erstens hat die Schweiz schon ziemlich viel CO₂ verbraucht und zweitens könnten 8 Mia. Leute auf der Welt sagen, dass sie nur ein Achtmilliardstel seien, dass sie das nichts angehe und es die anderen schaffen müssen. Das ist keine brauchbare Argumentation. Aber immerhin stellte der Sprechende fest, dass die SVP-Fraktion sich für Netto-Null 2050 einsetzen will. Beim Thema private Parkierung ist die Massnahme gekippt. Das heisst, diese wird gemäss Beschluss der Baukommission nicht mehr so heiss gegessen wie gekocht. Patrick Zibung empfahl dem Stadtrat, den Bericht zum Projekt «Zukunft Mobilität im Kanton Luzern» (ZuMoLu) zu lesen. Stadtrat Adrian Borgula kann diesem versichern, dass er den Bericht relativ gut gelesen hat, denn er war Teil der Steuerungsgruppe und seine Mitarbeiterin ist Mitglied der Arbeitsgruppe ZuMoLU – es gab also sogar eine Mitwirkung. Die Grundstruktur von ZuMoLu beinhaltet interessanterweise Aspekte, die genau auch die städtische Verkehrspolitik ausmachen, nämlich die vier V: «Verkehr vermeiden, Verkehr verlagern (auf den ÖV, Fuss- und Veloverkehr), Verkehr verträglich gestalten, Verkehr gut vernetzen». Patrick Zibung sagte, ZuMoLu zeige, wie man miteinander Verkehr machen könne. Der Stadtrat ist sehr froh, dass ZuMoLu eine räumliche Differenzierung macht und sagt, nicht der ganze Kanton ist gleich, sondern auf dem Land gibt es andere Prioritäten. ZuMoLu definiert für den urbanen Raum klar: Weniger Autoverkehr, weniger MIV, mehr ÖV. Der Stadtrat hat kürzlich zu diesen Grundsätzen Stellung genommen.

Zum Vorwurf des Bubentricklis, den Jona Studhalter vorbrachte, meint der Sprechende: Bei einem Bubentrickli geht man hinter dem Rücken des Goalies durch. Das macht der Stadtrat nicht. Es ist ihm ein Anliegen, alles transparent darzulegen. Der Stadtrat hat den Auftrag Netto-Null 2030 nicht eins zu eins erfüllt, aber er hat transparent dargelegt, aus welchen Gründen. Ein letzter Punkt betrifft eine Aussage der FDP-Fraktion. Die Mobilität sei vom Programm zu stark betroffen. Diese

Meinung teilt der Stadtrat nicht. Gemäss Kyoto-Protokoll hätte man bis im Jahr 2020 auf minus 20 Prozent der Treibhausgasemissionen von 1990 kommen sollen. Bei den Gebäuden ist man in der Schweiz bei minus 28 Prozent, bei der Mobilität bei plus minus null Prozent Reduktion. Da kann man nicht sagen, man behandle die Mobilität zu restriktiv. Die alleinige Hoffnung auf die Elektromobilität teilt der Sprechende nicht. Auch ein Elektroauto hat einen relativ hohen ökologischen Fussabdruck. Ob ein Zweittonnen-Benziner oder ein Zweittonnen-Elektroauto mit einem Passagier – oder im Schnitt mit 1,3 Passagieren – herumfährt: extrem effizient ist das noch nicht. Der Stadtrat hofft, dass wir aufgrund einer guten und konstruktiven Diskussion am Schluss eine gute Lösung haben, hinter der möglichst alle stehen können. Alle müssen Kompromisse machen, die linke wie die rechte Seite. Es soll ein Programm sein, von dem man sagen kann, das starten wir. Viele Details können in der Folge justiert werden. Es ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen, mit einer überzeugenden, einigermaßen guten – am liebsten natürlich mit einer vollständigen – Mehrheit in die Volksabstimmung zu gehen, um wirklich im Klimaschutz, der dringendst notwendig ist, einen entscheidenden Schritt weiterzukommen und um die Verantwortung für die zukünftigen Generationen zu übernehmen.

Der Antrag der Jungen Grünen zur Rückweisung zur Überarbeitung wird abgelehnt.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 22/2021: «Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern» eingetreten.

DETAIL

Seite 25 ff. 2.4 Weitere Politikbereiche

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion kündigte es an, sie möchte zu diesem Kapitel eine Protokollbemerkung stellen. Es geht um eine zusätzliche Tourismusabgabe. Die Fraktion ist der Meinung, dass alle etwas an die Klimaschutzmassnahmen bezahlen sollen. Die **Protokollbemerkung**

Der Stadtrat prüft, ob die Erhebung einer zusätzlichen Abgabe auf Logiernächte durch die Stadt Luzern auf Basis des Umweltrechts oder anderer Rechtsgebiete möglich ist.

wurde im Vorfeld den Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission und der Ratspräsidentin zugestellt. So wie der Sprechende hörte, haben alle Fraktionen von dieser Protokollbemerkung Kenntnis genommen. Abklärungen mit der Stadtkanzlei ergaben, dass die Stadt nur eine eigene Abgabe erheben kann, wenn diese nicht übergeordnet – d.h. vom Bund oder vom Kanton – geregelt ist. Es sind dahingehend noch weitere Abklärungen nötig. Deshalb stellt die Fraktion diese Protokollbemerkung, die ein Prüfauftrag ist. Es soll geschaut werden, wie die Stadt ihre Gäste aus aller Welt – ob mit oder ohne Tourismuswerbung in Übersee- oder Fernmärkte – dazu bringen kann, dass sie einen kleinen Obolus an die Investitionen bezahlen, die wir hier haben. Es gibt bereits die Beherbergungsabgabe und die Kurtaxe. Die Frage ist, ob man noch eine dritte Abgabe einführen kann.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Protokollbemerkung ist in der Baukommission nicht gestellt worden. Sie wurde den Mitgliedern der Baukommission auch nicht zugestellt. Vielleicht könnte man die Protokollbemerkung zukünftig auch der zuständigen Kommission zustellen.

Lukas Bäurle: Der Antrag ist sympathisch. Ob der Ort und die Zeit für diese Protokollbemerkung optimal ist, überlässt er den Antragstellenden. Die G/JG-Fraktion wird der Protokollbemerkung zustimmen.

Simon Roth: Die Protokollbemerkung wurde ihm gestern Nacht zugestellt. Da man dieses Thema seit sieben Monaten behandelt, könnte man das Gefühl haben, dass es auch früher möglich gewesen wäre, diese Protokollbemerkung zu stellen. Insgesamt denkt der Sprechende, dass mit einem Prüfauftrag vieles geprüft werden kann. Ob es sinnvoll ist oder nicht, ist aus dem Stand heraus schwierig zu beurteilen. Die SP-Fraktion wird dazu unterschiedlich stimmen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Die Protokollbemerkung ist bei der Stadtkanzlei vor knapp einer Woche eingetroffen. Ob es rechtlich möglich ist, kann man noch nicht sagen. Einem Punkt muss man sich aber bewusst sein: Die Forderung würde sich auf die Logiernacht beziehen. Es würde die Leute betreffen, die in der Stadt Luzern logieren. Wenn die Absicht da ist, die Fernreisen zu besteuern oder mit Gebühren zu belegen, ist festzuhalten, dass längst nicht alle in der Stadt Luzern logieren. In dem Sinn wäre es wahrscheinlich eine Ungleichbehandlung.

Stefan Sägesser: Die berechtigte Kritik diverser Seiten nimmt die GLP-Fraktion entgegen. Es tut dem Sprechenden leid, dass die Protokollbemerkung so kurzfristig kam. Die Fraktion wollte sich im Zusammenhang mit der Vision Tourismus nochmals vertieft mit etwas auseinandersetzen, das sie schon länger stört. Muss man nicht irgendwie in Betracht ziehen können, die Klimaschutzmassnahmen durch eine Gebühr bei den Touristinnen und Touristen zumindest abfedern zu können? Stadtrat Adrian Borgula hat durchaus recht. Nicht alle, die in die Stadt Luzern kommen, übernachten in der Stadt. Man spricht von 10 bis 12 Mio. Tagesgästen (vor Corona), die die Stadt in Empfang nimmt. Aus Sicht des Sprechenden sind das noch ungesicherte Zahlen. Das einzige, was man weiss, ist, dass rund 2 Mio. Personen die Kulturhäuser und Museen der Stadt Luzern besuchen. Diese bezahlen eine Billettsteuer, was eine Verbrauchsabgabe ist. Alle anderen, die keine Tempel besuchen, die Kultur in irgendeiner Art und Weise präsentieren, bezahlen nichts. Insofern besteht immer eine Ungleichbehandlung. Aber von denjenigen, die in der Stadt übernachten, hätte man einen gewissen Mitanteil an den Massnahmen, die die Stadt trägt. Die Stadt kann selbstverständlich nicht zu den 70'000 Personen gehen, die im «Aarauerhof» beim Bahnhof in Aarau logieren und als Tagesausflugsziel immer die Stadt Luzern angeben, um sie um einen Obolus anzufragen. Das geht nicht. Aber alle anderen, die in der Stadt Luzern übernachten – zu Spitzenzeiten sind es rund 1,3 Mio. Übernachtungsgäste –, können etwas dazu beitragen.

Andreas Moser ist sonst offen gegenüber neuen Ideen. Aber hier findet er es eine etwas schwierige Schnellschussdiskussion, bei der man nicht abschätzen kann, wie sich das auf das Ganze

auswirken würde. Das wäre wieder eine Inseldiskussion, die ihm nicht behagt. Er tendiert, die Protokollbemerkung abzulehnen.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion wurde von dieser Protokollbemerkung auch etwas überrascht. Der Sprechende stört sich an der Aussage, dass sich der Tourismus auch an den Kosten beteiligen soll. Das tönt so, als würde die Tourismusbranche überhaupt keine Steuern bezahlen. Es ist für ihn nicht nachvollziehbar, wieso man die Tourismusbranche explizit bestrafen will. Die Arbeitnehmer von gewissen Arbeitgebern, die in der Stadt tätig sind, müssen auch anreisen. Ist das die nächste Gruppe, die besteuert werden soll? Der Sprechende versteht den Sinn des kleinen Obolus nicht. Die Stadt Luzern verlangt bereits, es wurde erwähnt, zwei Abgaben. Corona ist im Moment eine genug grosse Bestrafung für den Tourismus, sodass man der Tourismusbranche nicht noch weitere Hürden in den Weg legen muss. Der Sprechende geht davon aus, es ist zwar nicht abgesprochen, dass die SVP-Fraktion die Protokollbemerkung ablehnen wird.

Mike Hauser spricht nicht im Namen der Fraktion, sondern im Namen eines Touristikers. Der Tourismus wird seinen Obolus darangeben müssen. Die Investitionen bzw. energetischen Massnahmen werden ganz viele touristische Betriebe enorm herausfordern. Zudem würde die Protokollbemerkung, wenn sie überwiesen würde, am Schluss dazu führen, dass man darüber spricht, ob nicht jede Veranstaltung, jeder kulturelle Anlass irgendeinen Obolus daran leisten muss. Diese Diskussion möchte er verhindern. Deshalb wird er die Protokollbemerkung ablehnen.

Peter Gmür wird diese Protokollbemerkung ablehnen, wie wahrscheinlich auch seine Fraktion. Er sieht den Sinn nicht wirklich ein, es ist ein wenig eine Wegelagererei. Der Tourist bezahlt ja schon. Was macht man mit den anderen – anscheinend bis zu 10 Mio. – Tagesgästen? Müssen diese auch einen Obolus entrichten, weil sie unsere Sachen benützen, aber anscheinend nichts bezahlen? Das macht den Sprechenden etwas stutzig. Er ist gegen diese Protokollbemerkung.

Die Protokollbemerkung der GLP-Fraktion

Der Stadtrat prüft, ob die Erhebung einer zusätzlichen Abgabe auf Logiernächte durch die Stadt Luzern auf Basis des Umweltrechts oder anderer Rechtsgebiete möglich ist.

ist mit 19 : 21 : 6 Stimmen abgelehnt.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

Der Stadtrat wird gebeten, die Kooperation mit anderen Städten zur Frage der Klima- und Energiestrategie zu intensivieren.

Diese Protokollbemerkung wurde mit 10 : 0 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23 nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung der Baukommission ist somit überwiesen.

Silvio Bonzanigo hat zu diesem Kapitel zwei Klärungsfragen. Seite 53, oben, heisst es: «Flüge auf Basis fossiler Energieträger sind nicht zulässig». Wer ist davon betroffen? Sind das Privatflieger, die in Emmen landen können? Oder ist die Schweizer Luftwaffe davon betroffen? Und als Unterfrage zum selben Thema formuliert: Wären dann «Electric» Air and Space Days zulässig? Unter Kapitel 4.3.2, Betrachtung nach Energieträgern, heisst es: «In allen anderen Sektoren (insbesondere für die Heizwärme) muss für die Bewirtschaftung, den Unterhalt und Neuinvestitionen ab sofort davon ausgegangen werden, dass Biogas [...] in Zukunft nicht zur Verfügung stehen [wird].» Dem Sprechenden scheint das ein Widerspruch zu sein zu anderen Ausführungen. Sie steht in seinen Augen auch im Widerspruch zur Kurzzusammenfassung, zur Lesehilfe, wie sie heisst. Dort wird zum Beispiel angeführt: «Das Potenzial zur Substitution von fossilem durch erneuerbares Gas ist auf etwa ein Viertel des heutigen Verbrauchs beschränkt, [...]» Einerseits meint Silvio Bonzanigo zu lesen, dass es keinen Gasersatz von fossilem Gas durch Biogas gebe und auf der anderen Seite wird das sogar beziffert auf ungefähr ein Viertel. Vielleicht hat er da Verständnisschwierigkeiten. Er würde diese zwei Fragen gerne erklärt erhalten.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hofft, dass er die zwei Fragen genügend beantworten kann. Die erste Frage ist natürlich: Was bedeutet Netto-Null? Das heisst eigentlich, keine Flüge mit fossil betriebenen Flugzeugen. Das ist so. Bei der zweiten Frage geht der Stadtrat davon aus, dass Biogas und vor allem synthetische Gase, die man aus erneuerbaren Quellen gewinnt, in Zukunft für hochtemperaturige Produktionsprozesse eingesetzt werden und in der Regel nicht für Heiz- und Antriebszwecke. Dazu gibt es Geeigneteres. Die beschränkte Menge an Biogas und synthetischen Gasen, die auf erneuerbarer Basis produziert werden, braucht es wahrscheinlich vor allem und fast ausschliesslich für das Prozessgas. Das ist die Meinung dahinter.

Silvio Bonzanigo: Dann nimmt er die Ausführungen auf Seite 81 zum Nennwert, nämlich dass Biogas, so vorhanden, und so nicht für andere, übergeordnete Zwecke einzusetzen ist, weiterhin dort

für Heizzwecke verwendet werden kann, in denen keine andere Lösung zur Verfügung steht. Ist das richtig so?

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula nickt dazu.

Seite 82 f. 6.8.1 Langfristige Zielsetzungen

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission beantragt folgende Protokollbemerkung:

Auch stadteigene Liegenschaften im Finanzvermögen werden bis 2030 auf Wärmeversorgung mit 100 Prozent erneuerbare Energie umgestellt.

Diese Protokollbemerkung wurde mit 7 : 0 : 3 Stimmen, bei einer Abwesenheit, überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23.

Roger Sonderegger: Die Protokollbemerkung aus der Baukommission führte in der Mitte-Fraktion zu lebhaften Diskussionen. Der Grund ist, dass die Fraktion zusätzliche Informationen hat, die die Baukommission noch nicht hatte. Die Baukommission wusste nicht, dass das Konsequenzen hat. Das Instrument des Stadtratsbeschlusses ist in dem Fall sehr wertvoll. Wir wissen jetzt, ungefähr, der Stadtrat zeigte es auf, was das bedeutet. Die Investitionen an Manpower und die Investitionen an Anlagen in diesen Liegenschaften sind gewaltig. Es gibt zwei Aufträge bezüglich Finanzvermögen: Der eine Auftrag ist der, der jetzt miteinander diskutiert wird, nämlich ein klimapolitischer. Der andere ist ein Renditeauftrag. Die Finanzliegenschaften sind gesetzlich so geregelt, dass man nicht alles auf eine Karte setzen kann und die Rendite gar nichts mehr wert ist in der Güterabwägung. Die Mitte-Fraktion ist nach der Diskussion zu folgenden Schlüssen gekommen: Sie findet es wichtig, dass bei den Finanzliegenschaften etwas geht. Nichts zu machen ist für die Fraktion definitiv keine Option. Die Fraktion überlegte sich, wie man mit den Jahreszahlen umgehen kann: Netto-Null 2030, das hat man nun gesehen, ist für die Mitte-Fraktion zu früh. Es ist ineffizient und steht in einem Zielkonflikt mit den Renditeerwartungen, die die Stadt mit diesen Liegenschaften auch hat. Es ist ein Ort, wo wir die Mittel zur Einsparung von CO₂ nicht effizient einsetzen. Heute werden im Rat diverse andere Bereiche diskutiert, wo man einen Franken besser einsetzen kann, um CO₂ zu sparen. Also müsste man gemäss dieser Argumentation die Protokollbemerkung ablehnen. Es ist nämlich ein ineffizienter Mitteleinsatz am falschen Ort. Aber, der Sprechende sagte es am Anfang, die Mitte-Fraktion findet es wichtig, dass etwas geht. Wenn die Protokollbemerkung abgelehnt würde, wäre man quasi bei 2040, weil 2040, so wie es gerade aussieht, alle Liegenschaftseigentümer in der Stadt Luzern bei Netto-Null sind. Also könnte man jetzt diskutieren: 2030 ist zu früh, 2040 ist zu spät, also vielleicht 2032, 2035 oder 2038. Man kann endlos mit diesen Zahlen spielen. Richtig oder falsch ist keine. Die einzig sinnvolle Jahreszahl bei dieser Ausgangslage ist aus Sicht der Mitte-Fraktion 2035. Deshalb möchte die Fraktion der **Protokollbemerkung**, die die Baukommission mit einer Mehrheit überwiesen hat, eine andere gegenüberstellen, die folgendermassen lautet:

Auch stadteigene Liegenschaften im Finanzvermögen werden bis 2035 auf Wärmeversorgung mit 100 Prozent erneuerbare Energie umgestellt.

Die Protokollbemerkung ist in dem Sinn nicht neu. Nur die Jahreszahl ändert von 2030 auf 2035.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Protokollbemerkung mit dem Antrag 2035, wie sie Roger Sonderegger soeben vorgelesen hat, ist in der Baukommission auch behandelt worden. Die zwei Protokollbemerkungen (2030 und 2035) wurden einander gegenübergestellt und 2030 obsiegte mit 7 : 3 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit.

Andreas Moser: Die Protokollbemerkung der Mitte-Fraktion mit der Jahreszahl 2035 rennt bei der FDP-Fraktion offene Türen ein. Der Sprechende sagte es bereits beim Eintreten: Man muss auch noch personelle Mittel einstellen. Die FDP-Fraktion unterstützt die Protokollbemerkung der Mitte-Fraktion.

Patrick Zibung teilt die Haltung, dass die Zeitspanne 2030 zu kurz ist; das wäre bereits in acht Jahren. Es verursacht massive Investitionen und ist deshalb aus Sicht der SVP-Fraktion wirtschaftlich nicht nachhaltig. Es ist aber auch ökologisch unsinnig, bestehende Anlagen herauszureissen, wenn sie das Ende der Lebensdauer noch nicht erreicht haben. Der Sprechende sagte bereits im Eintreten, dass Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen gleichbehandelt werden sollten. Die Gleichbehandlung ist aber das einzige, was die SVP-Fraktion an dieser Protokollbemerkung gut findet. Da die Fraktion die fixe Zahl 2030 ablehnt, lehnt sie auch die Protokollbemerkung ab. Die SVP-Fraktion befürchtet, dass es in diesem Fall gleich herauskommen könnte wie mit dem Behindertengleichstellungsgesetz, als man irgendwann merkte, dass man etwas machen sollte, aber am Schluss die Zeit dafür nicht mehr reichte. Wenn man diese Protokollbemerkung annimmt, ist der Zeitpunkt schon hinter uns. Die SVP-Fraktion wird auch die Protokollbemerkung 2035 ablehnen. Die Fraktion ist der Auffassung, dass 2040 ausreichend ist.

Nico van der Heiden findet den Stadtratsbeschluss zu dieser Protokollbemerkung auch gut; er brachte viel Klärung. Es wäre schön gewesen, diese Information bei der dritten Sitzung der Baukommission bereits vorliegend gehabt zu haben. Die Argumente des Stadtrates kann die SP-Fraktion gut nachvollziehen. Deshalb kann sie hier auch Kompromissbereitschaft zeigen. 2035 macht Sinn. Viele sagten das bereits im Eintretensvotum; der Sprechende tat es noch nicht, aber er wiederholt es gerne. Aus Sicht der SP-Fraktion möchte er festhalten, weshalb es auch als Zeichen wichtig ist. Wir können nicht den Privaten Vorschriften machen, ihnen sagen, sie müssen energetisch etwas unternehmen, Rendite hin oder her, und bei Liegenschaften im Finanzvermögen – genau aus Renditegründen – sagen, man könne seitens Stadt energetisch jetzt nichts machen. Es muss da etwas gehen. 2035 scheint der SP-Fraktion ein sinnvoller Zielwert zu sein. Der Sprechende bräuchte nun vom Stadtrat noch etwas Hilfe. Er notierte sich, dass jetzt der Zeitpunkt wäre, um beim Beschluss unter Ziffer II einen Punkt zu ergänzen. Unter Ziffer II. 8 sollte die Krediterhöhung eingefügt werden, damit die Arbeiten auch passieren können. Sinnvollerweise müssen Personalmittel gesprochen werden, nicht Sanierungskosten. Der Stadtrat sagt, bei der Forderung 2030 bräuchte es 6,21 Mio. Franken. Der Sprechende bittet den Stadtrat, heute oder an der nächsten

Sitzung zur Klima- und Energiestrategie zu sagen, wie viele Millionen Franken es bräuchte, wenn 2035 mehrheitlich beschlossen würde. Nico van der Heiden würde dann entsprechend den Antrag stellen, unter Ziffer II den Punkt 8 zu ergänzen.

Lukas Bäurle: In der Fraktion waren sich fast alle einig, dass auch das Finanzvermögen angegangen werden muss. Die Bevölkerung versteht sonst nicht, wieso nur ein Drittel der stadteigenen Gebäude betroffen ist. Nun zeigt sich, dass das schwierig zu erreichen ist. Man müsste zum Beispiel Ausnahmeanartikel definieren für Gebäude, bei denen beispielsweise ein Wärmeverband absehbar ist, aber vielleicht erst im Jahr 2032. Somit kann die G/JG-Fraktion dem Vorschlag 2030/2035 für Verwaltungs- und Finanzvermögen zustimmen. Der Sprechende bittet, auf die nächste Ratssitzung die finanziellen Auswirkungen bezüglich Personal zu klären. Es wäre inkonsequent, wenn man bei Einigkeit, dass die Gebäude im Finanzvermögen schneller fossilfrei werden sollen, nicht auch den Kredit erhöht. Zur Aussage «ökologisch unsinnig», meint der Sprechende, dass es schön ist, dass sich die SVP-Fraktion Sorgen um die graue Energie macht. Aber da handelt es sich um Gasverrichtungsmaschinen. Man spricht vielleicht von 1'000 Kilowattstunden für die Produktion einer solchen. Sie verbrauchen aber 10'000 bis 30'000 Kilowattstunden pro Jahr. Das Thema ist somit relativ schnell erledigt. Anders sieht es vielleicht bei einem Geschirrspüler aus. Der Sprechende diskutiert das aber gerne noch mit Einzelnen. Die graue Energie ist bei einem Heizungssystem relativ schnell wieder draussen.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion ist mit dem Vorschlag von der Mitte-Fraktion (2035) einverstanden. Was würde das betragsmässig heissen? Die Fraktion ist gespannt auf die Erläuterungen vonseiten Stadtrat Borgula oder vielleicht von Stadträtin Bitzi.

Jona Studhalter: Es wird Profit aus dem Finanzvermögen über das Klima gestellt. Man weicht von 2030 ab. Deshalb können die Jungen Grünen der Gegenüberstellung der Mitte-Fraktion nicht folgen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat kann viel, aber nicht aus dem Stand heraus berechnen, was das bis 2035 kosten würde. Bis zur nächsten Ratssitzung kann das abgeklärt werden. Der Stadtrat opponierte dieser Protokollbemerkung. Das heisst nicht, dass er nichts machen will bei den Finanzliegenschaften; aber 2030 ist dem Stadtrat zu ambitiös. Wenn sich für 2035 eine Mehrheit abzeichnet, wird der Stadtrat auf die nächste Sitzung berechnen, was für Personalmittel erforderlich wären.

In der Gegenüberstellung der Protokollbemerkung der Baukommission

Auch stadteigene Liegenschaften im Finanzvermögen werden bis 2030 auf Wärmeversorgung mit 100 Prozent erneuerbare Energie umgestellt.

mit der Protokollbemerkung der Mitte-Fraktion

Auch stadteigene Liegenschaften im Finanzvermögen werden bis 2035 auf Wärmeversorgung mit 100 Prozent erneuerbare Energie umgestellt.

obsiegt die Protokollbemerkung der Mitte-Fraktion.

In einer weiteren Abstimmung wird die Protokollbemerkung der Mitte-Fraktion

Auch stadteigene Liegenschaften im Finanzvermögen werden bis 2035 auf Wärmeversorgung mit 100 Prozent erneuerbare Energie umgestellt.

überwiesen.

Seite 85 6.8.2.4 Finanzielle Anreize

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

Die Stadt Luzern verlangt im Einzugsgebiet von thermischen Netzen, dass bestehende oder neue Bauten für die Nutzung von Wärme oder Kälte an diese thermischen Netze angeschlossen werden.

Diese Protokollbemerkung wurde einstimmig (11 : 0 : 0) überwiesen.

Der Stadtrat opponiert dieser Protokollbemerkung gemäss StB23 nicht.

Roger Sonderegger und die Mitte-Fraktion empfehlen, diese Protokollbemerkung dringend abzulehnen. Sie tönt gut. Sie tönt effizient. Es kommen mehr Leute an ein Fernwärmenetz. Aber sie macht die Leute unglücklich. Sie macht die unglücklich, die anschliessen müssen, weil sie ja nicht wollen, sonst müsste man sie nicht verpflichten; sie macht die unglücklich, die es verkaufen müssen, weil sie jemandem etwas verkaufen müssen, das er nicht will. Das ist kein lustiger Job, mit jemandem einen Vertrag auszuhandeln, der das überhaupt nicht will. Der Preis ist auch vorgegeben; man gesteht diesem vermutlich nicht eine Sonderkondition zu. Am Schluss hat man auch noch unglückliche Leute in der Verwaltung, weil sie irgendeinem sagen müssen, er müsse eine Heizung einbauen und bezahlen, die er selber nicht will. Die Geschichte tönt charmant. Der Sprechende hat in seinem Leben einmal zwei Jahre lang Fernwärmeanschlüsse verkaufen dürfen. Alle im Team fürchteten die Massnahme, weil es unglückliche Kunden machte. Wehe, wenn dann etwas nicht funktionierte oder es irgendeine Garantieleistung gab. Die Probleme waren und sind vorprogrammiert. Der Sprechende befürchtet, dass das bei der Fernwärme ans Image geht, wenn man solche Massnahmen durchführt. Der erste Grund ist also: Es macht die Leute unglücklich. Der zweite Grund ist: Gleichbehandlung der Kunden. Das ist ziemlich schwierig. Man nimmt zum Beispiel ein Gebiet, in dem zehn an das Wärmenetz anschliessen wollen und einer nicht. Das wäre aber ein guter Kunde. Er hat eine alte Heizung, er braucht relativ viel Energie. Man sagt ihm, er müsse jetzt ans Wärmenetz anschliessen. Dieser aber fragt, weshalb muss mein Nachbar nicht? Irgendjemand aus der Verwaltung muss dann entscheiden, dass der eine anschliesst und der andere nicht. Das sind schwierige Fragen, die sich zum Thema Gleichbehandlung stellen. In den Erwägungen des Stadtrates zu dieser Protokollbemerkung (StB 23) schreibt er ganz am Schluss, dass das Instrument der Anschlussverpflichtung «möglicherweise im einen oder anderen Fall [wird] zur Anwendung kommen müssen». Die Baukommission verlangte aber etwas anderes: «Die Stadt Luzern verlangt im Einzugsgebiet von thermischen Netzen, dass bestehende oder neue Bauten für die Nutzung von Wärme oder Kälte an diese thermischen Netze angeschlossen werden.» Das tönt nicht nach Einzelfall. Das tönt durchaus vielleicht nach zwei, drei oder vier Fällen. Der dritte Grund,

weshalb die Protokollbemerkung nicht so toll ist, ist, dass sie eine Technologie vorschreibt. Mehr Dichte am Netz: Das tönt super. Das tönt besser für den Fernwärmeanbieter. Aber wer sagt denn, dass die Liegenschaftseigentümer nicht ein Jahr oder zwei Jahre später, vielleicht auch wenn die Liegenschaft die Hand gewechselt hat, eine Hackschnitzelheizung oder eine Luft-Wasser-Wärmepumpe eingebaut hat? Technologisch ist das auf einen Pfad gebunden und die Leute sind nicht mehr frei in der Wahl. Wie gesagt: Eine Anschlusspflicht tönt auf den ersten Blick gut. Aber sie ist aus Sicht von Roger Sonderegger zurecht gefürchtet unter denen, die diese verkaufen. Das sollte dem Parlament ein Zeichen sein. Es wird, wenn man einzelne Liegenschaften dazu zwingt, bad news geben, die nach aussen getragen werden. Die Betroffenen werden sich Gehör verschaffen. In der Konsequenz findet der Sprechende es eine relativ gefährliche Massnahme. Deshalb plädiert er dafür, diese Protokollbemerkung unbedingt abzulehnen. Es gibt unter dem Strich mehr Fernwärmeanschlüsse, wenn man die Pflicht nicht braucht. Ausserdem könnte man sie heute schon brauchen. Daran, dass sie noch nie gebraucht worden ist, sieht man, dass sie vielleicht eben nicht so toll ist.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat versteht die Protokollbemerkung folgendermassen: Er soll an die Möglichkeit einer Anschlusspflicht – die unter definierten Bedingungen des Kantons gegeben ist – denken dürfen und sollen, diese anzuwenden, aber nicht flächendeckend und generell. Flächendeckend und generell ist sowieso nicht möglich, weil die Pflicht an Wirtschaftlichkeitsbedingungen und so weiter angehängt ist. Aber eine Anschlusspflicht ist für gewisse Konstellationen wirklich sehr gut zu überlegen. Doch es ist ein schwieriges Unterfangen. Da gibt der Sprechende Roger Sonderegger recht.

Nico van der Heiden möchte die Protokollbemerkung verteidigen, nachdem der Stadtrat eher defensiv auf das vorherige Votum geantwortet hat. Man wird mit dieser Massnahme Leute unglücklich machen, wie noch ein paar Mal mehr mit diesem Bericht und Antrag. Man wird Leuten sagen, dass sie Ökostrom beziehen müssen. Da wird es auch Leute geben, die unglücklich werden. Man wird Leuten öffentliche Parkplätze wegnehmen. Der Klimaschutz macht alle von uns etwas unglücklich, wenn wir auf gewisse Sachen verzichten müssen. Das ist für den Sprechenden per se kein Argument. Wir müssen uns alle irgendwo etwas ändern. In seinem Verständnis lautet die Überlegung so: Kann man mit einer entsprechenden BZO-Vorschrift parzellenscharf Zonen festhalten? Nico van der Heiden meint Ja. In seiner Vorstellung ist es tatsächlich so: Wenn man ein Gebiet hat, das mit so einem Netz belegt ist und dermassen viel Geld kostet, dann müssen diese Netze auch flächendeckend genutzt werden. In seiner vielleicht naiven Vorstellung sind das dann Gebiete, wo man mittelfristig das Gasnetz abstellen kann, weil man es nicht mehr braucht. Zwei parallele Netze nebeneinander fände der Sprechende völlig unsinnig. Wenn man ein Gebiet super erschliessen kann, dann macht es wirklich Sinn, dass sich alle an das Fernwärmenetz anschliessen, auch wenn das die einen oder anderen unglücklich macht.

Lukas Bäurle ist etwas überrascht über die grosse Opposition. Erstens gibt es § 6 des kantonalen Energiegesetzes. Darin kann man nachlesen, was alles bereits vorgesehen ist. Zweitens scheint es ihm ein wenig eine «Not in my backyard»-Diskussion. Es müssen genügend mitmachen, damit

es für alle wirtschaftlich wird. Wir stellen damit das Wohl der Allgemeinheit über das Wohl von wenigen Einzelnen.

Andreas Moser: Es sind nun zwei, drei sehr gute Erklärungen vorgebracht worden. Es geht darum, ein Instrument in der Hand zu haben, um Inseln zu verhindern, wo einzelne Sachen gemacht werden, und um ein grösseres Netz zu machen, das am Schluss, wenn sich mehrere daran beteiligen, günstiger wird. Darum unterstützt die FDP-Fraktion die Protokollbemerkung.

Roger Sonderegger: Man kann es auch so anschauen: Wenn das Netz extrem attraktiv ist zum Anschliessen, braucht es keine Pflicht. Das Angebot müsste eigentlich so super sein, dass man gerne freiwillig anschliesst. Wenn man eine Pflicht einsetzen muss, ist es eben nicht so ein toller Anreiz. Wenn viele anschliessen, aber einer im gleichen Gebiet dazu gezwungen werden muss oder zwei, drei dazu gezwungen werden müssen, ist das vom Anreizsystem her nicht so förderlich.

Andreas Moser: Wenn ein solches Fernnetz aufgebaut wird, braucht es eine gewisse Anzahl Leute, die mitmachen. Mit diesem Instrument hat man die Möglichkeit, Druck auszuüben, damit sich mehr Leute dem Fernnetz anschliessen; so wird es gesamthaft günstiger. Es kann nicht sein, dass in einem Gebiet, wo ein Fernnetz aufgebaut wird, Ölheizungen oder andere Sachen parallel betrieben werden. Es braucht einen Anfang. Genau für das ist das Instrument.

Nico van der Heiden hat grössten Respekt davor, dass Roger Sonderegger während zweier Jahre Fernwärmeanschlüsse promotete. Aus seiner Sicht hinkt aber der soeben vorgebrachte Vergleich etwas. Roger Sonderegger bewegte sich damals auf dem freien Markt und versuchte, die Leute an dieses Netz anzuschliessen. Damals kämpfte er gegen Erdsonden, gegen Gas oder Erdöl für seine Lösung. Das ist nachher nicht mehr so; es gibt keine Diskussion mehr. Es ist auch nicht so, dass der eine dazu gezwungen wird und der andere nicht. Alle in diesem Gebiet werden dazu gewonnen. Es gibt keine Verkaufsverhandlungen, keinen Vergleich mehr als Hausbesitzer. Die Stadt sagt, dass er ans Fernwärmenetz anschliessen müsse, ob er das doof finde oder nicht. Es gibt keine Alternative mehr.

Silvio Bonzanigo möchte vom Stadtrat wissen, ob man reglementarische Bestimmungen entwickeln könnte für die Haushalte, die eine Wärmepumpe eingebaut und diese erst zu fünf Prozent amortisiert haben. Könnte man für solche Einzelfälle individuelle Übergangslösungen treffen? Im Übrigen stimmt Silvio Bonzanigo dem Grundsatz von Nico van der Heiden zu. Dort, wo ein Netz ist, soll es auch genutzt werden. Das hat mit dem Nutzen des Netzes an sich zu tun und senkt die Amortisations- und Betriebskosten vom Netz, wenn überhaupt alle daran angeschlossen sind.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Stand heute und aus dem Stand heraus braucht es keine städtische Reglementsanpassung. Die kantonalen Bestimmungen im § 6 zeigen, unter welchen Bedingungen eine Anschlusspflicht durchgesetzt werden kann. Die Stossrichtung dieser Protokollbemerkung war: Wendet dasjenige Instrument an, das der Kanton möglich macht. Zum Thema Bau- und Zonenordnung (BZO): Ein BZO-Verfahren dauert relativ lange. Es müssten

alle Stufen durchlaufen werden und ist wahrscheinlich nicht so geeignet, um die Anschlussgebiete quasi im Vornherein zu sichern. Da hat der Sprechende Bedenken.

Die Protokollbemerkung der Baukommission

Die Stadt Luzern verlangt im Einzugsgebiet von thermischen Netzen, dass bestehende oder neue Bauten für die Nutzung von Wärme oder Kälte an diese thermischen Netze angeschlossen werden.

ist überwiesen.

Seite 86 6.8.2.6 Vorbildwirkung

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

Der Ersatz des Wärmeerzeugers wird bei allen Gebäuden des Finanz- und des Verwaltungsvermögens, wenn immer möglich, im Zusammenhang mit einer energetischen Teil- oder Gesamtsanierung durchgeführt. Bei Gebäuden, bei denen bis spätestens 2040 keine energetische Teil- oder Gesamtsanierung erfolgt, kann der Ersatz des Wärmeerzeugers auch als isoliertes Projekt erfolgen. Spätestens ab 2030 ist auf Biogas umzustellen.

Diese Protokollbemerkung wurde mit 9 : 1 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23 nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung der Baukommission ist somit überwiesen.

Seite 93 f. 8.1.1.2 Verschärfung der Absenkpfade, neue Teilziele für den Bereich Mobilität (Art. 5)

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission stellt folgenden **Antrag:**

In Art. 5 Abs. 1 lit. b wird bei 2030 2,4 zu 1,2 t CO₂-Äquivalente pro Kopf geändert.

Dieser Antrag wurde mit 6 : 4 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, überwiesen. Damit müssten die Treibhausgasemissionen gegenüber dem Vorschlag des Stadtrates deutlich rascher gesenkt werden. Das Ziel Netto-Null-CO₂ 2040 würde aber unverändert bleiben.

Der Stadtrat opponiert dem Antrag gemäss StB 23.

Rückkommen

Seite 92 8.1.1.1 2000-Watt-Gesellschaft (Art. 3)

Jona Studhalter von den Jungen Grünen stellt folgenden **Antrag:**

In Art. 3 Abs. 2 wird Netto-Null 2030 im Reglement festgeschrieben.

Das hat einen Einfluss auf den Antrag der Baukommission, falls dem Antrag der Jungen Grünen stattgegeben würde. Der Sprechende möchte beliebt machen, zuerst über den Antrag der Jungen Grünen abzustimmen.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Der Antrag der Jungen Grünen wurde in der Baukommission ebenfalls gestellt und mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Aus der Grossen Stadtrat erfolgt keine Wortmeldung zum Antrag der Jungen Grünen (Art. 3).

Der Antrag der Jungen Grünen ist abgelehnt.

Fortsetzung der Diskussion um Art. 5 Abs. 1 lit. b gemäss Antrag der Baukommission:

Aus dem Grossen Stadtrat erfolgt keine Wortmeldung zum Antrag der Baukommission (Art. 5).

Der Antrag der Baukommission

**In Art. 5 Abs. 1 lit. b wird bei 2030 2,4 zu 1,2 t CO₂-Äquivalente pro Kopf geändert.
ist mit 24 : 22 : 0 Stimmen überwiesen.**

Seite 94 f. 8.1.1.3 Zielsetzung für Solarstrom (Art. 5a)

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission **beantragt**, die Zahlen für den Zubaupfad wie folgt zu ändern:

- **2020: 10 MWp (Ausgangswert)**
- **2025: 30 ~~38~~ MWp**
- **2030: 60 ~~67~~ MWp**
- **2035: 90 ~~95~~ MWp**
- **2040: 120 ~~123~~ MWp**
- **2045: 150 ~~152~~ MWp**
- **2050: 180 MWp**

Dieser Antrag wurde in der Kommission mit 8 : 1 : 1 Stimmen, bei einer Abwesenheit, überwiesen. Damit soll ein gleichmässigerer Zubau von Solarstrom angestrebt werden. Das Ziel von 180 MWp bis 2050 bleibt unverändert.

Der Stadtrat opponiert dem Antrag im StB 23.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Der Antrag der Baukommission

In Art. 5a werden die Zahlen für den Zubaupfad wie folgt geändert:

- 2020: 10 MWp (Ausgangswert)
- 2025: 30 MWp
- 2030: 60 MWp
- 2035: 90 MWp
- 2040: 120 MWp
- 2045: 150 MWp
- 2050: 180 MWp

ist somit überwiesen.

Seite 96 f. 8.1.2 Änderung des Reglements für eine nachhaltige städtische Mobilität

Jona Studhalter: Der Stadtrat will in Art. 5 Abs. 1 des Reglements für eine nachhaltige städtische Mobilität die Verkehrsbelastung bis 2040 gegenüber 2010 um 15 Prozent reduzieren. Die Jungen Grünen stellen folgenden **Antrag:**

Der motorisierte Individualverkehr ist bis 2040 gegenüber 2010 um 30 Prozent zu reduzieren.

Patrick Zibung ging davon aus, dass die FDP-Fraktion ihren Antrag aus der Baukommission nochmals stellen würde. Da sie es nicht macht, stellt die SVP-Fraktion den **Antrag** zu Art. 5 Abs. 1:

Keine Änderung von Art. 5 Abs. 1, sondern die ursprüngliche Fassung.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Der Antrag auf eine Reduktion von 30 Prozent und der Antrag, keine Änderung vorzunehmen, wurden in der Baukommission auch gestellt. Es lagen auch noch weitere Anträge vor. Diese Anträge wurden zuerst einander gegenübergestellt und am Schluss dem Antrag des Stadtrates gegenübergestellt. Übriggeblieben ist der Antrag, wie er vom Stadtrat bei Art. 5 Abs. 1 zum motorisierten Individualverkehr vorliegt.

Roger Sonderegger von der Mitte-Fraktion stellt einen weiteren Antrag, den er – er entschuldigt sich dafür – etwas spät stellt. Die Idee ist aber einfach zu verstehen: Es gibt bis jetzt ein Reglement für die nachhaltige städtische Mobilität, das verlangt, angebunden auf das Jahr 2010, keinen Mehrverkehr auf der Strasse bzw. auf dem MIV abzuwickeln. Im Bericht wird, bezogen auf den Stadtkordon, eine Abnahme von 8,5 Prozent ausgewiesen. Wir haben eine Plafonierung im Reglement, und in Realität sind wir bei minus 8,5 Prozent. Jetzt kann man sagen, wir müssen ambitionierter sein und minus 15 Prozent als Ziel anvisieren. Damit schreiten wir ungefähr den Pfad weiter, auf dem wir sowieso schon sind. Das ist nachvollziehbar. Der Vorschlag der Mitte-Fraktion ist so: Wir machen eine neue Plafonierung, minus 8,5 Prozent, also dort, wo wir 2020 standen. Die Idee ist dieselbe wie vor 10 Jahren. Es gibt eine Plafonierung und die Verkehrsbelastung darf sinken, aber nicht steigen. Das ist eine ähnliche Formulierung für ein ähnliches Anliegen. Aus Sicht der Mitte-Fraktion ist das gut nachvollziehbar, einfach zu kommunizieren und kann zur Erfüllung der Klimaziele einen Beitrag leisten. Der **Antrag** lautet wie folgt:

Die Stadt setzt sich dafür ein, dass die Verkehrsbelastung auf dem übergeordneten Straßennetz gegenüber 2020 nicht weiter zunimmt. Der Mehrverkehr wird in erster Linie durch öffentliche Verkehrsmittel, Fuss- und Veloverkehr abgewickelt.

Der Text ist also so wie ursprünglich, nur die Jahreszahl 2020 kommt hinzu.

Nico van der Heiden: Wenn man sich ein ambitioniertes Ziel im Verkehr setzen will, dann wären es die minus 30 Prozent MIV aus dem Antrag von Jona Studhalter. Denn die minus 15 Prozent, die der Stadtrat und nun auch Roger Sonderegger vorschlagen, liest der Sprechende auch so: Das ist eine Reduktion, die sowieso passiert. Auf diesem Pfad sind wir, es passiert, ohne dass man Parkhäuser sprengen müsste oder dem MIV auf der Seebrücke eine Spur wegnimmt. Es wird in der Innenstadt weniger Auto gefahren. Das ist erfreulich. Das Ziel von minus 15 Prozent scheint Nico van der Heiden höchstens ambitioniert vernünftig, aber sicher nicht überambitioniert. Von da her kann die SP-Fraktion dem so zustimmen.

Einer Plafonierung auf dem Niveau 2020 will der Sprechende nicht zustimmen. Das würde heissen, dass man sagt, so viele Autos, wie wir heute in der Stadt haben, finden wir gut und so viele dürfen weiterhin herumfahren. Das entspricht nicht der politischen Haltung der SP-Fraktion, die eine weitere Verringerung des MIV will. Vielleicht nicht gerade in die Richtung, wie sie Jona Studhalter anstrebt – das scheint der Fraktion vor dem Hintergrund, dass auf städtischer Ebene die Instrumente, um das zu erreichen, etwas fehlen und es deshalb nicht ehrlich wäre, den Stimmbürgern minus 30 Prozent MIV zu versprechen –, aber die Fraktion kann zu dem stehen, was sowieso passiert, nämlich minus 15 Prozent.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Wie erwähnt, lagen verschiedene Varianten in der Baukommission vor. Aber die Variante der Mitte-Fraktion ist neu und wurde in der Baukommission nicht diskutiert.

Stefan Sägesser findet es in Anbetracht dessen, was er eingangs sagte, einen sympathischen Vorschlag von Roger Sonderegger. Um den Klima- und Energiebericht durchzubringen, müssen wir zusammenstehen. Aber wir sind bereits auf dem Weg. Die GLP-Fraktion lehnt nach interner Diskussion den Antrag der Mitte-Fraktion ab und bleibt bei der von der Baukommission überwiesenen Version.

Jona Studhalter: Für die Jungen Grünen kommt eine Plafonierung des aktuellen Verkehrsvolumens nicht in Frage. Die Reduktion des Verkehrsaufkommens von 7 Prozent könnte man auch so erklären, dass sehr wahrscheinlich die Autos in den letzten 10 Jahren einfach um 7 Prozent größer geworden sind. Das heisst, de facto brauchen die Autos genau gleich viel Platz auf den Straßen. Wir brauchen eine Verringerung des Verkehrsaufkommens. Es geht nicht nur um das Klima, aber es geht auch um das Klima. Die E-Autos haben im Vergleich zu fossil betriebenen Fahrzeugen einen zirka halb so hohen CO₂-Ausstoss pro Kilometer. Von da her – und auch im Sinn des Durchgangsbahnhofs – brauchen wir eine weitere Reduktion, um auf den Modalsplit zu kommen.

Andreas Moser: Die FDP-Fraktion lehnt die Variante der Jungen Grünen (30 Prozent) ab. Ein weiterer Antrag zu diesem Thema wird seitens Fraktion folgen.

Patrick Zibung ist mit der Aussage von Jona Studhalter nicht einig. Es geht bei diesem Bericht und Antrag um die Klimastrategie. Da geht es nur um das Klima und nicht um irgendwelche Umverteilungen von öffentlichem Raum. Man kann fordern, was man will. Ob es umsetzbar ist, ist eine andere Frage. Eine Reduktion des Verkehrsaufkommens von 30 Prozent oder gar 50 Prozent ist utopisch. Die Stadt hat diesbezüglich keine Kompetenz, das alleine zu entscheiden. Ihre Instrumente sind viel zu klein oder nicht genug wirkungsvoll. Man spricht vom Zeithorizont 2040. Bis dann werden alle Autos klimaneutral sein, ob Verbrenner- oder Elektrofahrzeuge. Der Sprechende ist zu hundert Prozent überzeugt, dass im Jahr 2040 alle Autos klimaneutral unterwegs sein werden.

Lukas Bäurle: Der Vorschlag der Mitte-Fraktion ist in den Augen der G/JG-Fraktion sympathisch und nachvollziehbar. Aber die Fraktion will noch mehr für das Klima erreichen. Zur Veranschaulichung: Die heutigen E-Autos haben immer noch einen Fussabdruck von zirka 80 Gramm CO₂ pro Kilometer. Dieser Wert liegt nicht viel unter einem Benziner. Der Sprechende erwähnte es bereits: 50 Prozent der Luzerner Haushalte haben kein eigenes Auto; da geht also noch mehr. Das Ziel darf ambitioniert sein und auch so im Bericht und Antrag stehen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat plädiert für die Variante 15 Prozent. Das ist einigermassen ambitioniert. Es ist klar, die Stadt hat nicht uneingeschränkte Möglichkeiten. Eine Reduktion von 15 Prozent des Verkehrsvolumens ist die Basis für die Erarbeitung der nächsten Mobilitätsstrategie. Der Sprechende ist mit der Aussage von Lukas Bäurle einig: Klimaneutrales Fahren im Jahr 2040 wird mit der heutigen Elektrotechnologie nicht erreicht werden können. Man muss sich bewusst sein, dass der ökologische Rucksack eines E-Autos nicht unbedenklich bzw. relativ hoch ist. Aus Sicht des Klimaschutzes muss man dort etwas zulegen. Es geht viel um Kantonsstrassen und dort kann die Stadt nicht direkt steuern. Aber der Stadtrat merkte, dass die Zielsetzung «Plafonierung 2010» Wirkung zeigte. Sie hatte eine Wirkung auf die Mobilitätspolitik, aber auch eine Wirkung auf den Dialog mit den Partnern. Der Dialog ist nicht immer konfliktfrei mit den Gemeinden in der Umgebung und mit dem Kanton, aber die Richtung stimmt und der Stadtrat plädiert für die gut umsetzbaren 15 Prozent Reduktion gegenüber dem Jahr 2010. Roger Sonderegger sagte, dass man schon damals plafonierte, dass die Verkehrsbelastung als Konsequenz abnahm, und dass das auch in Zukunft so gehen werde. Wenn dem so ist, kann man es auch gleich als Ziel setzen. Das gibt dem Stadtrat in den Verhandlungen und im Dialog – auch mit dem Kanton – eine bessere Basis. Aber es sind Zielvorgaben; das darf man nicht vergessen. Die Stadt kann diese Vorgaben nicht einklagen. Aber wenn die Bevölkerung sagt, dass sie das will, dann gilt das und hat nebst dem Klimaeffekt auch einen positiven Effekt auf die Lebensqualität und auf andere Verkehrsarten, die per se klimafreundlicher sind, nämlich auf den öffentlichen Verkehr, Fuss- und Veloverkehr.

Andreas Moser: Die FDP-Fraktion und andere Bürgerliche haben bei diesem Thema eine andere Haltung. Deshalb stellt die FDP-Fraktion einen **Antrag**, den sie schon in der Baukommission einbrachte:

Keine Änderung in Art. 5 Abs. 1, sondern die ursprüngliche Fassung.

Die FDP-Fraktion möchte keine Insellösung, ihr erscheint die Massnahme im Kontext mit dem Kanton als zu hart. Deshalb dieser Antrag. Es ist einer der wichtigen Punkte der FDP-Fraktion.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Kanton macht in seinem Projekt «Zukunft Mobilität im Kanton Luzern» eine räumliche Differenzierung und sagt, dass er in den urbanen Räumen in Zukunft weniger Autoverkehr will. Der Antrag wäre möglicherweise im Widerspruch zum Projekt ZuMoLu.

Patrick Zibung: Stadtrat Adrian Borgula sagte es vorhin richtig: Diese Massnahme gehört in die Mobilitätsstrategie und nicht hier hinein. Er sagte weiter, dass das in der Vernehmlassung zum Projekt ZuMoLu steht. Der Sprechende las die Vernehmlassung auch, doch fand er nirgends eine Passage, in der die 15 Prozent konkret erwähnt werden. Vielleicht hat der Sprechende etwas überlesen, aber er wäre froh zu erfahren, inwiefern das Hand in Hand gehen soll.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Die 15 Prozent stehen so nicht drin. Aber bei den Zielsetzungen steht, wo der Verkehr mehr oder weniger werden soll: Im urbanen Raum soll es weniger Autoverkehr, mehr ÖV, mehr Velo- und mehr Fussverkehr geben. Der Güterverkehr, soviel er sich erinnern mag, soll gleichbleiben. Die Zahl 15 steht in der Vernehmlassung nicht drin. Aber wenn man nun plafonieren würde, könnte man im Extremfall sagen, dass das nicht einmal der Kanton will.

Patrick Zibung: Genau das ist die Differenz und auf diese stützt sich die SVP-Fraktion. Es ist nicht umsetzbar. Der Kanton schreibt in der Vernehmlassung auch, dass die Stadt Luzern und Ballungsgebiete allgemein, auch Sursee, weiterhin mit dem Auto erreichbar sein sollen. Der Sprechende ist überzeugt, dass eine Reduktion von 15 Prozent dem komplett zuwiderläuft. Die 15 Prozent tönen zwar nach wenig, aber es werden wohl am Schluss einschneidende Massnahmen nötig werden. Deshalb plädiert Patrick Zibung weiterhin darauf, dass man das Reglement so belässt und die 15 Prozent herausstreicht.

Stefan Sägesser versteht die Prozent-Diskussion nicht ganz. Die Stadt hat schon 8,5 Prozent weniger Verkehr seit dem Jahr 2010. Der Vorschlag der Mitte-Fraktion ist eine Justierung auf 2020 und zu sagen, jetzt lassen wir den Verkehr bei dem Stand. Da sieht der Sprechende es aber gleich wie Nico van der Heiden, der als Sprecher der SP-Fraktion aufgetreten ist. Den heutigen Zustand will die GLP-Fraktion nicht. Der Verkehr ist ein Treiber von Emissionen. Es gibt einen Vorstoss der Fraktion zum Mobility Pricing. Die GLP-Fraktion will den Zugang zum Stadtkordon, den Zugang zur Stadt nicht verbieten, aber als Pilotprojekt könnte man diesen mit Steuern via Pricing zu verringern versuchen. Die Bemühungen, die hier im Rat diskutiert werden, laufen alle auf eine Reduktion des Autoverkehrs hinaus. Das Auto wird nicht verboten, sondern die Bemühungen sind eine Reduktion.

Das muss der Sinn und Zweck des ganzen Parlaments sein. Sonst versteht der Sprechende die Welt nicht. Dass die GLP-Fraktion nicht auf eine Reduktion von 30 Prozent eingeht, obwohl es Jona Studhalter und den Jungen Grünen ein Anliegen ist, hat damit zu tun, dass die Massnahmen aus ihrer Sicht nicht umsetzbar ist und für alle erträglich sein sollte.

Nico van der Heiden: Die minus 15 Prozent brauchen keinerlei einschneidende Massnahmen; es passiert einfach. Der Sprechende sieht weder Ambitionen seitens Stadtrat noch irgendwelche Panzersperren, die ab 21 Uhr am Stadtrand aufgestellt werden müssten, weil dann der Plafond erreicht wäre. Es passiert einfach, weil der Mensch am Schluss wahnsinnig vernünftig ist. Er wird immer vernünftiger, indem er sich sagt: Mit dem Auto in die Luzerner Innenstadt zu fahren, macht nicht mehr Sinn. Deshalb reduziert sich der Autoverkehr glücklicherweise auch in Zukunft. Wenn man nun sagt: Plafonieren oder das Ziel nicht anpassen, dann müsste man sich wahrscheinlich MIV-Förderungsmassnahmen überlegen. Wie gelingt es uns, den Trend von Leuten, die immer weniger in die Stadt fahren, wieder umzukehren? Welche Anreize kann man setzen, damit sie wieder mehr mit dem Auto in die Stadt hineinfahren? MIV-Förderungsmassnahmen möchte Nico van der Heiden lieber nicht. Deshalb sieht er das rote Tuch nicht. Es liegt keine Massnahme vor, die irgendjemandem weh tun würde, sondern die vernünftigen linken und rechten Autofahrer fahren weniger in die Innenstadt. Freuen wir uns zusammen über das.

Andreas Moser: Nico van der Heiden hat gerade das Argument geliefert: Wenn die Verkehrsbelastung automatisch sinkt, braucht es die 15 Prozent nicht. Das ist der erste Punkt. Zweitens ist zu sagen, dass das, was im Kanton vernehmlich ist, politisch noch nicht ausgemehrt ist. Ob das genauso herauskommt, weiss der Sprechende noch nicht.

Patrick Zibung: Es wurde wieder gesagt, dass das Auto und der Individualverkehr ein Treiber von CO₂-Ausstössen ist. Das mag im Moment noch stimmen; das Auto ist aber auch ein Treiber von wirtschaftlicher Prosperität in der Stadt Luzern. Man hört immer öfter, dass Unternehmen bzw. Geschäfte aus der Stadt wegziehen, weil die verkehrliche Situation unter anderem unbefriedigend ist. Natürlich haben wir nun das Verkehrsaufkommen um 8,5 Prozent reduziert. Aber es ist wie bei allen Massnahmen: Wenn man irgendetwas macht, werden zuerst die tiefhängenden Früchte geerntet. Nachher wird es immer schwieriger. Plötzlich wird es heissen, man müsse diese und jene Massnahme umsetzen, um die 15 Prozent zu erreichen. Das war bei solchen Reglementen am Schluss schon oft der Fall. Das will die SVP-Fraktion nicht. Der Sprechende sagt es noch einmal: Der Verkehr wird bis zum definierten Ziel-Zeitpunkt einen sehr geringen Anteil am CO₂-Ausstoss haben.

Nico van der Heiden: Die Diskussion um die Geschäfte in der Stadt hat der Sprechende in letzter Zeit zu häufig geführt. Die Argumente wurden hier im Saal ausgetauscht. Wenn er Andreas Moser im Umkehrschluss richtig versteht, müsste dieser sagen, den Artikel mit dem Absenkpfad kann man streichen; es erledigt sich von alleine. Andreas Moser schlägt aber auch einen vor. Die SP-Fraktion verfolgt einen etwas ambitionierteren Pfad. Wenn man sagt, es passiert von alleine, dann bräuchte es keinen Absenkpfad. Nico van der Heiden findet es aber von der politischen Symbolik her wichtig, dass man die Debatte im Jahr 2010 mit einer Volksinitiative von umverkehR lancierte

und diesen Absenkepfad festhielt. Neben der Symbolik hatte das auch Wirkung auf die Diskussionen mit den Gemeinden und dem Kanton, notabene ohne Panzersperren aufzustellen oder Parkplätze abzubauen. Der Sprechende erachtet es als hilfreich, wenn die Stadt konkret sagen kann, sie strebe minus 15 Prozent Verkehrsaufkommen an. Das passiert sowieso. Seitens Kanton wäre es aber nett, wenn er diese Bestrebung auch aufnehmen würde. Diese Symbolik möchte Nico van der Heiden unterstützen.

Stefan Sägesser echauffiert sich etwas an dieser Diskussion. Es tut ihm leid, dass er nochmals das Wort ergreifen muss, aber er hat die Kriegsrhetorik satt. Wir sind in einem demokratischen Land. In anderen Staaten passieren Umstürze, es gibt Einparteiensysteme, die alles dominieren. Die Schweiz und die Stadt Luzern sind weit davon entfernt. Jetzt steht in Art. 5 Abs. 1 zum motorisierten Individualverkehr: «Die Stadt setzt sich dafür ein, [...]». Der Sprechende fragt: «Meine Güte, wo sind wir eigentlich?» Es ist keine Panzersperre, kein Verbot, es steht niemand dort, der irgendjemanden herauswirft. Der Anfang des Artikels, wie oben zitiert, kann man nicht milder formulieren. Der Sprechende plädiert dafür, nun abzustimmen.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann: Es gibt zwei Sichtweisen auf die ganze Sache. Die eine Seite möchte plafonieren, sodass die Verkehrsbelastung nicht weiter zunimmt, die anderen zwei Anträge wollen eine Reduktion der Verkehrsbelastung.

Zuerst werden die ähnlichen Anträge gegeneinander ausgemehrt. Das heisst, zuerst stimmt das Parlament darüber ab, ob es der 30-Prozent-Reduktion der Jungen Grünen oder dem stadträtlichen Vorschlag von 15 Prozent Reduktion folgen will.

Dann wird das Parlament den Antrag der FDP-Fraktion (keine Änderung) gegenüber dem Antrag der Mitte-Fraktion (neue Basis 2020) ausmehren.

Der obsiegende Reduktionsantrag –15 oder 30 Prozent – wird danach dem obsiegenden Antrag – FDP-/SVP-Fraktion oder Mitte-Fraktion – gegenübergestellt.

In der Gegenüberstellung des Antrags der Jungen Grünen (Reduktion um 30 Prozent) mit dem Antrag des Stadtrates (Reduktion um 15 Prozent) obsiegt der Antrag des Stadtrates.

In der Gegenüberstellung des Antrags der FDP-Fraktion (keine Änderung im ursprünglichen Abs. 1) mit dem Antrag der Mitte-Fraktion (Plafonierung auf der Basis 2020) obsiegt der Antrag der Mitte-Fraktion.

In der Gegenüberstellung des Antrags des Stadtrates (Reduktion um 15 Prozent) mit dem Antrag der Mitte-Fraktion (Plafonierung auf der Basis 2020) obsiegt der Antrag des Stadtrates.

Somit bleibt es bei der vom Stadtrat vorgeschlagenen Änderung.

Rückkommen

Seite 93 f. 8.1.1.2 Verschärfung der Absenkpfade, neue Teilziele für den Bereich Mobilität (Art. 5)

Andreas Moser: Die FDP-Fraktion stellt zu Art. 5 (Absenkpfade) folgenden **Antrag**:

Art. 5 Abs. 2 im Reglement für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik wird gestrichen.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Dieser Antrag wurde in der Baukommission auch gestellt und mit 3 : 7 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, abgelehnt.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Der Antrag der FDP-Fraktion ist abgelehnt.

Andreas Moser: Die FDP-Fraktion stellt einen weiteren **Antrag** zu Art. 5 (Absenkpfade):

Art. 5 Abs. 3 im Reglement für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik wird gestrichen.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Dieser Antrag wurde in der Baukommission ebenfalls gestellt und mit 3 : 7 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, abgelehnt.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Der Antrag der FDP-Fraktion ist abgelehnt.

Seite 104 ff. 9.2.1 Sektor «Strom»

Seite 104 f. S01 Potenzial von stadteigenen Gebäuden/Infrastrukturen für Photovoltaikanlagen ausschöpfen

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung**:

Vor der Installation von Photovoltaikanlagen muss der Zustand der darunter liegenden Bauteile geprüft werden. Ein allfälliger Sanierungsbedarf muss vor der Installation der Photovoltaikanlage behoben werden. Falls Bauteile sinnvollerweise erst nach 2030 saniert werden, z. B. im Rahmen einer Gesamtanierung, wird der Zeitpunkt der Installation der Photovoltaikanlage auf diesen Termin verschoben.

Diese Protokollbemerkung wurde mit 7 : 3 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23 nicht.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Der Stadtrat hat nicht opponiert, weil es keine teilweise Erheblicherklärung einer Protokollbemerkung gibt. Der Stadtrat – das muss klar herüberkommen – möchte sich so verstanden wissen, dass man es nicht länger als bis 2040 soll verschieben dürfen. Das ist wahrscheinlich klar, aber es ist nicht so in der Protokollbemerkung geschrieben. In dem Sinn opponiert der Stadtrat nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung der Baukommission ist somit überwiesen

Seite 105 S02 Förderung von Photovoltaikanlagen Privater

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

Es sollen finanzielle Anreize geschaffen werden insbesondere für Investitionen in PV-Anlagen, welche überschüssigen erneuerbaren Strom ins Netz einspeisen.

Diese Protokollbemerkung wurde mit 7 : 3 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23 nicht.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion stellt dazu einen **Ablehnungsantrag**, wie im Eintretensvotum bereits angekündigt. Die Fraktion will, dass auf den privaten Dächern für den Eigengebrauch Strom produziert wird. Entsprechende Subventionen für überschüssigen Strom lehnt die Fraktion ab. Aus ihrer Sicht ist das ineffizient. Der Strom aus Solarstromanlagen soll sich auf dem Markt durchsetzen, ohne dass der Staat beim Preis eingreifen muss.

Roger Sonderegger: Die Mitte-Fraktion sieht das entschieden anders als der SVP-Sprecher. Die Solarenergie ist ein ganz wichtiger Punkt. PV-Anlagen können nicht auf jedem Dach installiert werden, weil nicht jedes Dach dafür geeignet ist, ausserdem haben nicht alle ein Dach; grosse Mehrfamilienhäuser können gar nicht so viele PV-Anlagen bauen, wie sie selber benötigen. Bei einem Einfamilienhaus sieht es besser aus. Wenn man eine Anlage baut, sollte man das ganze Dach belegen. Der Sprechende baut im Moment gerade ein Haus und die Frage stand im Raum, wie gross die PV-Anlage dimensioniert werden soll. Sie ist nun genau für den Eigenverbrauch dimensioniert, weil alles, was der Bauherr mehr bezahlt, jemandem geschenkt würde, den er nicht kennt. Das liegt nicht drin. Also machen es alle, die mehr Platz auf dem Dach haben, eigentlich falsch. Sie bauen nämlich nicht das zu, was sie mittels einem effizienten Mitteleinsatz könnten. Wenn man schon eine Anlage baut, sollte man sie gerade so gross bauen, dass man Strom ins Netz geben kann. Das ist die Strategie, dass man Solarstrom zubaut. Das ist ein ganz wichtiger Bestandteil dieser Strategie, die heute hier im Parlament diskutiert wird. Es ist eine ganz wichtige Massnahme, die so im Bericht und Antrag bestehen bleiben soll und wo man wirklich etwas erreichen kann. Es

gibt zu wenig Fördermittel für eine grössere Anlage auf dem Dach zu bauen. Das ist echt ein Problem, wenn man mit der Solarenergie vorwärts machen will, weil auf dem Dach ist die Anlage am richtigen Ort.

Der Sprechende sagt nun etwas zur nächsten Protokollbemerkung, die im engen Zusammenhang zur gerade besprochenen Protokollbemerkung steht. Nachher geht es um die Förderung durch ewl bzw. um den Rückliefertarif. Das ist aus Sicht der Mitte-Fraktion eine problematische Protokollbemerkung. Der Stadtrat lehnt sie in der vorliegenden Form ab. Aus Sicht der Fraktion ist sie aus zwei Gründen problematisch: Einerseits kann die Stadt ewl nicht vorschreiben, welchen Preis sie festlegt, denn es ist eine private Gesellschaft. Man kann ihr nicht sagen, wie viel ihr Produkt kosten soll. Andererseits ist ewl nicht das einzige Versorgungsunternehmen in der Stadt Luzern. Mit dem würde mehr als die Hälfte, aber nicht alle der Haushaltungen und Unternehmen in der Stadt erreicht. Der Stadtrat machte darauf freundlicherweise einen Gegenvorschlag. Roger Sonderegger beantragt, die Formulierung des Stadtrates als **Protokollbemerkung** heute so zu überweisen:

Der Stadtrat prüft zusammen mit ewl, wie die Vergütung von eingespeistem PV-Strom erhöht werden kann, um Anreize zu schaffen für grössere PV-Anlagen, welche Strom ins Netz einspeisen.

Mit ewl zu reden, ist aus Sicht der Mitte-Fraktion eine gute Idee, das sollte man probieren. Wenn der Rückliefertarif höher wäre, würde es tatsächlich dazu führen, dass die Leute eine grössere Anlage bauen würden. Der Sprechende zumindest hätte es so gemacht, wenn er doppelt so viel für den Solarstrom erhalten hätte. Er geht davon aus, dass andere es auch so gemacht hätten oder es in Zukunft so machen würden.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann macht beliebt, dass man eine Protokollbemerkung nach der anderen bespricht. So ist es einfacher zum Abstimmen.

Jona Studhalter: Roger Sonderegger hat zur Protokollbemerkung der Baukommission bereits alles gesagt und die Argumente der SVP-Fraktion gut entkräftet. Der Sprechende möchte nur noch hinzufügen, dass die Massnahmen zur Solarenergie, die aktuell besprochen werden, auch schon vor neun Jahren mit der Flachdach-Initiative der Jungen Grünen hätten beschlossen werden können. Damals war das Parlament noch dagegen. Der Sprechende freut sich sehr, dass man es nun, mit neun Jahren Verspätung, trotzdem macht.

Silvio Bonzanigo pflichtet den Ausführungen von Roger Sonderegger bei. Es ist undenkbar, dass Liegenschaftsbesitzer künftig nur für die eigenen Bedürfnisse Solarstrom erzeugen, weil es eine Öffentlichkeit gibt, die keinen Solarstrom erzeugen kann; das sind Mieter, Gewerbetreibende, die keine Flächen haben, die sie ausrüsten können. Es muss ein Überschuss auf jenen Flächen entwickelt werden, die verfügbar sind. Der Sprechende illustriert das an der Landwirtschaft: Solange die Stromabnahmegesellschaften zwischen 2010 und 2015 etwas überhöhte Einspeisevergütungen bezahlten, wurden in der Landwirtschaft weit mehr Scheunendächer und Hausdächer mit Photovoltaik-Anlagen bestückt als in den folgenden fünf Jahren, nämlich von 2015 bis 2020, als die Einspeisevergütungen und damit auch die Flächen mit ausgerüsteten Photovoltaik-Anlagen zurückgingen. Damit ist Silvio Bonzanigo wieder bei den Anreizen angelangt. Ohne Anreize geht es auch, aber

mit Anreizen geht es deutlich besser. Wir sind angewiesen, dass über den Eigenbedarf der Liegenschaftsbesitzer hinaus Photovoltaik-Anlagen eingerichtet werden.

Lukas Bäurle möchte an dieser Stelle dem Stadtrat ein Kränzchen winden. Dieser hat das Problem erkannt, mit dem Hinweis in der Massnahme «Bonus für Anlagen, welche die ganze Dachfläche nutzen». Der Sprechende findet eine Bekräftigung dieser Massnahme in Form einer Protokollbemerkung trotzdem sinnvoll. Im Moment gibt es quasi ein Marktversagen, weil die Anlagen nicht gebaut werden. Also braucht es jetzt mehr Anreize.

Stefan Sägesser kann dem Votum von Lukas Bäurle nur beipflichten, dankt ihm und sagt «dito».

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula sagt entschuldigend, dass er gleich zu beiden Protokollbemerkungen sprechen wird. Roger Sonderegger erwähnte bereits die wesentlichen Argumente dazu. Die Solarenergie ist ein ganz wichtiges Thema und eine der wenigen Energien, die lokal zur Verfügung stehen. Der Zubaupfad ist sehr ambitioniert, es soll achtmal mehr als heute pro Jahr zugebaut werden. Das ist eine sehr grosse Chance und da muss die Stadt jede Möglichkeit nutzen, um diese Energie noch mehr zu fördern. Wenn sich ein Hausbesitzer oder eine Hausbesitzerin entscheidet, eine kleinere Anlage zu bauen, weil es nicht rentiert, den überschüssigen Strom ins Netz einzuspeisen, ist damit eine Chance verpasst. Stadtrat Borgula ist sehr froh um die Protokollbemerkung. In der Massnahme ist bereits skizziert, was wichtig und was notwendig ist und was man machen kann; diese wird nun noch um die finanziellen Anreize ergänzt, was der Stadtrat sehr gut findet. Bei der zweiten Protokollbemerkung, ein Alternativvorschlag, ist das Anliegen dasselbe, aber die Formulierung anders.

Lukas Bäurle bringt zur Veranschaulichung ein Beispiel: Wenn man so eine PV-Anlage baut, hat man Entstehungskosten von zirka 12 Rappen pro Kilowattstunde Strom. Man verkauft diesen der ewl beispielsweise für 9 Rappen und müsste dort den Strom aber wieder für 20 Rappen pro Kilowattstunde kaufen. Das ist in etwa die Grössenordnung. Da sieht man, wo die Begeisterung aufhört.

Andreas Moser: Die FDP-Fraktion hat hierzu eine etwas andere Haltung. Sie unterstützt den Ablehnungsantrag. Nach Auffassung der Fraktion hat das der Bund schon ziemlich stark auf dem Radar und der Sprechende glaubt nicht, dass man da noch zusätzlich reinbuttern muss.

Patrick Zibung betont, dass die SVP-Fraktion überhaupt nicht gegen Solarstromanlagen ist. Aber die Fraktion sieht es anders. Die Solarenergie ist – weil sie nicht zuverlässig Strom liefert – nicht die grosse zukunftssträchtige Energiequelle. Sie liefert nicht dann, wenn man den Strom im Winter braucht und sie liefert nicht dann, wenn man den Strom in der Nacht braucht. Auch bei dieser Massnahme muss man die Kosten im Auge behalten. Der finanzielle Aufwand beträgt 32 Mio. Franken. 14 Mio. Franken davon übernimmt die Stadt, 18 Mio. Franken übernehmen Dritte, wer auch immer das sein mag. Vorhin wurde kritisiert, dass wenn man auf Ölheizungen und Benzin setze, ginge das Geld an menschenrechtsfreie Länder oder wie auch immer es genannt wurde. Auch da ist zu

sagen: Die Solarpanels kommen vielfach aus China. Sie sind in dem Sinn nicht viel besser als Benzin oder Ölheizungen.

Silvio Bonzanigo wendet sich an Patrick Zibung und fragt: Wenn die Sonnenverstromung offenbar so ineffizient ist: – Was soll es dann sein? Die Windverstromung ist in der Schweiz unter schweizerischen Verhältnissen nochmals ein Stück weit schlechter aufgestellt als die Sonnenverstromung. Aber woher soll die alternative Energie kommen? Das ist die Frage. Deshalb findet es Silvio Bonzanigo falsch, das, was man hat, zu torpedieren.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann: Es wird nun über die folgende **Protokollbemerkung** der Baukommission abgestimmt:

Es sollen finanzielle Anreize geschaffen werden insbesondere für Investitionen in PV-Anlagen, welche überschüssigen erneuerbaren Strom ins Netz einspeisen.

Die Protokollbemerkung der Baukommission ist überwiesen.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Es gibt eine weitere **Protokollbemerkung** aus der Baukommission zur Massnahme S02. Diese lautet folgendermassen:

Die ewl erhöht die Vergütung von eingespeistem PV-Strom, um Anreize zu schaffen für grössere PV-Anlagen, welche Strom ins Netz einspeisen.

Diese Protokollbemerkung wurde mit 7 : 3 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, überwiesen.

Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung gemäss StB 23.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann: Der Stadtrat formulierte auf die Protokollbemerkung der Baukommission einen Gegenvorschlag, den Roger Sonderegger vorhin in seinem Votum erwähnte und als **Protokollbemerkung** eingebrachte. Hier nochmals zur Veranschaulichung:

Der Stadtrat prüft zusammen mit ewl, wie die Vergütung von eingespeistem PV-Strom erhöht werden kann, um Anreize zu schaffen für grössere PV-Anlagen, welche Strom ins Netz einspeisen.

Roger Sonderegger dachte, dass er der guten Ordnung halber die Protokollbemerkung nochmals stellen müsse, damit der stadträtliche Vorschlag zum Antrag wird. Er sieht, dass das schon passiert ist und dankt dafür.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung der Baukommission ab und stimmt dem stadträtlichen Vorschlag, den Roger Sonderegger von der Mitte-Fraktion als Protokollbemerkung formulierte, zu.

In der Gegenüberstellung der Protokollbemerkung der Baukommission

Die ewl erhöht die Vergütung von eingespeistem PV-Strom, um Anreize zu schaffen für grössere PV-Anlagen, welche Strom ins Netz einspeisen.

mit der Protokollbemerkung der Mitte-Fraktion (stadträtlicher Gegenvorschlag)

Der Stadtrat prüft zusammen mit ewl, wie die Vergütung von eingespeistem PV-Strom erhöht werden kann, um Anreize zu schaffen für grössere PV-Anlagen, welche Strom ins Netz einspeisen.

obsiegt die Protokollbemerkung der Mitte-Fraktion.

In einer weiteren Abstimmung wird die Protokollbemerkung der Mitte-Fraktion

Der Stadtrat prüft zusammen mit ewl, wie die Vergütung von eingespeistem PV-Strom erhöht werden kann, um Anreize zu schaffen für grössere PV-Anlagen, welche Strom ins Netz einspeisen.

überwiesen.

Die Behandlung des B+A 22/2021: «Klima- und Energiestrategie Stadt Luzern» wird an dieser Stelle abgebrochen. Der Grosse Stadtrat wird die Detailbehandlung an der nächsten Ratssitzung ab Seite 106 weiterführen.

Die Traktanden 10–11 werden aus zeitlichen Gründen nicht behandelt und auf die nächste Sitzung verschoben.

Ratspräsidentin Sonja Döbeli Stirnemann dankt für die engagierte Diskussion und wünscht allen einen wunderschönen Abend und eine gute Entspannung.

Schluss der Sitzung: 17.50 Uhr

Luzern, 28. März 2022

Die Protokollführerin:



Nadine Mathis

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin

Die Protokollführerin:



Karin Spinnler Schmid